

Inhalt

	Vorwort	9
1	Die Rahmenbedingungen der Afrikapolitik der DDR	21
1.1	Das Ringen um internationale Anerkennung	21
1.2	Politische Veränderungen in den 70er Jahren	23
1.3	Zum Verständnis von Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik der DDR	31
1.3.1	Die Transformationslehre	36
1.3.2	Zum Selbstverständnis der DDR bezüglich ihres Außenhandels mit Entwicklungsländern	37
1.4	Zur entwicklungspolitischen Einordnung der Afrikapolitik der DDR	41
2	Die institutionelle und personelle Verankerung der Südpolitik der DDR	44
2.1	Die Kommission Entwicklungsländer des Politbüros des ZK der SED	44
2.2	Zur wirtschaftlichen Lage der DDR 1976/77 oder: »Dann wären die Beschlüsse des VIII. Parteitag es falsch ...«	50
2.3	Die Reisen im ersten Halbjahr 1977	57
2.4	Der Brief vom 6. Juli 1977 oder: »Außer uns kennt diesen Brief niemand«	59
2.5	Die Reisen im zweiten Halbjahr 1977 oder: Der rote Teppich bleibt heute liegen	60
2.6	Werner Lamberz, die DDR und die libysche Volksjamahiriya	61
2.7	Zur Arbeitsweise der Kommission für Entwicklungsländer	69
2.8	Das Drittlandabkommen DDR–Libyen–Entwicklungsländer	74
2.8.1	Begleitende Gespräche der Militärs	77
2.8.2	Zur Umsetzung des »Drittlandabkommens«	78
2.9	Der Tod von Werner Lamberz	82

3	Zur Bedeutung des Bereiches Kommerzielle Koordination in den Beziehungen zu ausgewählten Entwicklungsländern	87
3.1	Alexander Schalck-Golodkowski und der erste Tagesordnungspunkt der Kommission für Entwicklungsländer	87
3.2	Die Aufgaben der Sonderbeauftragten	92
3.3	Der Sonderbeauftragte für Mosambik	94
3.4	Funktion und Arbeitsweise der Afrikaabteilung des Bereiches Kommerzielle Koordination	97
4	Die Beziehungen der DDR zu Äthiopien	103
4.1	Die Beziehungen in den Jahren 1973 bis 1978	103
4.1.1	Die Phasen des Machtwechsels bis zum Februar 1977	103
4.1.2	Die Kaffeeabkommen und die Exportoffensive oder: »Stark würzig, fruchtig und teilweise unrein«	114
4.1.3	Der Schuldenabbau der DDR gegenüber Äthiopien Ende der 70er Jahre	123
4.2	Die Zusammenarbeit bis 1989	129
4.2.1	Der Abschluß des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit im November 1979	129
4.2.2	Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in den 80er Jahren	133
4.3	Zum Außenhandel DDR–Äthiopien	137
4.4	Expertenentsendung und Ausbildungsleistungen	140
5	Zur Zusammenarbeit mit Mosambik	142
5.1	Von den Anfängen bis zum Jahr 1977	143
5.1.1	Das »Sofortprogramm« vom 13. September 1977	154
5.2	Die Abkommen der DDR mit Mosambik	156
5.3	Zur Reise Erich Honeckers nach Mosambik im Februar 1979	158
5.3.1	Exkurs: Landwirtschaftliche Großprojekte	165
5.4	Zur Zusammenarbeit 1980 bis 1989	171
5.5	Das Engagement der DDR im Steinkohlerevier von Moatize, Provinz Tete	184
5.5.1	Zur Geschichte des Steinkohlereviere Moatize und den Anfängen des Engagements der DDR	184

5.5.2	Die gemeinsame Leitung des Betriebes	188
5.5.3	Der Maßnahmenplan	191
5.5.4	Große Pläne und frühzeitige Schwierigkeiten	193
5.5.5	Wachsende Schwierigkeiten seit 1982	197
5.5.6	Zum Alltag in Moatize	201
5.5.6.1	Zur Rolle des Solidaritätskomitees in Moatize	204
5.5.6.2	Exkurs: Solidaritätskomitee der DDR	206
5.5.6.3	Die Sicherheit der Bürger der DDR und ihr Verhältnis zur mosambikanischen Bevölkerung in Moatize	213
5.6	Exkurs: Gold	217
5.7	Zum Einsatz von Bürgern der DDR in Mosambik als Experten und Spezialisten	219
5.8	Zur Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit in Mosambik	224
5.9	Die mosambikanischen Vertragsarbeitnehmer als Verrechnungsgröße innerhalb der ökonomischen Beziehungen	230
5.10	Der Außenhandel der DDR mit Mosambik	239
5.10.1	Die Umsätze im Außenhandel DDR–Mosambik	241
5.11	Exkurs: Die Entwicklungsländer in der Außenhandelsstatistik der DDR	243
6	Hilfeleistung und Verschuldung	246
6.1	Zu den Hilfeleistungen der DDR gegenüber Entwicklungsländern	246
6.2	Die Ex-DDR-Forderungen gegenüber Entwicklungsländern	253
	Anhang	
	Gespräch mit Prof. Dr. Helmut Matthes	261
	Gespräch mit Dr. Friedel Trappen	280
	Verzeichnis der Dokumente	305
	Verwendete und weiterführende Literatur	330
	Verzeichnis der Abkürzungen	348
	Angaben zum Autor	352
	Verzeichnis der Abbildungen	352



Vorwort

Praktizierte internationale Solidarität galt als eines der herausragenden Kennzeichen der DDR. In nicht wenigen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas verfügten die Kürzel »GDR« oder »RDA« über einen guten Ruf. Neben den verschiedenen Solidaritätsbewegungen erkannten auch Teile der westlichen Öffentlichkeit die Unterstützung der progressiven Befreiungsbewegungen als ein hervorzuhebendes Merkmal der DDR an.

Die Bevölkerung in der DDR beteiligte sich im eingeräumten Rahmen mehr oder weniger am Kampf um Gerechtigkeit. Trotz vorgegebener Verpflichtung: Solidarität war weithin Herzenssache. Der nicht nur in den Medien der DDR breit herausgestellte Beistand der Befreiungsbewegungen berührte das Verlangen vieler Bürger der DDR nach sozialem und ökonomischem Ausgleich weltweit. Zudem ermöglichte die tatsächlich geleistete bzw. propagierte Unterstützung für befreite Völker das Gefühl, auf der richtigen Seite der historischen Entwicklung zu stehen. Internationale Solidarität stellte einen gewichtigen Bestandteil des identitätsstiftenden Geflechtes in der DDR dar. Jedenfalls gingen viele Bürgerinnen und Bürger der DDR davon aus, keine Nutznießer ungerechter, globaler Wirtschaftskreisläufe zu sein. Eher sahen sich die Bürger der DDR im Weltwirtschaftsgetriebe als Benachteiligte und somit Seite an Seite mit den Entwicklungsländern. Insofern verfügte die DDR-Führung in bezug auf ihre Südpolitik eine gewisse Zeit über Kredit bei der Bevölkerung, oftmals gepaart mit einem Unbehagen ob der ideologisch verengten Sichtweise dieses an sich guten und richtigen Engagements. Monatliches Kleben von Solidaritätsmarken in den volkseigenen Betrieben der DDR hielt diese Unsicherheit in der Beurteilung latent wach bzw. beförderte sie noch, da keine ausreichenden Informationen über die Verwendung der gespendeten Gelder zu bekommen waren.

Wurde auch in den 70er Jahren nicht mehr »Ho, Ho, Ho Chi Minh« bei den feiertäglichen Aufmärschen entlang der Tribünen der Parteiführung in Ostberlin skandiert, so riefen doch die zahlreichen Studenten und Gäste aus der Dritten Welt gemeinsam mit der Partei- und Staatsführung und der mitschreitenden Bevölkerung: »Hoch die Internationale Solidarität!« Das war zu der Zeit, als der Afrikanische Nationalkongress (ANC) von Südafrika, auch damals schon unter der Leitung von Nelson Mandela, in Westdeutschland noch als terroristische Organisation eingestuft wurde. Im Gegensatz dazu konnte der ANC in Ostberlin eine diplomatische Vertretung unterhalten, wenn auch mit eingeschränktem Status.

Mit der weltweiten diplomatischen Anerkennung der DDR in der ersten Hälfte der 70er Jahre intensivierten sich auch die Kontakte zu bislang fernen Ländern. Die internationale Bestätigung der staatlichen Existenz der DDR

empfanden weite Teile der Bevölkerung zwischen Suhl und Saßnitz als Genugtuung und als Ende eines paradoxen Zustandes: der politischen Mißachtung des Staates, in dem sie lebten. Ein als natürlich und gegeben angesehener Zustand war endlich formal anerkannt. Zahlreiche Entwicklungsländer hatten diese Anerkennungswelle mitgetragen, auch deshalb stand man ihnen in der DDR weitgehend positiv gegenüber. DDR-Leistungssportler, als Diplomaten in den internationalen Sportarenen, und »Botschafter im Blauhemd«, wie die Mitglieder der FDJ-Arbeitsbrigaden in Entwicklungsländern genannt wurden, bemühten sich fortan in ihren Einsatzorten, von Fortschritt und Wohlstand in der DDR zu künden.

In dieser Zeit fallen zwei Ereignisse zufällig auf einen Tag, den 12. September 1974: In Lissabon wurde durch die neue Militärregierung die Auflösung des portugiesischen Überseereiches und damit die staatliche Unabhängigkeit der letzten Großkolonien der Erde, Angola und Mosambik, beschlossen, und in Addis Abeba entmachteten junge Militärs den äthiopischen Kaiser Haile Selassie. Sie führten das Land am Horn von Afrika in eine Revolution. Diese drei afrikanischen Länder sollten in den folgenden Jahren viele Gemeinsamkeiten in ihrer Entwicklung und in den Beziehungen zur DDR aufweisen.

1977 startete die DDR eine ökonomische Exportoffensive gegenüber den »ausgewählten und befreundeten afrikanischen Staaten«, wie ein feststehender Terminus Äthiopien, Angola und Mosambik zusammenklammerte. Sie sollte mit dazu beitragen, den immer drastischer ansteigenden Devisenmangel der DDR zu verringern. Durch ein umfangreiches Geflecht von diplomatischen Vereinbarungen band sich die DDR an diese Länder. Mit dem Unterzeichnen der Verträge über »Freundschaft und Zusammenarbeit« im Jahre 1979 fanden diese außenpolitischen und ökonomischen Kraftanstrengungen einen frühen Höhepunkt, der in den folgenden Jahren nicht mehr überboten werden konnte.

Gleichzeitig gab es immer wieder westliche Meldungen und Publikationen, die über zweifelhafte Aktivitäten der DDR in einigen Entwicklungsländern berichteten. Sie bezeichneten unter anderem die DDR als die Faust Moskaus in Afrika und wußten von ihrer militärischen Präsenz auf dem schwarzen Kontinent in Form eines »Honecker-Corps« zu erzählen. Oft hatten diese Auskünfte einen eigenartigen Ton. Er war weniger von der Sorge um die Menschen in den jungen Staaten bestimmt, als vielmehr von der Wehmut um verflorsene Gebiete und mangelnden Einfluß. Auch wenn diese Berichte in der DDR nicht breit rezipiert werden konnten, trugen sie doch zur weiteren Unsicherheit bei der Beurteilung der Südpolitik der DDR-Führung in Ost und West bei.

In der vorliegenden Studie versuche ich, einen Beitrag zum Verständnis der Politik der DDR-Führung gegenüber der Dritten Welt zu leisten. Entsprechend ihrer Dominanz in den Beziehungen und ihren bis heute spürbaren Folgen lege ich besonderes Augenmerk auf die Außenwirtschaftsbeziehungen. Die Politik gegenüber Afrika ist von den zentralen Stellen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) aus vorbereitet, entschieden und angelei-

tet worden, meist im Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) der SED und dem Politbüro des ZK der SED. Exemplarisch wurden die Beziehungen zu Äthiopien und Mosambik untersucht. Dabei konzentriere ich mich auf die entscheidenden Jahre 1977 und 1978.

Nur eingeschränkt können Aussagen dieser Studie auf die Interessen und den Charakter der Beziehungen der DDR zu anderen Schwerpunktländern in der Dritten Welt übertragen werden.

Insbesondere gilt dies für die als sozialistische Staaten eingestuftten Länder, die zum Teil Mitglieder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) waren, wie Kuba, die Mongolei, Vietnam, Laos und Kambodscha. Trotzdem sind Vergleiche möglich und Parallelen zu entdecken. Grundlegende Unterschiede ergeben sich durch die Zuordnung von Äthiopien und Mosambik zum »Hartwährungsgebiet« bzw. zum »Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet« (NSW).

Bei einer ersten Literatursichtung stellte ich für mich unerwartet fest, daß – obwohl die einschneidenden politischen Veränderungen für die Schwerpunktländer der DDR in Afrika um das Jahr 1975 lagen – die intensiven Beziehungen zu diesen Ländern erst im Sommer 1977 einsetzten. Diese wurden dann um so plötzlicher und mit großer Hektik aufgebaut. Als Ursache dafür stellte sich die Instrumentalisierung der Beziehungen der DDR zu Äthiopien und Mosambik in einer Exportoffensive zur Abwehr der schon 1977 sichtbaren massiven Zahlungsunfähigkeit der DDR heraus. Mit der Kontrolle und Steuerung dieser Beziehungen wurde der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo), formal im Außenhandelsministerium angesiedelt, beauftragt.

Das erste Kapitel der Studie befaßt sich mit den politischen Verhältnissen zu Beginn der 70er Jahre, als die DDR in weiten Teilen der Welt Bekanntheit erreichen konnte und internationale Anerkennung erfuhr. In diesem Kontext wird auch auf den theoretischen und ideologischen Rahmen einer marxistisch-leninistischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik kurz eingegangen.

Das zweite Kapitel beschreibt die erste gravierende ökonomische Krise der DDR in der Honecker-Ära und den Versuch, diese unter anderem mit einer »Exportoffensive Entwicklungsländer« zu meistern. Im Zusammenhang mit der sich androhenden Zahlungsunfähigkeit der DDR und dem Engagement am Horn von Afrika setzte eine zum Teil abenteuerliche Reisediplomatie ein, als deren Hauptakteur Politbüromitglied Werner Lamberz anzusehen ist. Dokumentiert werden erstmals die Gründe der Einsetzung einer »Kommission zur Koordinierung der ökonomischen, kulturellen, wissenschaftlich-technischen und der Tätigkeit im nichtzivilen Bereich in den Ländern Asiens, Afrikas und des arabischen Raumes« durch das Politbüro der SED im Dezember 1977 unter Leitung von SED-Wirtschaftssekretär Günter Mittag. Die frühe und akute ökonomische Krise der DDR und die Arbeit der sogenannten Mittag-Kommission prägten bis 1989 die Afrikapolitik der DDR. Dabei erfüllten geheime Verträge der DDR mit Oberst Muamar al Gaddafi aus Libyen über das gemeinsame Vorgehen in Afrika ihre Versprechen nicht.

Die bisher nicht beschriebenen Verbindungen zwischen der Außenhandels-offensive gegenüber den Entwicklungsländern, repräsentiert durch die Kommission für Entwicklungsländer, und Alexander Schalck-Golodkowski als Chef des Bereiches Kommerzielle Koordinierung sind Thema des dritten Kapitels. Im Vollzug der intern beschlossenen Maßnahmen zur Abwehr der akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten wurde Alexander Schalck mit der Anleitung, Koordinierung und Überwachung der ökonomischen Beziehungen zu Äthiopien, Mosambik und Angola betraut. Die Beauftragung erfolgte durch den engsten Führungszirkel von Partei und Staat. Anhand zahlreicher Dokumente wird nachvollziehbar, wie stark die Anleitung durch KoKo diese in der Öffentlichkeit als solidarisch dargestellten Beziehungen prägte.

Je ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit Äthiopien und mit Mosambik. Für Äthiopien ist kennzeichnend, daß der Startschuß für die besonders engen Beziehungen mit der Machtergreifung von Mengistu Haile Mariam erfolgte. In dieser frühen Phase revolutionärer, terroristischer und kriegerischer Wirren vermischte sich der Waffenhandel mit außerplanmäßigen Lieferungen äthiopischen Rohkaffees an die DDR. Am Beispiel der »Kaffeekrise« der DDR wird versucht, die Entscheidungsabläufe des SED- und Staatsapparates während einer besonderen Krisensituation darzustellen und die Verknüpfungen der DDR-Afrikapolitik mit Welthandel, DDR-Binnenwirtschaft und internationalen Konfliktherden, so dem Ogadenkrieg 1977/1978 und der Eritrea-Frage, zu rekonstruieren.

Die intensivsten Verbindungen und Kontakte zu einem Staat der Dritten Welt unterhielt die DDR mit Mosambik. Zeitweise arbeiteten und lebten bis zu 1200 Bürger der DDR in diesem Land am Indischen Ozean. Über 80 Verträge sollten möglichst alle Belange regeln.

Bei der Beschreibung der Beziehungen zu Mosambik steht die Durchführung des Sofortprogrammes aus dem Herbst 1977 im Vordergrund.

Das Sofortprogramm verfolgte das Ziel, die Steinkohlengruben in der Provinz Teté aufzubauen und zugunsten der DDR auszunutzen. Die Kohlengruben waren das größte Auslandsvorhaben der DDR. Soweit das für einen Außenstehenden möglich ist, wird auf den Alltag in diesem Großprojekt der DDR ebenso eingegangen wie auf die Arbeit des Solidaritätskomitees der DDR und des Ministeriums für Staatssicherheit in Mosambik. Den mosambikanischen Vertragsarbeitern in den inländischen Betrieben maß die DDR-Führung eine entscheidende Rolle beim Abbau der Außenhandelsüberschüsse bei. Sie wurden darum seit 1986 verstärkt in Betrieben der DDR eingesetzt. Es wird versucht, einige Zusammenhänge zu rekonstruieren. Die DDR hatte in bezug auf ihren »Westhandel« besonders große Defizite zu verbuchen. Aus dem Handel mit Entwicklungsländern erzielte sie Überschüsse. Diese »Ex-DDR-Forderungen« gingen durch die deutsche Vereinigung auf die Bundesrepublik über. Gegenüber besonders hoch verschuldeten und besonders armen Entwicklungsländern (HIPC-Länder) hält die Bundesrepublik derzeit ca. 1,3 Milliarden DM Forderungen aus der DDR aufrecht. Davon beruhen über 1,2 Milliarden DM auf der Handelstätigkeit des Bereiches Kommerzielle

Koordinierung und gehen in ihrem Ursprung auf die in der Studie beschriebene Exportoffensive zurück.

Der Titel der Studie »Es geht um unsere Existenz« wurde bei Alexander Schalck-Golodkowski ausgeborgt. Er ist einem vertraulich wiedergegebenen Kurzdialog entnommen. Mosambik äußerte 1982 die Bitte, militärisches Gerät für den Kampf gegen die stärker operierenden RENAMO-Einheiten kostenlos erhalten zu können. Schalck lehnte ab und wird mit dem Satz zitiert: »Es geht primär um die Existenz der DDR.«

Das Schalck-Zitat führt in die Mitte der Beweggründe der Ausweitung der Afrikapolitik der DDR-Führung im Jahre 1977. Die Führung der SED sah schon frühzeitig den Bestand der DDR als gefährdet an. Und Existenzsorgen – auch der ehemaligen DDR – verdienen es, ernst genommen zu werden. Zumal eine drohende Zahlungsunfähigkeit der DDR und ihre möglicherweise darauf folgende Auflösung an der Nahtstelle zweier konkurrierender Systeme mitten in Europa schwer planbare Folgen für Stabilität und Frieden hätte haben können. Zudem sind die Eigeninteressen eines Staates durchaus legitim und deren Wahrung eines der vorderen Aufgaben der Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Die SED-Führung meinte, eigene Interessen mit den Interessen ausgewählter Entwicklungsländer besonders gut zum gegenseitigen Vorteil verbinden zu können. Die weltpolitische Situation in der zweiten Hälfte der 70er Jahre beflügelte die Phantasie und ließ Großprojekte entstehen. Die Erwartungen wurden von beiden Seiten hochgeschraubt. In den intensivierten Südbeziehungen trafen Partner mit ungleichen Existenzsorgen aufeinander. Der eine Partner – die DDR – gab vor, helfen zu wollen und zu können. Immerhin zählte sie sich zu den wichtigen und erfolgreichen Industriestaaten der Erde. Bei den anderen Partnern – den Entwicklungsländern – lebten die Menschen weiterhin in existentieller Not. In den Sorgen um die jeweils eigene Existenz zeigt sich Nähe und Distanz, Brüderlichkeit und Fremdheit dieser Notgemeinschaften, die vorgaben bzw. hofften, Siegesbünde sein zu können.

Bei der Erarbeitung der Studie stützte ich mich neben verfügbarer Literatur auf Archivmaterial und auf Gespräche mit Verantwortlichen der Südpolitik der DDR sowie auf Material des Schalck-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages.

Es wurden Unterlagen aus folgenden Archiven herangezogen:

»Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR« im Bundesarchiv Berlin-Zehlendorf für die Unterlagen aus dem Sekretariat des Politbüros sowie der Büros der Politbüromitglieder Günter Mittag und Werner Lamberz; dem Bundesarchiv Berlin-Zehlendorf für Akten aus dem Staatsapparat, zum Beispiel der »Mittag-Kommission«, deren Sekretariat in der »Staatlichen Plankommission der DDR« angesiedelt war; dem Zentralarchiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin; dem Bundesarchiv, Außenstelle Coswig für die Bestände des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, Abteilung Handelspolitik; dem Bundesarchiv, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten für Akten des Solidaritätsko-

mites der DDR; dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Außenstelle Berlin. Hier wurden nur Kopien von Vertragstexten vorgelegt, weitere Unterlagen verweigert und diese Verweigerung mit einer Sperrfrist von 30 Jahren begründet.¹ Zudem wurden, allerdings nur in sehr geringem Maße, das Bundesarchiv – Militärarchiv – in Freiburg sowie das Evangelische Zentralarchiv, Außenstelle Berlin, und das Hauptarchiv des Diakonischen Werkes in Berlin aufgesucht.

Aufgrund der für den Gegenstand der Studie beschränkten zeitlichen und materiellen Ressourcen, die zur Verfügung standen, konnte die Akteneinsicht nur in Stichproben erfolgen. Von daher konnten nicht alle offenen Fragen beantwortet werden. Die verbliebenen Lücken bedürfen weiterer Nachforschung und Aufarbeitung.

Schon vor dem Beginn der Arbeit war mir bewußt, daß Akten, zumal die des MfS, aber auch die aus dem Bereich der Partei- und Staatsführung, die relevanten Sachverhalte nur begrenzt abbilden können. Zum Beispiel muß in dieser Studie leider – bis auf die Steinkohlegrube Moatize – auf die Darstellung der konkreten Arbeit in den Projekten vor Ort verzichtet werden. Gleichzeitig sind diese Unterlagen als die wesentlichen Grundlagen unverzichtbar, da weite Teile der Themen, die hier zu bearbeiten waren, zu Zeiten der DDR konsequent geheimgehalten wurden. So manche Zusammenhänge haben den Kreis der damals direkt damit Vertrauten bis heute kaum verlassen.

Die zentralistischen Informations- und Entscheidungssysteme der DDR ließen in der Regel keinen Platz für differenzierte Sacherörterungen und abwägende Berichte. Trotz einigen Bemühens konnte die Ebene, auf der Projekte oder Handelsvorhaben entwickelt und erörtert wurden, nicht nachvollzogen werden. In keiner der Unterlagen fanden sich Anfragen im Original von afrikanischen Partnern. Auch Mitschriften von sogenannten Vier-Augen-Gesprächen werden nicht frei von Interpretation sein. Eine weitere Schwierigkeit war, daß die Beschlußvorlagen meist Vorhaben und Planungen behandeln. Ganz selten waren Zwischen- oder Ergebnisberichte früher beschlossener Vorhaben zu finden, die einen realen Ablauf wiedergeben. Diese Lücke schlossen zum Teil die Unterlagen des MfS, Hauptabteilung XVII »Sicherung der Volkswirtschaft«. Hier fanden sich gelegentlich Berichte aus den Verwirklichungsphasen. Aber auch in diesen Beständen wirken die systemeigenen Vorgänge der informellen Berichterstattung nach: In der Regel wurden nur Mängel weitergemeldet und Einschätzungen über im Sinne des MfS gefährdete oder kritische Sachverhalte gegeben. Zudem sind die Kriterien für die Auswahl der weitergegebenen Informationen nur bedingt bekannt.

Erfolge oder der eher normale Alltag der DDR-Bürger in den Projekten in Afrika waren keine Meldungen wert und sind also in der Regel nicht abgebildet worden. Das heißt nicht, daß es das nicht gegeben hat. Es läßt sich nur nicht zitieren. Hier wie an weiteren Stellen bedürfen die Erkenntnisse der Stu-

¹ Dies ist insofern unverständlich und ärgerlich, da wenigstens für die Beziehungen DDR–Äthiopien gelten kann: beide vermeintlich noch schutzwürdigen Regime sind durch die Geschichte und die Völker vertrieben und abgewählt worden.

die der Ergänzung. Vermeintliche Normalität war kein Meldegut und kein Gegenstand für »Sicherungs- und Beschlußmaßnahmen«. Trotzdem lügen die Akten nicht oder höchst selten und geben die wichtigsten Zusammenhänge wieder.

Frühzeitig wurde das Gespräch mit einigen Praktikern und Verantwortlichen der Afrikapolitik gesucht. Diese erste Phase erwies sich als schwierig und unbefriedigend. Vielleicht lag es an meinen Fragen. Vielleicht spürten die Gesprächspartner die bei mir zu diesem Zeitpunkt noch offensichtlichen Lücken im Wissen über das Wirrwarr der Kompetenzen und Unterstellungsverhältnisse in der Afrikapolitik der DDR. Nachdem die Textfassung der Studie in den Grundzügen abgeschlossen war, wurde ein erneuter Anlauf unternommen. Gut ein Viertel der angesprochenen Persönlichkeiten war zu Gesprächen bereit. Das gemeinsame Abstimmen über die Druckfassung erwies sich als spannender Prozeß. Zwei der Gesprächstexte sind in den Anhang aufgenommen worden. Nur wenige Gesprächspartner wollten letztlich ihre Einwilligung zum Abdruck der überarbeiteten Schriftfassungen der Gespräche geben. Ein Gesprächspartner schrieb: »Nicht, daß das Interview Unwahrheiten enthält, aber so darf ich das nicht sagen und keinesfalls schreiben. Ich bin deshalb sehr böse dran mit mir selbst. Ich gleiche dem Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt. Also respektieren Sie meine Bitte und vergessen Sie das Interview.« Die Studie möchte dazu beitragen, daß der Austausch näher liegt als das Vergessen. Sie versteht sich als Gesprächsangebot. Bei allen bisherigen Gesprächspartnern – gleich ob die Abschriften in die Studie aufgenommen werden konnten oder nicht – möchte ich mich bedanken.

Die Studie will, obwohl sie auch Material des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit verwendet, nicht den Eindruck erwecken, die Afrikapolitik der DDR wurde von diesem Ministerium gesteuert. Dies käme einer weiteren Mystifizierung gleich. Das MfS erfüllte sowohl in Afrika als auch in der Anleitung und Kontrolle der Wirtschaftsbeziehungen, bei aller Eigendynamik großer Apparate »im Frontkampf«, vor allem von der Parteiführung zugewiesene Aufgaben. Ich kann der Klage eines ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiters der Staatssicherheit ein gewisses Verständnis entgegenbringen, der in Richtung »Aufarbeitungsforschung« sagte: »Warum beißt ihr nur den Stock und nicht die Hand, die ihn führte.«

Die Studie bemüht sich, die Motivation und wichtigsten Beweggründe der Parteiführung, deren Sachzwänge und ihre Entscheidungen darzustellen. Dabei ließ ich mich vom öffentlichen Interesse leiten, das sich auf die Beziehungen zwischen Staaten und Völkern richtet.

Auf weitere eher grundsätzliche Probleme soll kurz hingewiesen werden, da bei der Betrachtung von Vorgängen in der ehemaligen DDR immer ein bewußter oder unbewußter Ost-West-Vergleich stattfindet. So auch in der Außenwirtschaft. Durch die getrennten Währungs- und Rechtssysteme war die Praxis sehr verschieden.

Manager westlicher Handelsfirmen verfügten im Normalfall über bedeutend größere Spielräume als ihre östlichen Kollegen. Sie fanden kein vergleichbares Korsett vor. Die Konvertierbarkeit ihrer Währungen sicherte den weiten Handlungsraum in der Weltmarktwirtschaft. Im normalen sozialistischen Außenhandel ging es beengter zu.

Trotzdem: Die östliche Planwirtschaft verstand sich als Alternative zur Marktwirtschaft.

Ein zentralistisch regiertes Staatshandelsland – wie die DDR – praktizierte offiziell nicht die Trennung von öffentlichen und privaten Bereichen. Ein westliches Wirtschaftssystem unterscheidet in der Südkooperation privaten Handel und öffentliche Entwicklungszusammenarbeit. Die Trennungslinie läuft »klassisch« zwischen Gewinnorientierung und sozialer Verpflichtung. Dabei gibt es fließende Übergänge.

Für die sozialen Verpflichtungen trägt im westlichen System die öffentliche Hand mittels der verschiedenen Formen der Entwicklungszusammenarbeit die Verantwortung. Sie hat dabei mitunter eine Alibifunktion. Eine Verpflichtung zu ethischem Handeln wird von einem Außenhändler a priori nicht erwartet. Er kann mit weitgehender öffentlicher Billigung »graue Bereiche« nutzen.

Der sogenannte sozialistische Außenhandel mit Entwicklungsländern unterlag dagegen offiziell dem theoretisch selbst entworfenen Ziel des langfristigen sozialen Ausgleichs. Propagiert wurde die Interessengleichheit zwischen Entwicklungsländern und Staatshandelsländern. Diese Gleichheit wurde als strategisches Fortschrittsbündnis und als Zukunftsgarantie herausgestellt. Die Attraktivität der sozialistischen Staaten beruhte für einige Regierungen der Dritten Welt unter anderem auf ihrer Aussage, eine Alternative zum westlichen Wirtschaftsmodell sein zu können. Dies war verbunden mit dem Versprechen der Führungen der östlichen Staatengemeinschaft, den gegenseitigen Vorteil zu suchen und Gewinnmitnahmen zu vermeiden. Eine Außenwirtschaft neuer Qualität sollte dies gewährleisten. »Handel statt Hilfe« war das Motto.

Mit »Handel statt Hilfe« war ein hoher ideologischer und auch ethischer Anspruch formuliert. Schon beim ersten größeren Gegenwind wurde der propagierte Gegenentwurf kurzfristig über Bord geworfen. Signifikanter Ausdruck für diesen »Systemwechsel innerhalb des Systems« in der DDR war die Beauftragung des Wirtschaftsunternehmens KoKo mit der Pflege der Beziehungen zu den afrikanischen Ländern. Dafür wurde es mit staatsmonopolistischen Vollmachten ausgestattet. KoKo sollte im Auftrag der Führung der SED auf dem Weltmarkt für die DDR agieren und: »Es machen, wie die im Westen!« Mehrmals gaben Gesprächspartner diese Erklärung für die Mission von KoKo. Es vermischten sich in der DDR Privates und Öffentliches, Ökonomie und Politik auf eine andere als die verkündete Weise und wurden zu einer speziellen Einheit zusammengefügt. Die Einsicht in staatliche Archive der ehemaligen DDR macht es jetzt möglich, in einige »private«, also geschäftliche Abläufe von KoKo und der Südkooperation der SED und DDR zu schauen. Die Archive westlicher Konzerne und Staaten sind in der Regel

für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Trotzdem haben engagierte Wissenschaftler und Journalisten gelegentlich über Machenschaften westlicher Geschäftsleute und transnationaler Konzerne in Entwicklungsländern recherchiert und berichtet.

Die vorliegende Studie versteht sich in der »Tradition« einer kritischen Betrachtung staatlicher und nichtstaatlicher entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Seit den Erschütterungen der Studentenunruhen 1968 und ihrem Bezug auf die Länder und Völker in der sogenannten Dritten Welt gab es eine kontinuierliche und fundiert kritische Begleitung der Außen-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik westlicher Staaten durch die entwicklungspolitisch interessierte Öffentlichkeit, nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik. Die Kritik reichte bis zur grundsätzlichen Infragestellung der Zweckmäßigkeit und Funktion der Formen der Entwicklungszusammenarbeit. Entwicklungspolitik war zeitweise ausgeprägte Staatskritik. Die entwicklungspolitische Arbeit in der Bundesrepublik zog einen Teil ihrer Kraft und Motivation aus der beständigen Beurteilung des eigenen Wirtschaftssystems bzw. dessen Auswirkungen auf die Länder des Südens, ohne die Grundwidersprüche auflösen zu können. Die Literatur dazu ist umfangreich.

Eine derartige Debatte gab es in der DDR nicht. Vielmehr wurden »Solidarität« und »Internationalismus« als staatstragend angesehen und galten als weitgehend unantastbar. Die Südbeziehungen wurden stark reguliert oder geheimgehalten, negative Auswirkungen in der Öffentlichkeit nicht diskutiert. Diese Praxis erwies sich auch nach der Wende noch als erstaunlich robust und wurde fortgesetzt.

Die in der DDR verhinderte öffentliche Debatte um »staatliche Hilfe«, beispielsweise hinsichtlich der Großprojekte und den Stellenwert kleinbäuerlicher Landwirtschaft, läßt sich mit dieser Studie nicht nachholen. Sie will aber zu Gespräch und Auseinandersetzung anregen. Auch wenn die ehemalige DDR ein »abgeschlossenes Sammelgebiet« ist, sollten die Erfahrungen und Biographien vieler Spezialisten und Außenhändler erschlossen und bei einer weiteren Beurteilung hinzugezogen werden.

Die Studie versteht sich in einer weiteren »Tradition«.

Seit Mitte der 80er Jahre ringt die engagierte entwicklungspolitische Öffentlichkeit um ein sozialökonomisch faires Beurteilen und Reduzieren der Schulden von besonders unterentwickelten Ländern. Die Ostblockstaaten und Staatshandelsländer blieben von dieser Kritik weitgehend ausgeklammert. Ihre Handelsbeziehungen galten den einen als Alternative, und von anderen sind sie im Weltmaßstab als unbedeutend angesehen worden. Aber für einige Entwicklungsländer besitzen die noch bestehenden Schulden gegenüber den ehemaligen Staatshandelsländern erdrückende Größenordnungen. Zudem müssen sie nach dem Zusammenbrechen des gesonderten Währungsraumes des RGW, der »Rubelzone«, in konvertierbaren Devisen zurückgezahlt werden. Gläubigerstaat an Stelle der ehemaligen DDR ist die Bundesrepublik. Sie hat nicht nur Schulden der DDR übernommen, sondern auch Guthaben aus de-

ren Handel mit Entwicklungsländern. Die Studie möchte zu einer sachgerechten Beurteilung der Ex-DDR-Forderungen beitragen und plädiert für eine umfassende Streichung, wie sie von der Kampagne »Entwicklung braucht Entschuldung – Erlaßjahr 2000« und von vielen entwicklungspolitischen Organisationen und den Kirchen gefordert wird.

Die Studie wird unter drei Vorbehalten veröffentlicht:

Erstens: Eine umfassende Betrachtung der Beziehungen der DDR zu afrikanischen Ländern kann nicht ohne die Einbeziehung der beteiligten Partner erfolgen. Ich sehe es als notwendig an, daß die Südpolitik der DDR auch von Äthiopiern und Mosambikanern beurteilt wird. Von daher sollte eine weitere Studie unter dem Arbeitstitel »Mit ihren Augen« ermöglicht werden. Die Hoffnung ist berechtigt, daß dafür Partner gewonnen werden könnten. Es gibt noch eine Vielzahl von Fragen, deren Antworten nicht in den DDR-Akten zu finden sind.

Zweitens: Die Studie bedarf einer Ergänzung um die alltäglichen Arbeitsgänge in den Projekten, Botschaften, Arbeitsgruppen und Einsatzorten. Wie erwähnt geben die zur Recherche herangezogenen Unterlagen dies nur sehr eingeschränkt her. Die Erinnerungen von Zehntausenden von Spezialisten, FDJ-Brigadisten, Diplomaten, Sicherheitsmitarbeitern, Ehepartnern und Beratern könnten eine wertvolle Ergänzung bei weiteren Beurteilungen darstellen. Die Krankenschwestern und Ärzte im nordäthiopischen Gonda zum Beispiel haben unter extremen Arbeits- und Lebensverhältnissen Kranke geheilt und junge Ärzte ausgebildet. Sie seien wie die Geologen im mosambikanischen Bergland um Monica stellvertretend für viele genannt. Trotz problematischer Vorgaben der Leitung und politisch schwieriger Verhältnisse haben sie versucht, partnerschaftliche und solidarische Arbeit zu leisten. Ihre Berichte und persönlichen Briefe fanden sich nicht in den Ordnern der SED-Führung und Sicherheitsorgane. Sie konnten zur Beurteilung nicht herangezogen werden.

Drittens: Bei weitem nicht alle Akten konnten eingesehen werden. Manche Bestände sind noch nicht zugänglich, nicht nur die des ehemaligen Außenministeriums der DDR. Es liegt in der Natur der Arbeit mit Aktenmaterial und in der Komplexität des Gegenstandes, daß weitere Unterlagen sowie mögliche Gespräche und Auseinandersetzungen Aussagen dieser Studie im nachhinein verändern oder abrunden. Das wäre eine gute Wirkung.

Ausgangspunkt meiner intensiven Nachforschungen war eine Anfrage der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Diese erreichte mich in einer Phase beruflicher Umorientierung. Zudem sollten fünf Schwerpunktländer der Südpolitik der DDR auf ca. 40 Seiten abgehandelt werden. Ich mußte ablehnen. Nachfragen von Mitgliedern der Kommission und der Hinweis, daß »die Geschichte dann wieder vom Westen« aufgearbeitet würde, bewirkten eine Umstimmung. Ohne die Unterstützung einer Reihe von Personen wäre diese Studie nicht vollendet worden. Mein Dank gilt denen, die mich zur

Weiterarbeit ermutigten. Ich möchte mich herzlich bei Herrn Hans Lindemann/Köln bedanken, der mir Teile seines Materials zur Einsicht überließ, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Archiven, vor allem in Berlin-Zehlendorf, bei den Gesprächspartnern für ihre Offenheit und ihr Vertrauen, bei Heide Künanz und Uta Rüchel für die Mitarbeit bei der Fertigstellung des Manuskripts. Nicht zuletzt bedanke ich mich beim Ch. Links Verlag und beim Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg sowie beim Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland für Verständnis und Unterstützung. Vor allem aber möchte ich mich bei meiner Frau und unseren Kindern bedanken für ihre Geduld, ihr Verständnis und ihre Unterstützung!

Wittenberg/Pechau,
im August 1999

Hans-Joachim Döring

1 Die Rahmenbedingungen der Afrikapolitik der DDR

1.1 Das Ringen um internationale Anerkennung

Um die Besonderheiten und den Stellenwert der Beziehungen der DDR zu afrikanischen Staaten verstehen zu können, ist es unbedingt notwendig, die Jahrzehnte von der Gründung der DDR bis zu ihrer internationalen Anerkennung in die Betrachtungen mit einzubeziehen.

Als das zentrale Trauma der Partei- und Staatsführung der DDR in der ersten Hälfte ihres Bestehens muß das Ausbleiben der politischen Anerkennung des ersten deutschen »Arbeiter- und Bauernstaates« durch die internationale Öffentlichkeit angesehen werden. Die Nichtanerkennung als Legitimationsverweigerung bis in die erste Hälfte der 70er Jahre verletzte den Stolz der leitenden Politiker der DDR. Sie sahen sich mit der historischen Rolle der Errichtung und Gestaltung des ersten deutschen »Arbeiter- und Bauernstaates« konfrontiert. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges betrachteten sie sich als legitime Söhne des sozialen Fortschritts. Die territoriale Ausdehnung der Einflußsphäre der Sowjetunion wurde als wichtiger Etappensieg der Arbeiterklasse verstanden. Der Weltkommunismus galt seit den 20er Jahren als endgültiges Ziel und letzter Sieg über den Kapitalismus. Die Westgrenze der DDR wurde als Systemgrenze zwischen Ost und West sowie zwischen »dem« Fortschrittlichen und »dem« Reaktionären erlebt und steigerte das besondere Verantwortungsgefühl und die Empfindlichkeit der SED-Führung. Durch die Existenz zweier deutscher Staaten konnte die DDR ihre Identität nur sehr begrenzt mit nationalen Elementen begründen. Überall, wo sie als deutscher Staat auftrat, war der andere deutsche Staat meist schon präsent. Die Spannung zwischen dem aus der Geschichte abgeleiteten Auftrag, ihre Existenzberechtigung sowie die Stabilität an der Westgrenze der sowjetischen Hemisphäre immer wieder zu beweisen, und der jahrelangen Ignoranz der Weltöffentlichkeit gegenüber dem »Staatsprojekt DDR« war groß.

Schon in den 60er Jahren gab es umfangreiche Bemühungen um staatliche Kontakte zu afrikanischen Staaten. Vor allem in Guinea, Ägypten oder Sansibar sollte die internationale Isolation durchbrochen werden. Aber im Frühjahr 1960 wurde der Botschafter der Republik Guinea aus Ostberlin wieder nach Afrika zurückgerufen. Nach massiven westdeutschen Interventionen und der Androhung, Zahlungen von Entwicklungshilfemitteln einzustellen, sah sich Guinea dazu gezwungen. Der Botschafter hatte sein Entsendungsschreiben als erster Diplomat eines nichtsozialistischen Staates dem Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, erst wenige Wochen zuvor überreicht. Sein Präsident, Sekou Touré, sprach von einem »Mißverständnis«. Diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern gäbe es nicht. Stabiler waren die Beziehungen zum Inselstaat Sansibar, auch wenn die Republik Sansibar nur kurze

Zeit bestand und schnell im Staatenverbund von Tansania aufging. Seit den 60er Jahren weilten Sicherheitsberater auf der Insel.¹ Angesichts der von ihnen angewandten Methoden erwarben sie sich jedoch in ganz Afrika ein eher zweifelhaftes Renommee.² Viele Erfolge waren der DDR in Afrika zu dieser Zeit nicht beschieden, wenn auch größere als in Westeuropa oder Lateinamerika.

Entsprechend der »Hallstein-Doktrin« von 1956 wurde durch die Bundesregierung der Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen proklamiert und speziell in den Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt angewandt. Die Anerkennung der DDR durch »Dritte Staaten« bzw. aktive Beziehungen zur DDR wurden von der Bundesregierung als Vertiefung der Spaltung Deutschlands angesehen und als »unfreundlicher Akt« gewertet. »In einem solchen Fall werde die Bundesregierung ihre Beziehungen zu den betreffenden Staaten einer Überprüfung unterziehen müssen.«³ Die »Hallstein-Doktrin«, gekoppelt an die Gewährung oder den Entzug von Entwicklungshilfemaßnahmen bzw. geförderter oder behinderter wirtschaftlicher Zusammenarbeit durch die Bundesregierung, erfüllte ihre Funktion bis Ende der 60er Jahre. Der Handlungsspielraum der unlängst politisch unabhängig gewordenen Staaten war gering. Nicht selten hingen an der Gewährung oder der Verweigerung eines Kredites die Existenz des Regimes und die Karriere von Mitgliedern des Kabinetts.

Mit der Unterzeichnung des »Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik« am 21. Dezember 1972 und der Mitgliedschaft beider deutscher Staaten in den Vereinten Nationen setzte prompt eine Welle der Anerkennung der DDR ein. Die Phase der Zurücksetzung und Demütigung war beendet. Die »Hallstein-Doktrin« verlor mit dem veränderten internationalen Klima und der Politik der Regierung unter Willy Brandt an Sinn und Bedeutung. Eine abgeschwächte Fortsetzung erfuhr sie allerdings durch die Aufnahme der »Berlin-Klausel« in die Lomé-Abkommen der Europäischen Gemeinschaft. Fünf afrikanische Länder: Mosambik, Äthiopien, Angola, São Tomé und Príncipe sowie Guinea-Bissau⁴ lehnten diese Klausel aus Verbundenheit mit der DDR noch bis Anfang der 80er Jahre ab.

1 Vgl. Wolf, Markus: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. München 1998, S. 361f.

2 Kühne, Winrich: Die Politik der Sowjetunion in Afrika – Bedingungen und Dynamik ihres ideologischen, ökonomischen und militärischen Engagements. Baden-Baden 1983, S. 81 (im folgenden: Kühne: Die Politik der Sowjetunion in Afrika).

3 Außenminister Heinrich von Brentano vor dem Deutschen Bundestag am 28.6.1956. Zitiert nach: Spanger, Hans-Joachim; Brock, Lothar: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungshilfe der DDR – eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland? Opladen 1987, S. 287 (im folgenden: Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten).

4 Heyden, Ulrich van der; Schleicher, Hans-Georg; Schleicher, Ilona: Die DDR und Afrika zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Hamburg 1993, S. 27 (im folgenden: Heyden/Schleicher/Schleicher: Die DDR und Afrika).

Die »Hallstein-Doktrin« behinderte die DDR in Afrika massiv⁵ und verletzte sie an ihrer empfindlichsten Stelle, der staatlichen Souveränität und völkerrechtlichen Legitimation. Hinzu kam, daß ein Land mit staatlichem Außenhandelsmonopol für seinen Handel besonders dringend anerkannte und vertraglich geregelte Beziehungen benötigte.

Mit der 1973/74 erfolgten weltweiten Anerkennung, einschließlich der UN-Mitgliedschaft, wurde die DDR in die internationale Staatengemeinschaft aufgenommen. Sie galt durchaus als Sieger in diesem diplomatischen deutsch-deutschen Kampf der zurückliegenden Jahrzehnte. Damit hatte die kleine DDR der weitaus mächtigeren Bundesrepublik eine Niederlage bereitet.

Aktiv versuchte sie, ihre Rolle an der Seite der Warschauer-Vertragsstaaten in den Vereinten Nationen wahrzunehmen und dort die jungen Nationalstaaten und Entwicklungsländer im Rahmen ihrer Außenpolitik proklamatorisch zu unterstützen. Besonders hervorzuheben ist ihr Auftreten gegen das rassistische Apartheid-Regime in der Republik Südafrika. Diese eindeutige Haltung der DDR schuf eine der Grundlagen für das hohe Ansehen der DDR-Führung bei vielen Entwicklungsländern Mitte der 70er Jahre.

1.2 Politische Veränderungen in den 70er Jahren

Mit dem Abkommen über einen Waffenstillstand im Vietnam-Krieg im Januar 1973 und dem Abzug der letzten amerikanischen Soldaten im März des gleichen Jahres gestanden die USA ihre Niederlage im Vietnam-Krieg ein. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren bezwungen worden. Ihr Anspruch auf Weltführung war erschüttert. Dieses Ereignis wurde als internationaler Sieg der progressiven Welt gefeiert. Die vietnamesische Bevölkerung hatte in den zurückliegenden Jahren in weiten Teilen der Welt materielle und moralische Unterstützung erhalten. Der Ausgang des fernöstlichen Kampfes David gegen Goliath beflügelte die Wünsche nach sozialer Gerechtigkeit. Das tapfere und aufopferungsvolle Kämpfen der Menschen in Vietnam wurde als Ermutigung verstanden. Antiimperialistische Solidarität stand in nicht wenigen Kreisen hoch im Kurs. Die Studenten in westlichen Großstädten erschütterten mit ihren Aktionen und Forderungen die kapitalistischen Gesellschaftsgebäude. In der Weltpolitik gab es Hoffnung auf Veränderung. Die Kräfte verschoben sich. Das stärkte der DDR den Rücken.

5 So hatte die DDR 1974 nur 21 Handelsabkommen und 27 Abkommen über ökonomische bzw. wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern abgeschlossen. Vgl. Clausnitzer, Friedrich: Prinzip und Praxis der Außenhandelspolitik der DDR gegenüber Entwicklungsländern. In: Asien, Afrika, Lateinamerika (im folgenden: aala) 5/1984, S. 701ff.

1984 waren es 67 Handelsabkommen und 55 Abkommen über ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Vgl. Scharschmidt, Gerhard: Wirtschaftliche Zusammenarbeit DDR – Entwicklungsländer. In: Außenpolitische Korrespondenz 31/1984, S. 243ff.

Ebenfalls prägend war in der ersten Hälfte der 70er Jahre für die westeuropäische Linke, aber noch spürbarer für einige afrikanische Entwicklungsländer, die April- oder Nelken-Revolution in Portugal, bei der das alte Militärregime durch programmatisch eher demokratisch-sozialistisch ausgerichtete Offiziere entmachtet wurde. Ein NATO-Staat erlebte eine Wende. Dieser Machtwechsel vom 25. April 1974 war nicht zuletzt auf die Erfolge der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien zurückzuführen. Vor allem die Zustände in den Kolonien Portugals bewirkten diesen Putsch. Vierzig Prozent des portugiesischen Nationalhaushaltes flossen in die Überseegebiete. Allerdings weniger um diese zu »entwickeln«, als vielmehr, um sie für die vom Kolonialismus profitierende portugiesische Oberschicht gegen den wachsenden Einfluß der Befreiungsbewegungen zu verteidigen, die weitgehend von der einheimischen Bevölkerung getragen wurden. Der größte Teil der portugiesischen Streitkräfte war in Afrika stationiert. Dort starben die jungen Soldaten. Die entscheidende Persönlichkeit des Jahres 1974, der Anführer der »Bewegung der Streitkräfte« (Movimenta das Forças Armadas, MFA), General António de Spínola, faßte während seines militärischen Einsatzes in Afrika den Entschluß zum Sturz des seit den 30er Jahren regierenden Diktators António Oliveira de Salazar. Auf der euphorisch gefeierten 1. Mai-Kundgebung 1974 in Lissabon – dem gesamten Putsch fielen nur vier Menschen zum Opfer – skandierten Hunderttausende als Hauptlosung: »Kein Soldat mehr für den Kolonialkrieg!«. Die Veränderungen auf dem kleineren Teil der iberischen Halbinsel indes waren einschneidend. Immerhin wurden ohne direkten sowjetischen Einfluß Großbetriebe und Banken verstaatlicht, erhebliche Ländereien enteignet und Genossenschaften sowie Kommunen gegründet.

Die alten Herrschaften verloren ihr Überseegebiet, das ein Vielfaches der Ausdehnung des »Mutterlandes« umspannte und als wichtigste äußere Stütze ihrer Herrschaft galt. Die neue Regierung beschloß in Lissabon am 8. September 1974, die früheren Kolonien, unter ihnen Mosambik, zum 25. Juni 1975 in die Unabhängigkeit zu entlassen. Die Befreiungsbewegung Mosambiks, die FRELIMO, wurde als Konsequenz dieser Entwicklung – auch von den Vereinten Nationen – als legitime Vertretung des mosambikanischen Volkes anerkannt. Nach und nach wurden ihr bis zur formalen Unabhängigkeit Machtfunktionen, so sie über diese in befreiten Gebieten nicht schon verfügte, abgetreten. Mit Angola, São Tomé und Príncipe wurden weitere Länder unabhängig und das letzte europäische Kolonialsystem in Afrika erstaunlich geräuschlos aufgelöst. Ein letzter großer Antagonismus war beseitigt.

In der gleichen Woche, am 12. September 1974 – unabhängig von den portugiesischen Vorgängen –, wurde in Äthiopien Kaiser Haile Selassie vom »Komitee der Streitkräfte« entmachtet. Zuvor hatte es Unruhen im ganzen Land gegeben.

Am 1. August 1975 unterzeichneten in Helsinki 33 Staatsoberhäupter die Vereinbarungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, trat gleichberechtigt mit Bundeskanzler Helmut Schmidt auf. Der durch die Niederlage von Hitlerdeutschland entstandene »erste Arbeiter- und Bauernstaat

deutscher Nation« hatte eine weitere Bestätigung seiner historischen Mission erhalten. Er war nun endgültig akzeptierter Bestandteil der europäischen Nachkriegsordnung.

Bis Ende der 60er Jahre konnte man das internationale System als asymmetrische Bipolarität zwischen der »westlichen Hemisphäre«, an der Spitze die Führungsmacht USA, und der »östlichen« Hemisphäre mit der Führungsmacht UdSSR beschreiben. Die Asymmetrie beruhte auf dem wirtschaftlichen und militärischen Vorsprung vor allem der USA. Dieser Zustand blieb trotz einer Vielzahl von Konfrontationen »kalter Krieg« und wurde kein »heißer«. Spätestens mit Beginn der 70er Jahre konnte von einer gewissen strategischen Symmetrie zwischen den territorial und ideologisch eher geschlossenen Blöcken gesprochen werden. 1972 wurden zwischen den USA und der Sowjetunion die »Basic Principles« zum Verständnis globaler Entspannung unterzeichnet. In Ziffer zwei heißt es da:

»Die USA und die UdSSR legen größten Wert darauf, das Entstehen von Situationen zu vermeiden, die zu einer gefährlichen Verschlechterung ihrer Beziehungen führen könnten. Sie werden daher ihr Äußerstes tun, um militärische Konfrontationen zu vermeiden und den Ausbruch eines Nuclearkrieges zu verhindern. Sie werden in ihren gegenseitigen Beziehungen stets Zurückhaltung üben, und sie werden bereit sein, zu verhandeln und Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Gespräche und Verhandlungen über offenstehende Fragen werden in einem Geist der Gegenseitigkeit, des beiderseitigen Entgegenkommens und des beiderseitigen Vorteils geführt werden.«⁶

Anfang der 70er Jahre hatten die Warschauer Vertragsstaaten unter Führung der Sowjetunion militärtechnische Nachteile ausgeglichen, in der noch von den Massengütern der Montan- und Zementindustrie bestimmten Wirtschaft aufgeholt, mehrere Kosmonauten erfolgreich in eine Erdumlaufbahn geschossen, hervorragende Gewichtheber und Bodenturnerinnen hervorgebracht und weltpolitisch durch die Bildung junger Nationalstaaten gewonnen.

Bei allen Unterschieden bildete sich eine partielle Interessenidentität der beiden Großmächte zur Vermeidung eines Atomkrieges heraus. Die USA mußten dies anerkennen. Die Sowjetunion mußte, um militärisch mitreden zu können, einen Großteil der zivilen Leistungen und Arbeitsergebnisse in die auch ohne Krieg »tödliche« Rüstungsindustrie stecken. Rüstungskontrolle und Entspannungspolitik wurden Begriffe für eine ansatzweise kooperative Bipolarität, die u. a. im KSZE-Prozeß einen Ausdruck fand. Eine andere Form der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zwischen Staaten und verschiedenen gesellschaftlichen bzw. ordnungspolitischen Systemen bahnte sich somit den Weg und sollte zu einer weniger konfliktbeladenen Lage in Europa führen. Der Wettbewerb verlagerte sich von der quantitativen Wirtschaftsstatistik und den Medaillenspiegeln hin zum Vergleich von Produkten in der Wirtschaftskooperation und im Handel. Über die Qualität ihrer Produkte und die damit erzielten Preise wurde die Weltmarktfähigkeit des soziali-

6 Kühne: Die Politik der Sowjetunion in Afrika, S. 126.

stischen Wirtschafts-, Planungs- und Motivationssystems auf die Probe gestellt. In der Kopplung von wirtschaftlicher Kooperation und Anerkennung ziviler Menschenrechte waren die Staaten Osteuropas durch den Abschluß des KSZE-Abkommens mit einer neuen Herausforderung konfrontiert. Die erfahrene Anerkennung der DDR und der Nimbus eines potenten europäischen Industriestaates gingen einher mit der Infragestellung ihres innenpolitischen Systems. Es sollte nur eine kurze Zeit – weniger als die Dauer eines Grundwehrdienstes bei der Nationalen Volksarmee – vergehen, bis massive Risse im inneren Gefüge der DDR sichtbar wurden.

Weite Teile der DDR-Bevölkerung begrüßten die Aufhebung der internationalen Isolation der DDR. Der Raum hinter der Mauer schien sich zu weiten. Wenige Bürger in der DDR forderten die Aufhebung der Isolation auch in zivilen und privaten Bereichen. Es war das halbe Jahrzehnt nach dem VIII. Parteitag mit der vollständigen Machtübernahme durch Erich Honecker. Es war die Zeit der Weltfestspiele in Ostberlin und der ständigen Gelegenheit, die Nationalhymne der DDR auf internationalen Sportplätzen klingen zu hören, die Stunden des »Kessel Buntes«, der legendären Samstagabendshow im DDR-Fernsehen mit ihren Weststars und der ersten Jeans in den HO-Geschäften. Die langen Haare der jungen Männer gaben kaum noch Anlaß für Repressalien in den Schulen.

Vor diesem Hintergrund wuchsen die Voraussetzungen für eine erweiterte Südpolitik der DDR. Der souveräne Staat putzte sich heraus. Das Bild des grauen Mauer- und Lauerstaates verblich teilweise. Durch die Beziehungen zu den Befreiungsbewegungen verfügte die SED über gute Kontakte zu einigen Führungskräften in den jungen Nationalstaaten. Die westlichen Gesellschaftssysteme galten bei den neuen politischen Eliten als weithin verbraucht und stellten keine eindeutige Alternative dar. Zu lange wurde das Regime des Rassismus in Südafrika in die eigenen Konzepte und Interessen eingebunden, toleriert und gestützt. Der NATO-Staat Portugal wurde vor 1974 wegen seiner Politik in Afrika und seiner faschistischen Vergangenheit von den eigenen Verbündeten nur in Ausnahmefällen kritisiert. Der westliche Kapitalismus wurde als wenig entwicklungs- und zukunftsfähig angesehen.

Die sozialistischen Staaten galten – mitten in der Ost-West-Auseinandersetzung – den Führungskräften nicht weniger Entwicklungsländer als der verlässlichere, zukunftsweisendere und solidarischere Pol. Um 1975 konnten einige afrikanische Länder bereits auf ein Dutzend Jahre politischer Unabhängigkeit zurückblicken. Der auf Basis der westlichen Modelle erreichte Fortschritt überzeugte nicht. Die in Afrika und im Ostblock vorherrschenden bzw. angestrebten Einparteiensysteme förderten die Beziehungen und erleichterten den sozialistischen Partei- und Staatsapparaten den Einstieg.

Zudem waren die Ansprechpartner für wirtschaftliche Fragen in Staatshandelsländern für die neuen Führungsschichten klarer zu erkennen als in westlichen Ländern. Auf beiden Seiten, bei den neuen Entwicklungsländern wie bei den östlichen Industriestaaten, gab es staatliche statt privatwirtschaftlicher Strukturen. Durch »revolutionäres« Herangehen auf beiden Seiten konnte in den ersten Jahren der jungen Nationalstaaten viel bewegt werden.

Die Angebote der sozialistischen Länder gegenüber den ausgewählten Staaten, besonders die Staats-, Sicherheits- und Militärapparate zu unterstützen, trafen auf Interesse bei den aus dem Widerstand kommenden neuen Führungen. In diesen Strukturen kannten sie sich aus. Diese Art der Unterstützung gab vor, die Unsicherheit der neuen Machthaber im Hinblick auf ihre Verankerung in der Bevölkerung zu verringern. Bei den oft erst nach der Unabhängigkeit ausgefochtenen Richtungskämpfen entschied gelegentlich der bessere Kontakt zu einem ausländischen Sicherheitsapparat. Der DDR eilte der Ruf eines »schnellen Freundes und Helfers« voraus.

Mit dem Imperialismusbegriff stand den Entwicklungsländern und der Sozialistischen Staatengemeinschaft ein gemeinsames, von außen einigendes Feindbild zur Verfügung. Die Blockadebemühungen westlicher Staaten und Firmen konnten teilweise durch Anstrengungen der sozialistischen Länder ausgeglichen werden, indem Anlagen, Experten und Waffen geschickt wurden. Das Vakuum ausgebliebener Entwicklung verlangte danach, ausgefüllt zu werden.

Ein weiterer Grund zur Anlehnung einiger Entwicklungsländer an die sozialistischen Länder ist in den Mechanismen des Weltmarktes zu sehen. Die politisch Verantwortlichen der unterentwickelten Länder wußten, daß ihre Produkte in diesem scharfen und ungleichen Wettbewerb nicht konkurrenzfähig waren, sie somit nur letzte Plätze in der weltweiten Arbeitsteilung und der damit verbundenen Wertschöpfung einnehmen konnten.

Die Ausstrahlung des besonderen Wirtschaftsgebietes der RGW-Staaten auf einen Teil der Entwicklungsländer war zu diesem Zeitpunkt durchaus verständlich. Mit dem RGW-System⁷, in welchem östliche Industriestaaten und Entwicklungsländer zusammenarbeiteten, gaben die Staatshandelsländer vor, ein weltweites alternatives Wirtschaftssystem außerhalb der Einflußsphäre des US-Dollar aufbauen zu können. Das war attraktiv und schien damals notwendig. Vertreter der neu ausgerufenen Staaten suchten bei ihren Anstrengungen, auch ökonomisch unabhängig zu werden, die Nähe des »Ostens«, wo immer er auch liegen mochte.⁸

Diese Ausstrahlung wurde durch die Propaganda und das geschönt verbreitete Selbstbild der RGW-Staaten, und hier besonders der DDR, verstärkt und mit Hilfe einer Vielzahl von Partei-, Regierungs- und Staatsbesuchen unterstützt. Von den wirtschaftlichen und innenpolitischen Schwierigkeiten der DDR war auch in Afrika wenig bekannt.

Freundschaftliche, gar persönliche Beziehungen zwischen den leitenden Regierungsvertretern kamen zu einer gewissen Verschwörungsmentalität und dem Ringen um das politische Überleben der Führungen auf beiden Seiten hinzu. Anders als parlamentarische Wahlwechsel lassen zentralistische Systeme kaum ein stilvolles Ausscheiden aus der jeweiligen »historischen Mis-

7 Zur Politik anderer sozialistischer Staaten zur »Dritten Welt« vgl. Després, Laure; Fritsche, Klaus; Jung, Lothar u. a.: Osteuropa und die Dritte Welt. Hamburg 1989.

8 Mosambik behielt trotz aller Nähe zu Moskau immer auch Gesprächskontakte zur VR China.

sion« zu, so daß auch erkannte Fehler über lange Zeit nicht berichtigt wurden. Mit Wort, Handschlag und Unterschrift stand man oft noch für Verträge ein, deren Sinn und Inhalt bereits überholt waren.

Mit dem ökonomischen und besonders dem militärischen Engagement der sozialistischen Länder in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, vor allem in Afrika (u. a. 1976 in Angola, im Ogaden-Krieg zwischen Somalia und Äthiopien 1977, die marxistisch-leninistische Ausrichtung der FRELIMO in Mosambik ab Februar 1977, die Befreiung Simbawes), und dem Einmarsch der Militärtruppen der UdSSR am 31. Dezember 1979 in Afghanistan wurde die eben erst erreichte Balance in der Weltpolitik erheblich gefährdet. Die Sowjetunion und einige ihrer Verbündeten agierten mitten im atlantischen Entspannungsprozeß hochmotiviert außerhalb ihres »klassischen« Einflußgebietes. Der »Westen« fühlte sich herausgefordert. Durch die veränderte Lage durfte nun das sozialistische Lager unter Führung der Sowjetunion weltweite Interessen wahrnehmen und mußte Verpflichtungen eingehen. Ihr ideologisches Konzept der Weltrevolution in den verschiedenen Phasen bot für diese Mischung eine gute Grundlage und zeugte gleichzeitig von einer hohen historischen Naivität. Für Schwarzafrika bedeutete die Einschätzung Breschnews auf dem XXV. Parteitag der KPdSU, daß jede Ecke des Globus mit in ihre Außenpolitik einbezogen werden müsse, unter anderem eine massive Steigerung des Waffenhandels und des Gefährdungspotentials.

Ein weiteres Datum in der Mitte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts muß genannt werden: der 15. November 1975. An diesem Tag trafen sich auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und des französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing im romantischen Schloß Rambouillet, nur 50 km von Paris entfernt, die Präsidenten und Regierungschefs der westlichen Industriestaaten, einschließlich der Finanz- und Außenminister. Das Treffen sollte als erste Zusammenkunft der »G-7«, der Gruppe der sieben ökonomisch potentesten Staaten der Erde, in die Geschichte eingehen und viele Folgetreffen nach sich ziehen.⁹ War der KSZE-Prozeß in gewisser Weise abgeschlossen, taten sich nun durch die zum Teil gravierenden Veränderungen in der Weltwirtschaft neuartige Verschiebungen auf.

Nach dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 wurden einige Erdölpreiserhöhungen gegenüber den Industriestaaten durchgesetzt. Weitere Rohstoffkartelle der Entwicklungsländer sollten deren Position im Welthandel stärken und bessere Preise für sie garantieren. Etliche Ökonomen meinten, einen fundamentalen Wechsel, gar eine Wende in der globalen Verteilung der Wirtschaftsmacht und der Reichtümer zu sehen. Das weckte Hoffnungen und Ängste. Die bipolare Stabilität zwischen Ost und West, mit ihrem vor allem militärischen Gerüst, wurde allmählich zweitrangig. Der Sekt von Helsinki war noch nicht ganz ausgetrunken, da begann schon die Globalisierung die Bipolarität zu verdrängen.

9 Vgl. James, Harold: Rambouillet, 15. November 1975 – Globalisierung der Wirtschaft. München 1997.

Gemäß der Theorie der »natürlichen Verbündeten« hätte der vor allem von westlichen Ökonomen und Politikern prognostizierte Bedeutungsgewinn der Entwicklungsländer auch den sozialistischen Staaten stärkeren Einfluß bringen müssen. Das betraf aber nur – in eingeschränktem Maße – die über eigene Rohstoffe verfügenden Staaten, allen voran die Sowjetunion. Die DDR erreichten die Auswirkungen des Ölpreisschocks, wenn auch durch den »Puffer« RGW verzögert, mit besonderer Wucht. Die seit 1975 stark veränderte weltwirtschaftliche Lage rückte die DDR als gerade erst anerkannten, bedeutenden europäischen Industriestaat unerwartet eng, außerplanmäßig schnell und anders als verkündet in die Nähe rohstoffarmer Entwicklungsländer. Ideologie, Politik und die von der SED geleitete Wirtschaft konnten darauf nicht angemessen reagieren. Die RGW-Staaten fanden sich nicht zu einer Allianz zusammen, sondern spalteten sich entlang ihrer unterschiedlichen Interessen allmählich auf. Die auf Determinismus geeichte Transformations- und Fortschrittsideologie der kommunistischen Parteien war ungeeignet und die Apparate unfähig, auf diese Veränderungen einzugehen.

Die osteuropäischen Staaten verschoben durch die fortgesetzte Anwendung ihres Erfolgsmusters der letzten zehn Jahre: das militärische Gleichgewicht, die bipolare Mitte an den Rand, nach Afrika. Dies ist ein gewichtiger Grund für die heute noch vorhandenen außergewöhnlich großen Entwicklungsrückstände der ehemals mit osteuropäischen Staaten herausragend befreundeten afrikanischen Länder.

War zwischen 1969 und 1976 der Waffenexport der Sowjetunion in diese Region um ca. 15 Prozent geringer als der Export westlicher Staaten, stieg er im Zeitraum 1976 bis 1979 dramatisch an und lag dann 60 Prozent über den westlichen Lieferungen.¹⁰ Der Geist der Gegenseitigkeit wurde im südlichen Afrika nicht bemüht.

Angestachelt durch die Verschiebungen im südlichen Afrika sah der Westen seine Interessen gefährdet, fürchtete um seine Rohstoffbezüge aus dieser Region und war geplagt von der Vorstellung eines revolutionären Umsturzes in Südafrika, was zur Herrschaft des ANC geführt und Namibia mit eingeschlossen hätte. Eine zum Teil dramatische Beschäftigung westlicher Beobachter mit sozialistischen oder »roten« Aktivitäten in Afrika setzte ein. Süd- und Ostafrika, einschließlich des Nahen Ostens, mit zeitweise Ägypten und Libyen stellte »die« Krisenregion der 70er Jahre dar.

¹⁰ Zahlen aufgrund von CIA-Material. Vgl.: Kühne: Die Politik der Sowjetunion in Afrika, S. 189ff. Für die Zahlen zwischen 1976 und 1979 ist zu beachten, daß 1977 das Waffenembargo der UN gegen die Republik Südafrika einsetzte und zu erheblich weniger Lieferungen westlicher Staaten in das südliche Afrika führte. Zu den CIA-Angaben vgl. Pijl, Kees van der: Vordenker der Weltpolitik. Opladen 1996, S. 344. Pijl berichtet, daß der CIA unter George Bush 1976 die James Carter-Administration drängte, Rüstungszahlen der Sowjetunion nach »oben zu korrigieren«, um vermeintliche Bomber- und Raketenlücken ausmachen zu können, mit denen wiederum Begründungen zur US-amerikanischen Aufrüstung angeführt werden könnten. Wie weit diese »Korrekturen« auch die Angaben zum Waffenexport berühren, kann nicht gesagt werden.

Der Höhepunkt der »empirischen« Beweise der Dominotheorie, die besagt, daß nach und nach einzelne Länder durch die Sowjetunion aus der amerikanischen Einflußsphäre herausgebracht werden sollten, war 1980 erreicht: Die Rote Armee marschierte zum Jahresende 1979 in Afghanistan ein und stationierte bis zu 120000 sowjetische Soldaten in diesem mittelasiatischen Land, Kambodscha wurde durch Vietnam besetzt und das mörderische Pol-Pot-Regime beendet, 17000 kubanische Soldaten waren am Horn von Afrika in Äthiopien, und die Sandinisten siegten im mittelamerikanischen Nicaragua. Im Iran wurde ein radikaler islamischer, antiamerikanischer Gottesstaat errichtet und der prowestliche Schah vertrieben. Die Steine fielen und schienen unaufhaltsam zu rollen.

Gleichzeitig zog sich Anfang der 80er Jahre der Ostblock innerlich, für die Weltöffentlichkeit noch weitgehend verborgen, wieder zurück. Die Ausdehnung in Richtung auf ein kommunistisches Weltreich endete schnell in einer Überdehnung. Schon der unerwartete Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan 1979 galt nicht primär den Expansionsbestrebungen, sondern hatte vielmehr die Sicherung der eigenen Grenzen und die Abwehr islamischer Einflüsse auf das Innere des roten Riesenreiches zum Ziel. Das Agieren der Sowjetunion in Afghanistan brachte für sie großen Mißkredit in den Ländern der »Dritten Welt« und war Anfang vom Ende der Expansion und Beginn des Rückzugs zugleich.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde 1981 Ronald Reagan zum Präsidenten gewählt, weil er Aussichten bot, die Vorherrschaft der USA wiederherstellen zu können. Die Hochrüstung erreichte ein neues Niveau. Die Welt kam in eine erneute Schieflage. Äußerlich hielt die Sowjetunion den Status der Supermacht und ihre Bedeutung für die in ihrer Einflußsphäre liegenden Staaten und Parteien noch aufrecht. Bis zum Macht- oder besser »Ohnmachtsantritt« von Michael Gorbatschow waren es nur noch fünf Jahre.

Süd- und Ostafrika reihten sich damit in die großen Krisenherde nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Diese Krisenherde waren gekennzeichnet von der Ausdehnung des einen großen Systems und dem Verteidigen der Einflußsphäre durch das andere System. Blockkonfrontationen übergreifende globale Störungen, wie die unzureichende Ernährung großer Bevölkerungsgruppen, die Verschmutzung der Ozeane, die Klimaveränderungen durch Industriemissionen und Brandrodung, der Verlust der Vielfalt des pflanzlichen und tierischen Reichtums oder die sich abzeichnende Verringerung bezahlter produktiver Arbeit, wurden erst nach dem Ende des Kalten Krieges und mit zunehmender Auflösung der Blöcke als Krisenherde erkannt.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges lassen sich für jedes Jahrzehnt markante Krisenregionen ausmachen. In den 40er Jahren war dies Europa mit seiner neuen Aufteilung, der Sicherung des sowjetischen Einflusses, der Spaltung Deutschlands und der Berlinblockade. In den 50er Jahren stellte Fernost mit dem Korea-Krieg den Schwerpunkt der Auseinandersetzung dar. Indochina und der Krieg der USA in Vietnam bestimmten die 60er Jahre. Es folgte in den 70er Jahren Afrika. Die Supermächte waren »nur« indirekt beteiligt und standen sich in einiger Entfernung gegenüber. In den 80er Jahren verlagerte sich der Krisenschwerpunkt nach Nicaragua und Mittelamerika in schon abgeschwächter Form. Durch die Implosion der sowjetischen Einflußsphäre zu Beginn der 90er

Jahre kehrte der Hauptkonfliktherd nach Europa zurück. Mit dem zunehmenden Verlust des sowjetischen Einflusses Ende der 70er Jahre in Afrika setzte auch das Ende der erweiterten Wirkungsmöglichkeiten der DDR ein. Der Rückzug des sozialistischen Lagers aus dem Weltgeschehen erfolgte für einen sich als Militärblock verstehenden Verbund lautlos und trat auch auf erstaunlich schnelle Weise ein. Er reagierte mit fast zehnjähriger Verzögerung auf die realen Kräfteverhältnisse und die Entscheidungen zu Beginn des Jahrzehnts.

Das Ende des »revolutionären Bodengewinns« wurde in einem Gespräch zwischen Erich Honecker und dem Sonderbeauftragten von Leonid Iljitsch Breschnew, ZK-Sekretär Russakow, am 21. Oktober 1981 auf den Begriff gebracht. Auf die dringliche Bitte, weiterhin Rohstoffe zu liefern, antwortete die sowjetische Führung: Nein, »es ist wie vor Brest-Litowsk«. ¹¹ Der Brockhaus aus Leipzig von 1978 schreibt zur weißrussischen Grenzstadt Brest-Litowsk:

»Im Frieden von Brest-Litowsk (3.3.1918) eignete sich das imperialistische Deutschland riesige Gebiete Sowjetrußlands an, dem der Vertrag jedoch einen Zeitgewinn brachte zur Festigung der jungen Sowjetmacht. Am 13.11. 1918 annullierte Sowjetrußland den Raubfrieden.«

Für Günter Mittag, der nach diesem Gespräch auf weitere zwei Millionen Tonnen sowjetisches Erdöl und zusätzliche Getreidelieferungen – ohne dafür Devisen bezahlen zu müssen – hoffte, bedeutete der Bezug auf »Brest-Litowsk«, daß die Sowjetunion keine Ausdehnung zum Westen mehr wollte. Auch wenn es für sie außenpolitisch wichtig gewesen wäre, sie konnte es sich ökonomisch einfach nicht leisten. »Brest-Litowsk« galt nicht nur für die DDR, sondern auch für die Entwicklungsländer.

1.3 Zum Verständnis von Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik der DDR

Das Besondere der sozialistischen und kommunistischen Außenpolitik bestand nach dem theoretischen Selbstverständnis ihrer Akteure in der Verwirklichung eines übernationalen Entwurfes. Ein Lexikon des Staatsverlages definierte Außenpolitik wie folgt:

»Die Hauptaufgabe der sozialistischen A. besteht in der Sicherung der günstigen internationalen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. (...) Die sozialistische A. befindet sich in Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, ihre Ausarbeitung und Realisierung erfolgt unter steter Berücksichtigung der Entwicklung der internationalen Kräfteverhältnisse. (...) Wichtige Aufgaben der A. sind die solidarische Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen, das konsequente Auftreten gegen jede Form des Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus und die Entwicklung und Festigung solidarischer

11 Zit. nach: Staadt, Jochen: Auf höchster Stufe – Gespräche mit Erich Honecker. Berlin 1995, S. 39 (im folgenden: Staadt: Auf höchster Stufe).

Beziehungen zu den national befreiten Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika, darunter zu den Ländern mit sozialistischer Orientierung. Die DDR entwickelt freundschaftliche Beziehungen zu den nichtpaktgebundenen Staaten, die sie als natürliche Verbündete im gemeinsamen Kampf betrachtet. Sie unterstützt deren Kampf um die politische und ökonomische Unabhängigkeit und tritt für eine demokratische Umgestaltung der vom Imperialismus geprägten internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein.«¹²

Die Hauptaufgabe der sozialistischen Außenpolitik wurde unter der Führung der Sowjetunion und in Gemeinschaft mit den sozialistischen Staaten erfüllt. Die eigenen Interessen sollten dem »Gesamtziel« und der übergeordneten Aufgabe untergeordnet werden. Dies ist für die DDR in besonderem Maße nachvollziehbar, da sie ihre Existenz aus dem Bestehen der sozialistischen Staatengemeinschaft und der »Mission der Arbeiterklasse« ableitete und nur schwer auf nationale Gegebenheiten bauen konnte.

Die Vorgabe der Orientierung der eigenen Interessen an übernationalen Verpflichtungen und Werten überzog das außenpolitische Engagement der DDR für Beteiligte und Beobachter mit einem ganz eigenen Glanz. Im Selbstverständnis der SED erhoffte man sich aus der Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten der internationalen Entwicklung Schubkräfte für den eigenen Aufschwung. Diese zeitweise fast als Naturgesetz angenommenen Kräfte sollten – stärker als in anderen sozialistischen Ländern – nationale Motive und Kräfte ersetzen. Nationale Momente konnte die DDR als deutscher Teilstaat nur sehr bedingt und nicht unproblematisch für sich aktivieren. Dieser »Nachteil« machte sie wiederum für Dritte im Vergleich mit der Bundesrepublik attraktiv. Gegenüber den Entwicklungsländern wurde dies besonders deutlich.

Was die Lexika nicht extra erwähnen, ist die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, auch und besonders in der Außenpolitik. Die führende Rolle hieß hier: die entscheidende, bestimmende und durchsetzende Funktion des Politbüros und des Sekretariates der SED sowie deren entsprechende Fachabteilungen, die über den Ministerien standen, diese anleiteten und kontrollierten. Im Paragraph 1 Absatz 2 des Statutes des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 18. Februar 1970 ist dies gesetzlich geregelt:

»Das Ministerium verwirklicht seine Aufgaben in Durchführung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und gemäß den Beschlüssen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und den Beschlüssen der Volkskammer, den Erlassen und Beschlüssen des Staatsrates, den Verordnungen und Beschlüssen des Ministerrates.«¹³

Insgesamt wurde die Außenpolitik der SED und damit der DDR mit der KPdSU und den Regierungsstellen der Sowjetunion abgestimmt. In den Beziehungen zu einzelnen afrikanischen Staaten hatte sich die SED aber einen gewissen Spielraum geschaffen.¹⁴

12 Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts. Berlin 1982, S. 64.

13 Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 23 vom 14.3.1970, S. 173.

14 Vgl. Gespräch des Verf. mit Dr. Friedel Trappell am 19.5.1999, im Anhang.

Die Außenwirtschaftspolitik – eine der Rahmenbedingungen für die Südpolitik der DDR – wurde im Lexikon folgendermaßen umschrieben:

»Die sozialistische A. [Außenwirtschaft; d. Verf.] leistet einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Hauptaufgabe in den sozialistischen Staaten, indem sie zur Versorgung der Volkswirtschaft mit den materiellen Produkten und Leistungen beiträgt, die der ständig wachsenden Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen dienen, und gleichzeitig ein wesentlicher Faktor der Intensivierung der für die Bedürfnisbefriedigung erforderlichen Produktion auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Steigerung der Arbeitsproduktivität ist.«¹⁵

Noch vor der internationalen Anerkennung der DDR erstellte das Büro des ZK-Sekretärs für Internationale Verbindungen, Hermann Axen, ein als »persönlich, streng geheim« eingestuftes Papier, das die angenommene Einheit von Außen- und Außenwirtschaftspolitik zum Ausdruck bringen sollte. Im Abschnitt »Die Aufgaben der Außenpolitik der DDR gegenüber Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika« ist zu lesen:

»Bei der Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen wird von folgenden Grundsätzen ausgegangen:

1. der Notwendigkeit der Intensivierung des nationalen Befreiungskampfes als wichtigem Frontabschnitt im Kampf gegen den Imperialismus, um die internationalen Positionen des Imperialismus zu schwächen und das Kräfteverhältnis weiter zugunsten der Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft zu verändern;

2. der Stärkung und Entwicklung von Bündnisbeziehungen mit Staaten, die den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg beschreiten und die einer starken Konfrontation mit dem Imperialismus ausgesetzt sind;

(...)

5. der Realisierung der revolutionären Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen und der Schaffung einer engen politischen Zusammenarbeit mit den progressiven Befreiungsbewegungen und somit den künftigen regierenden Parteien;

6. der Sicherung der Gesamtinteressen der DDR;

7. der Erfüllung der besonderen Aufgabe der DDR als sozialistischer deutscher National- und Friedensstaat zur Zurückdrängung des westdeutschen Imperialismus auch außerhalb Europas, insbesondere durch ... die Herstellung weiterer diplomatischer Beziehungen zu Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas;

8. der Konzentration der Bemühungen um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Staaten, bei denen die günstigsten Voraussetzungen hierfür gegeben sind.«¹⁶

15 Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts. Berlin 1982, S. 70.

16 Analyse und Prognose des internationalen Kräfteverhältnisses und der Entwicklung der internationalen Beziehungen sowie die sich daraus ergebenden Erfordernisse für die Außenpolitik und die Außenwirtschaftspolitik der DDR bis 1980. 25.1.1970, Büro H. Axen. BAZ DY IV 2/2 035/10, S. 172f.



Anlässlich der »Internationalen Woche der Solidarität mit der äthiopischen Revolution« singen Thälmann-Pioniere »Lieder der Völkerfreundschaft« (1978).

Mit dem ersten Grundsatz wird das Grundmuster der Nachkriegsjahrzehnte, die Systemkonfrontation zwischen »Sozialismus« bzw. »Kommunismus« und »Kapitalismus« bzw. »Imperialismus« aufgenommen. Es geht um die Verbesserung des Kräfteverhältnisses zugunsten des sozialistischen Lagers. Da sozialistisches Lager und sozialer Fortschritt synonym verstanden wurden, ist die systemimmanente Logik recht eindeutig: Je mehr Sozialismus es gibt, um so mehr soziale Gerechtigkeit stellt sich ein. Und je stärker die sozialistischen Länder im Weltvergleich dastehen, desto besser geht es den Entwicklungsländern und deren Menschen. Im Umkehrschluß hieß das: Wer den Sozialismus und die ihn tragende Partei kritisiert, gefährdet den sozialen Fortschritt und steht auf der »anderen Seite«, also gegen die Menschen, die unter ungerechten Verhältnissen leiden.

Sollte mit der »Hallstein-Doktrin«, durch Ausnutzung der Beziehungen und Abhängigkeiten zur Bundesrepublik, die Ausbreitung des Einflusses der DDR verhindert werden, wurden die Entwicklungsländer nun durch die DDR für eigene Interessen instrumentalisiert. Als Grundlage dafür dienten die Imperialismus- bzw. Weltrevolutionstheorie von Lenin und der »histori-

sche Optimismus« der 70er Jahre innerhalb der kommunistischen Parteien, der mit der Erwartung schnellen sozialen Fortschritts verbunden war.¹⁷

Die Entwicklungschancen der Länder der Dritten Welt werden in der Analyse bei allen historisch-materialistischen Gesetzmäßigkeiten als »eher gering« angesehen:

»Auch bis 1980 werden die entwickelten kapitalistischen Länder den Hauptanteil am Außenhandel behalten, wobei der Anteil der sozialistischen Staatengemeinschaft – wenn auch nur langsam und konzentriert auf progressive Staaten – zunehmen wird.«¹⁸

Im Anschluß an die außenpolitischen Grundsätze folgen die außenwirtschaftlichen, wobei betont wird, daß die außenwirtschaftlichen Beziehungen wesentlicher Bestandteil der Außenpolitik der DDR sind. Im Gegensatz zur späteren Kommission Entwicklungsländer wurde es allerdings als wichtig angesehen, die Importstruktur der DDR von reinem Rohstoffimport schrittweise auf Halb- und Fertigerzeugnisse der Entwicklungsländer auszurichten. Die Entwicklungsländer sollten an der Arbeitsteilung und der damit verbundenen Wertschöpfung durchaus mit beteiligt werden. Natürlich wurde auch die Verbesserung der Devisenbilanz der DDR durch die Steigerung der Exporte gegen freikonvertierbare Währungen als durchaus legitime Aufgabe der Außenwirtschaft beschrieben.¹⁹ Die Vertretung der eigenen Interessen ist durchaus eine der Aufgaben der Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik. Die Gestaltung auswärtiger Beziehungen ist immer interessengeleitet. Wo vorschnell Interessenübereinstimmung, gar grundsätzliche Übereinstimmung postuliert wird, ist besondere Obacht geboten.

Fünf Jahre später verhandelte das Politbüro der SED wieder ein Positionspapier zur Südpolitik: Am 15. April 1975 stand die »Orientierung für die weitere Entwicklung der Beziehung der DDR zum subsaharischen Afrika« auf der Tagesordnung. Für die Führung der DDR hatte sich die Lage erheblich gewandelt. Sie selbst war international anerkannt und gefordert und das subsaharische Afrika in Bewegung. Die – wie sollte es anders sein – ebenfalls als »streng vertraulich« eingestufte Vorlage beginnt mit einem Zitat des »Politisch beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages« vom April des Vorjahres. In ihm heißt es: »Uneingeschränkte Solidarität mit dem gerechten Kampf der Völker Afrikas gegen imperialistischen Kolonialismus und Neokolonialismus sowie für nationale Befreiung, ökonomische Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt sind die Grundlagen unserer Politik.«²⁰

17 »Eine erfolgreiche Lösung der ökonomischen Probleme [der nichtkapitalistischen Entwicklungsländer; d. Verf.] setzt einen erweiterten, allseitigen Ausbau der Zusammenarbeit mit der sozialistischen Staatengemeinschaft voraus, ohne die so schwierige Entwicklungsprobleme wie z. B. die Anwendung moderner Technologien oder die Qualifizierung der Kader, nicht zu lösen sind.« Ebenda, S. 87.

18 Ebenda, S. 173f.

19 Vgl. ebenda.

20 Orientierung für die weitere Entwicklung der Beziehung der DDR zum subsaharischen Afrika. 15.4.1975, Tagesordnungspunkt 5, Einbringer: H. Axen, O. Fischer, P. Markowski. BAZ DY 30 J IV 2/2 A-1873.

Weiter wurde festgestellt: Das sich unaufhaltsam verändernde Kräfteverhältnis in der Welt schaffe eine günstige Lage für die weitere Entfaltung der nationalen Befreiungsbewegungen, die Existenz der sozialistischen Staaten hätte die imperialistischen Mächte zu Zugeständnissen bei der Gewährung von Krediten und Anleihen für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit gezwungen. Die Gefahr des »Maoismus« wird mit dem Hinweis darauf, daß sich zehn afrikanische Staatschefs in den letzten zwei Jahren in der Volksrepublik China aufgehalten hätten, hervorgehoben.

Außerdem heißt es, die DDR stehe in erheblicher Konkurrenz zu bi- und multilateralen Hilfsangeboten westlicher Staaten und Organisationen.

Zu 29 der 36 subsaharischen Staaten hätte die DDR diplomatische Beziehungen aufgenommen, aber nur fünf Länder hätten Botschafter nach Ostberlin entsandt.

Zum Außenhandel in das gesamte Gebiet zwischen der Sahara und dem Sambia wird ausgeführt, daß er 1973 einen Umsatz von lediglich 32 Mio. Valutamark (VM) erreichte. 150 Experten weilten 1975 in verschiedensten Einsatzgebieten in sechs Ländern. Lediglich mit zehn Staaten bestanden kommerzielle Abkommen. Als zukünftige Schwerpunktländer werden erwähnt: Guinea, Guinea-Bissau, VR Kongo, VR Somalia und nach dem Erringen der Unabhängigkeit: Mosambik und Angola.

Noch in der Konzeption zur großen Reise von Außenminister Oskar Fischer vom 9. bis 21. Dezember 1976 nach Ostafrika wird darauf verwiesen, daß sich die DDR nicht in den zu besuchenden Ländern ökonomisch engagieren solle. Erwartungen und Bitten sei zurückhaltend zu begegnen, legte das Politbüro im November 1976 fest.²¹ Die Politik sollte der Ökonomie nicht davonlaufen.

1.3.1 Die Transformationslehre

Die Determinierung der Transformationslehre, d. h. des »revolutionär zwangsläufigen«, folgerichtigen Wechsels und »weltweit unumkehrbaren Übergangs« vom Kapitalismus zum Sozialismus, prägte weithin das Selbstverständnis der Außenpolitik der SED-Führung.

Bestandteil der »Transformationslehre« vom Kapitalismus zum Sozialismus war die Theorie der drei revolutionären Hauptströmungen:

1. die sozialistische Staatengemeinschaft
2. die internationale Arbeiterbewegung und
3. die nationalen Befreiungsbewegungen.

Erich Honecker schrieb in seiner 1980 erschienenen Autobiographie: »Objektiv sind die sozialistische Welt und die nationalen Befreiungsbewegungen natürliche Verbündete.«²²

21 Vgl. Reise des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Genossen O. Fischer nach Ostafrika. Konzeption für die Sitzung des Politbüros vom 23.11.1976. BAZ DY JIV 2/2 A 2020–22, Nr. 26.

22 Honecker, Erich: Aus meinem Leben. Berlin 1980, S. 402.

Diese Verbundenheit wurde bzw. sollte durch verschiedene Formen der antiimperialistischen Klassensolidarität als zweckgebundene Solidarität zum Ausdruck gebracht werden. Der Solidaritätsgedanke wurde am 10. Juli 1974 im Artikel 6 Absatz 3 in die Verfassung aufgenommen:

»Die DDR unterstützt die Staaten und Völker, die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, in ihrem Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt.«²³

Die 3. Säule der revolutionären Hauptströmungen war damit besonders begründet und verankert. Auch das staatliche Außenhandelsmonopol verfügte über Verfassungsrang.

Um die Vielfalt der Entwicklungsländer in einer einheitlichen Ordnung erfassen zu können, wurden im Laufe der Jahre verschiedene Einteilungssysteme entworfen.²⁴ Eines davon war die Einteilung in Entwicklungsländer mit kapitalistischem bzw. nichtkapitalistischem Entwicklungsweg und in Länder mit sozialistischer Orientierung²⁵ bzw. in sozialistische Entwicklungsländer. Die Regionalwissenschaften²⁶ der DDR betrieben den Ausbau dieser Theoriegebäude mit besonderer Sorgfalt, Ausdauer und Ergebnisorientierung.²⁷ Die Einteilung sollte neben der weltrevolutionären Territorialplanung eine »Orientierungshilfe« für die praktische Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik geben. Auf die praktische Politik oder deren Beratung hatten sowohl diese Theorieübungen als auch die Regionalwissenschaften nur einen geringen Einfluß. Bedeutender waren die Einflüsse der Ökonomen, wie sie vor allem durch die Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst repräsentiert wurden.

1.3.2 Zum Selbstverständnis der DDR bezüglich ihres Außenhandels mit Entwicklungsländern

Nach dem ideologischen Selbstverständnis der DDR waren die eigenen wirtschaftlichen Beziehungen mit Entwicklungsländern, im Vergleich zu dem »Klassengegner Imperialismus«, von grundsätzlich anderem Charakter.

»Die Grundprinzipien ihrer [der DDR; d. Verf.] ökonomischen Verbindungen sind die souveräne Gleichheit, völlige Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung und gegenseitiger Vorteil, verbunden mit antiimperialistischer Solidarität. Im DDR-Außenhandel erreichte der Warenaustausch mit den Entwicklungsländern das höchste Wachstumstempo. Es ist ein vorrangiges

23 Verfassung der DDR, Artikel 9 Absatz 3. Berlin 1974.

24 Vgl. Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten, S. 114ff.

25 Diese Gruppe umfaßte 1980 18 Staaten, darunter Mosambik und Äthiopien. Ebenda, S. 131.

26 Bezeichnung in der DDR für die Hochschulsektionen der Afrika-, Nahost-, Asien- und Lateinamerikawissenschaften, zeitweise gehörten auch die Skandinavienwissenschaften dazu.

27 Zur Arbeitsweise der Afrika- und Orientwissenschaften in der DDR vgl. Hafez, Kai: Orientwissenschaften in der DDR – Zwischen Dogma und Anpassung, 1969–1989. Schriften des Deutschen Orientinstitutes, Hamburg 1995.

Anliegen der DDR, den Beziehungen einen komplexen Charakter zu verleihen und sie nicht auf den Warenaustausch zu beschränken. Im Gegensatz zu den Zielen des Imperialismus und der internationalen Monopole gestaltet die DDR ihre wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Beziehungen so, daß diese zur Entwicklung der Produktivkräfte beitragen. Dementsprechend fördert sie die Verarbeitung von Rohstoffen im Erzeugerland, gehen die errichteten Betriebe in das nationale Eigentum dieser Länder über und findet selbstverständlich kein Gewinntransfer statt.«²⁸

Für einige befreundete Entwicklungsländer, die Mitglied des RGW waren, wurden diese Grundsätze teilweise angewandt. So erhielt Kuba über Jahrzehnte Präferenzpreise²⁹ für bestimmte Produkte in Mark der DDR. Für Nicaragua ist 1985 einmalig ein Barkredit in Höhe von 10 Mio. US-Dollar vergeben worden. Die Summe wurde vom Konto 628 genommen. Dieses Konto führte Alexander Schalck-Golodkowski für Erich Honecker zur besonderen Verwendung bei Staatsausgaben und speiste es aus KoKo-Gewinnen und Einnahmen. Soweit bekannt, war dies der einzige Kredit der DDR, der nicht auf Verrechnungsbasis vergeben wurde.

Für die hier zu untersuchenden Länder Mosambik und Äthiopien sowie Angola wurden keine Vorzugspreise wie für Kuba angeboten oder vereinbart. Sie waren auch nicht Mitglied des RGW. Der Außenhandel legte großen Wert auf die Verrechnung der Warenströme in US-Dollar zu Preisen, die durch die Monopolhändler der DDR für ihre Waren benannt wurden. Es wurde auf höchster Ebene entschieden, gegenüber den ausgewählten und besonders befreundeten Ländern Afrikas eine von Kuba sehr abweichende Handelspolitik zu betreiben. Hohe Gewinne für die DDR-Wirtschaft aufgrund politischer Preise, meist in Form von Deviseneinsparungen, wurden angestrebt und waren die Hauptmotivation für den schnell vorangetriebenen asymmetrischen Handel. Gewinnmitnahmen waren spätestens seit der Reise von Erich Honecker im Februar 1979 ein Ziel der Wirtschaftsbeziehungen.

Diese Handelspraxis in Abweichung von der offiziellen Ideologie war kein Spezifikum der DDR. Die Führungsmacht Sowjetunion verfuhr nicht anders und setzte den Maßstab für die »politische Preisbildung«. Eine Studie zur Afrikapolitik der Sowjetunion faßt deren Handelspraxis folgendermaßen zusammen:

»... die Sowjetunion ... verkauft ... ihre Produkte nicht billiger und kauft in den Entwicklungsländern teurer ein als im Handel mit ihren imperialistischen Konkurrenten, sondern umgekehrt. Auf einen Blick kann man sehen,

28 Willerding, Klaus: Die Außenpolitik der DDR und die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. In: aala 4/1979, S. 576.

29 Für Präferenz- bzw. Vorzugspreise über dem Weltmarktpreis wies die Staatliche Plankommission der DDR für den Zeitraum 1986–1989 2 158,8 Mio. Mark und allein für den Planansatz 1989 653,8 Mio. Mark, vor allem für Kuba, aus. Die Sowjetunion zahlte den vierfachen und die kleinen RGW-Staaten den doppelten Betrag des Weltmarktpreises für Zucker an Kuba. Diese als entwicklungspolitisch wertvoll herausgestellten Preise könnten auch die Aufgabe gehabt haben, das kubanische militärische Engagement 1976 in Angola und ab 1977 in Äthiopien zu bezahlen. Vgl. Melchers, Konrad: Die sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breschnew. Berlin 1980, S. 151.



Im Hafen von Assab/Äthiopien werden Lastkraftwagen aus der DDR – ausgewiesen als Solidaritätsgeschenk – ausgeladen (1984).

daß die Sowjetunion in ihrem gesamten Außenhandel nur politische Konkurrenzpreise kennt. Dort, wo sie den Markt beherrscht und politisch diktieren kann, verkauft sie mit Sonderaufschlägen. Dort, wo sie ökonomisch und politisch einen Markt erschließen kann oder auch nur um Devisen zu bekommen, verkauft sie häufig unter den Produktionskosten.«³⁰

Die handelspolitischen Beziehungen wurden komplex aufgefaßt und als staatliche Aufgabe mittels eingeschränkt unternehmerisch tätiger, weisungsgebundener Betriebe durchgeführt. Ein Großteil des Handels mit befreundeten Entwicklungsländern wurde – unabhängig von seinen auf eigene Gewinne bzw. Nutzeffekte abzielenden Absichten – als Unterstützung gewertet und beschrieben.³¹ Die beabsichtigte begriffliche Unschärfe bei den Definitionen und Konditionen der »Südleistungen« der DDR ermöglichte ein ideologisches Überhöhen der eigentlichen Ziele.³²

30 Ebenda, S. 144.

31 Vgl. Hahn, Karla; Jacob, Eleonore: Charakter und Hauptformen der Wirtschaftsbeziehungen DDR–Entwicklungsländer. In: aala 1/1986, S. 55 ff.

32 So schreibt G. Mittag in seiner Biographie: »Zu berücksichtigen ist auch, daß in den achtziger Jahren für rund 20,5 Milliarden Mark Solidaritätsleistungen beschlossen wurden.« Mittag, Günter: Um jeden Preis. Berlin 1991, S. 241. Die OECD berechnete für 1980 72 Mio. US-\$. Vgl. OECD-Bericht. Paris 1981, S. 121–124.

Hinsichtlich der deutlichen Zunahme des Handels schreibt das Standardwerk der DDR – aus der Kadenschmiede der DDR-Außenhändler, der Ökonomie-Hochschule Berlin-Karlshorst »Bruno Leuschner«, welche über ein spezielles Institut für die »Ökonomik der Entwicklungsländer« verfügte – zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den europäischen RGW-Ländern:

»Wichtiger noch als die quantitative Entwicklung ist jedoch die Frage nach dem Inhalt der neu entstandenen Beziehungen. Es entwickelten sich internationalen Wirtschaftsbezüge, die auf Gleichberechtigung, Achtung der Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten basieren und auf die Stärkung der ökonomischen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer gerichtet sind. (...) Im Unterschied zur Praxis der internationalen Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind von seiten der sozialistischen Länder die Beherrschung wirtschaftlicher Schlüsselpositionen in Entwicklungsländern durch Kapitalexport ausgeschlossen, ebenso die Ausbeutung durch Profittransfer, Transferpreise, Brain drain, die Ausnutzung wirtschaftlicher Macht für politische Erpressung und anderes mehr. Vielmehr bieten die sozialistischen Länder den Entwicklungsländern alle Vorzüge eines Wirtschaftssystems mit dynamischer und von zyklischen Schwankungen freier Entwicklung. (...) Das zentrale Planungssystem und das Außenhandelsmonopol in den RGW-Staaten stellen die notwendige Voraussetzung dar, um der internationalen Arbeitsteilung mit den Entwicklungsländern auf der Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen die erwähnte Langfristigkeit und Stabilität zu verleihen.«³³

Bei der Betrachtung der Außenhandelsbeziehungen der DDR mit Entwicklungsländern muß berücksichtigt werden, daß der Außenhandel ein »ganz besonderes Tabuthema« war.³⁴ Die »langlebige Kraft« des Tabus speiste sich aus der Größe der Widersprüche zwischen den solidarischen Reden nach außen und den angewandten Methoden sowie beabsichtigten Zielstellungen bei der »inneren« Gestaltung der Beziehungen zu diesen Ländern.

33 Klein, Ingo: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Entwicklungsländern und europäischen RGW-Ländern. In: Autorenkollektiv (Leitung: Stier, Peter): Handbuch Entwicklungsländer. Sozialökonomische Prozesse, Fakten und Strategien. Berlin 1987, S. 34f. (im folgenden: Autorenkollektiv (Leitung: Stier, Peter): Handbuch Entwicklungsländer.

34 Vgl. Lippe, Peter van der: Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED. Frankfurt/M. 1995, S. 1973–2086. Als Gründe dafür gibt er an: 1. Interessengegensätze innerhalb des RGW; 2. die Abwicklung eines großen Teiles des Außenhandels außerhalb des Planes durch den Bereich KoKo des Ministeriums für Außenhandel; 3. daß die »Propaganda gegen den Westen, insbesondere gegenüber der BRD unglaubwürdig geworden wäre, wenn erkennbar gewesen wäre, daß die Kreditgabebereitschaft des Westens das Regime ökonomisch eher unterstützt als geschädigt hat.« S. 1995.

1.4 Zur entwicklungspolitischen Einordnung der Afrikapolitik der DDR

Daß Entwicklungspolitik bzw. Entwicklungshilfepolitik auch ein Phänomen der Ost-West-Auseinandersetzung ist, zeigt sich nicht nur an der »Hallstein-Doktrin« oder der Bedeutung von Vorhutparteien in Entwicklungsländern für die SED. Es zeigt sich auch an Definitionen. Das »Kleine Politische Wörterbuch«³⁵ versteht unter »sozialistischer Hilfe« im Gegensatz zur »bürgerlichen Entwicklungshilfe« die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten mit Entwicklungsländern, die Unterstützung in ihrem Kampf um Unabhängigkeit sowie in ihrer ökonomischen und sozialen Entwicklung. Sie beansprucht »echte Hilfe« zu sein und die »wirklichen Interessen« der Entwicklungsländer zu vertreten. Die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den westlichen Industrieländern sollte durch die »sozialistische Hilfe« überwunden werden. Dies drückt sich in konsequenter Weise in der Forderung nach einer Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung aus.

Der Außenhandel wurde folglich mit zur »sozialistischen Hilfe gerechnet«³⁶.

»Entwicklungshilfe« wird verstanden als »nichtmarxistischer Begriff für Formen des Exports staatlichen Kapitals aus vornehmlich imperialistischen Ländern in die Entwicklungsländer zur Sicherung der Rahmenbedingungen neokolonialer Ausbeutung«³⁷.

Die DDR sah die Hauptursachen für die anhaltende Unterentwicklung in der kolonialen Ausbeutung und in den Austauschverhältnissen des Weltmarktes, die weitgehend ohne ihr Zutun stattfanden. »Deshalb lehnt die DDR solche Thesen ab, in denen von einer gemeinsamen Verantwortung aller Staaten für die entstandene prekäre ökonomische Lage, insbesondere der Entwicklungsländer, die Rede ist.«³⁸ In dem Konzept einer »Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung« (NIWO)³⁹ auf internationaler Ebene fanden sich wichtige Interessen der Entwicklungsländer und der sozialistischen Staaten scheinbar gleichermaßen wieder. Beide sahen die Forderungen nach Zahlung öffentlicher Entwicklungshilfe als Kompensation für die Verluste aus vergangener und gegenwärtiger Ausbeutung an. Gemäß dem Selbstverständnis der politischen Führung der DDR war die Praxis der DDR prinzipiell frei von »unbe-

35 Kleines politisches Wörterbuch. Berlin 1986, S. 1007.

36 Ebenda, S. 1071.

37 Autorenkollektiv (Leitung: Stier, Peter): Handbuch Entwicklungsländer, S. 198.

38 Aus: Rede des Außenministers der DDR, H. Sölle, vor der V. UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) am 14.5.1979 in Manila. Zit. nach: Horizont 23/1979, S. 2.

39 Die Deklaration und das Arbeitsprogramm zur NIWO wurden im Mai 1974 von der UN-Generalversammlung gebilligt. Es forderte vor allem eine Umgestaltung des internationalen Finanzsystems, u. a. eine Kopplung der Rohstoffpreise an die Preise der von Entwicklungsländern importierten Fertigwaren.

rechtigten« Gewinnmitnahmen. Stellten sich doch Bedenken ein, wurden diese mit der Begründung, es wären nur geringe Beträge gewesen, und mit dem Verweis auf die geleistete, vermeintlich solidarische Hilfe verdrängt und niedergeschlagen.

Eine Anerkennung der Unterentwicklung als globales Problem und als Herausforderung, auch für die östlichen Industriestaaten, erfolgte nicht. Die Lösung dieser Frage sah man eingebettet in den »Automatismus« des historischen Entwicklungsprozesses: Vorausgesetzt, der Imperialismus kann bekämpft und zurückgedrängt werden – was den Sieg des Sozialismus bedeutet hätte, denn es gab kein anderes nachfolgendes System –, käme es konsequenterweise zu einer positiven Entwicklung der weltweiten sozialen Verhältnisse. Die Sicherung der sozialen und politischen Grundbedürfnisse in den progressiven Nationalstaaten war nach diesem Verständnis grundsätzlich darin eingeschlossen.

Konzepte zur Grundbedürfnisabsicherung der Bevölkerung in Entwicklungsländern, Partizipationsansätze der Bewohner im ländlichen Raum, Ressourcenschutz, Ernährungssicherung, die über Katastrophenhilfe oder die Versorgung von Militärangehörigen hinausging, oder Gemeinwesenarbeit wurden nach den Unterlagen der »Kommission Entwicklungsländer« und dem Politbüro bzw. deren Durchführungsorganisationen, wie dem Solidaritätskomitee der DDR, weder erwogen noch diskutiert, geschweige denn umgesetzt. Die federführende und planende Kompetenz war nach den Entscheidungen der Parteiführung fest bei den Außenhändlern verankert. Dem war nur schwer zu entkommen. Für Maßnahmen und Einsätze der Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit (WTZ)⁴⁰ und der Kulturell-Wissenschaftlichen Zusammenarbeit (KWZ)⁴¹ hat es seit 1975 hauptsächlich ökonomische Zielstellungen gegeben. Schon zwei Jahre vor der ersten akuten Finanzkrise, noch in ruhigeren Wassern und auf dem Höhepunkt der internationalen Anerkennungswelle der DDR, behandelt das schon erwähnte außenpolitische Orientierungskonzept für das subsaharische Afrika die WTZ- und KWZ-Einsätze. Demnach dienen die KWZ-Einsätze der Unterstützung bei der Lösung außenpolitischer Aufgaben sowie der Förderung einer für die DDR vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Vergleichbares wird zur WTZ gesagt. Das aus dem Außenministerium und der ZK-Abteilung für Internationale Verbindungen stammende Papier argumentiert fast durchgängig entlang der ökonomischen Interessen der DDR.

Die große Zahl der Spezialisten und Experten, wie die Fachkräfte im DDR-Sprachgebrauch genannt wurden, reiste durch Außenhandelsbetriebe, wie zum Beispiel »Limex« oder »intercoop«, aus. Damit waren sie direkt oder indirekt in die »Linie« Außenhandel eingebunden. Viele WTZ- und KWZ-Abkommen wurden durch das Ministerium für Außenhandel vorbereitet und abgeschlossen. Günter Mittag unterzeichnete eine Vielzahl von ihnen persönlich.

40 Personaleinsätze vor allem bei industriellen und landwirtschaftlichen Vorhaben.

41 Personaleinsätze vorrangig im Bildungsbereich und deutlich geringer auf medizinischem Gebiet.

Durch Berichtspflicht vor der Kommission für Entwicklungsländer und die sich daraus ergebende Weisungsbindung waren weitere Institutionen der »Südkooperation« dieser Hierarchie unterstellt: so der Sportbund, der FDJ-Zentralrat, der Einsätze in Entwicklungsländern mit den »Brigaden der Freundschaft« im Auftrag des Politbüros durchführte, und das Solidaritätskomitee. Fragen nach dem Nutzen der Projekte für das jeweilige Entwicklungsland sowie die Kontrolle anvisierter Ziele, vergleichbar einer entwicklungspolitischen Teil- oder Gesamtrechnung bzw. Evaluierung, wurden in der Kommission Entwicklungsländer und – soweit einsehbar – auch in anderen Organen nicht verfolgt. Ausschlaggebend war das Planziel bzw. die Umsetzung der angeordneten Maßnahmen. Bezüglich einer außenpolitischen Diskussion wurde auf ökonomischem Terrain weitgehend auf den Kampf um die Lebensfähigkeit der DDR und auf ideologischem Feld auf die Einbettung in den Kampf gegen den Imperialismus verwiesen.

Der Charakter der Südpolitik der DDR-Führung, auf der einen Seite Devisenbeschaffung, auf der anderen Seite internationale Solidarität, kommt auch in dem besonderen Umgang mit den Informationen zur Südpolitik zum Ausdruck. Jährlich hat das Politbüro über die statistischen Zahlen zur »solidarischen Unterstützung« und ihre Verwendung in der Öffentlichkeit beraten. Man war sich der Gefährdung des internationalen Ansehens der DDR bei Bekanntwerden der widersprüchlichen Zahlen bewußt und fürchtete den Vorwurf einer doppelzüngigen Politik. Offiziell wurde die Nichtbekanntgabe der Daten mit grundlegenden qualitativen Unterschieden zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Entwicklungshilfe begründet.⁴² Ab 1983 wurden Statistiken veröffentlicht.

Noch heute sind die vorliegenden Informationen und Materialien zur Entwicklungspolitik bzw. Südpolitik der DDR lückenhaft. Eine der Ursachen ist die Vermischung von Entwicklungshilfe und kommerziellem Außenhandel. Hinzu kommt die jahrelang betriebene Geheimhaltung der ökonomischen Größen und ihre nur bedingte Vergleichbarkeit mit anderen internationalen Angaben.⁴³

Die Führung der DDR verstand ihre Afrikapolitik als Sonderfall der Beziehungen zu Ländern und Völkern der Dritten Welt. Dabei befand sie sich in einer beständigen Spannung zwischen ideologischen und sozialen Wunschbildern, historisch empfundenem Auftrag, politischer Praxis und ökonomischen Absichten bzw. Notwendigkeiten. Diese Spannung sollte durch die Geschlossenheit des Kreises der Akteure und durch Verdunklung verdeckt beziehungsweise gemindert werden. Im Folgenden wird versucht, wesentliche Strukturen des Engagements der DDR in Afrika ab 1975 nachzuzeichnen und ihre Wirkungsweisen am Beispiel von Äthiopien und Mosambik zu erläutern.

42 Vgl. Hess, Peter: Soziale Marktwirtschaft – morbide Herrschaftskonzeption des Monopolkapitals. In: Einheit 3/1977, S. 975.

43 Vgl. Stier, Peter: Gedanken zu einer europäischen Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In: Entwicklungspolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): Osteuropas Entwicklungspolitik und Zusammenarbeit – Was bleibt? Berlin 1992, S. 29.

3 Zur Bedeutung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung in den Beziehungen der DDR zu ausgewählten Entwicklungsländern

3.1 Alexander Schalck-Golodkowski und der erste Tagesordnungspunkt der Kommission für Entwicklungsländer

War es das Bestreben und die Aufgabe von Werner Lamberz, durch politische und ideologische Bündnisse die Wirtschaft der DDR in einer Krise zu stabilisieren, so war es die Aufgabe des Bereiches KoKo unter Leitung von Alexander Schalck-Golodkowski, durch wirtschaftliche und organisatorische Maßnahmen die Politik zu stärken. Die Beauftragung des Bereiches KoKo mit der Federführung und Ausgestaltung der Beziehungen zu den afrikanischen Ländern wurde von allen Seiten als ein besonderes politisches Zeichen angesehen. Die Entscheidung kam von ganz oben, aus der Spitze des Politbüros, von Erich Honecker, Günter Mittag und Werner Lamberz. Der vollständige Name der Kommission für Entwicklungsländer: »Kommission des Politbüros des ZK der SED zur Koordinierung der ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der DDR zu Ländern Asiens, Afrikas und des arabischen Raumes«, korrespondierte nicht zufällig mit der Bezeichnung des weitverzweigten Unternehmens von Alexander Schalck-Golodkowski. In der ersten Vorlage der Kommission für Entwicklungsländer heißt es:

»Durch die zentrale stabsmäßige Leitung aller Aktivitäten im Ex- und Import mit den ausgewählten Ländern konnte in einem Zeitraum von 6 Monaten ein Gesamtumsatz im gegenseitigen Warenaustausch von ca. 450 Mio. VM erreicht werden. Damit wurde die DDR zu einem der wichtigsten Handelspartner für die Länder Sozialistisch Äthiopien, VR Angola und VR Mosambik. (...) Mit der Realisierung der Ex- und Importe im Rahmen der abgeschlossenen Vereinbarungen erfolgte eine Entlastung der KD-Zahlungsbilanz.«¹

Damit war der Grundton der Beratungen klar.

Wie auch aus dem Schreiben von Günter Mittag und Werner Lamberz an Erich Honecker vom 6. Juli 1977 hervorgeht, war Schalck-Golodkowski nun für die Handelsbeziehungen mit den vier auserwählten afrikanischen Ländern zuständig. Die Einsetzung der Kommission für Entwicklungsländer stellte somit keinen grundsätzlichen Neuanfang dar, sondern sollte zur Steigerung der Effektivität der DDR-Südpolitik nach all den Aktivitäten des Jahres 1977 beitragen und deren einheitliche Steuerung bewirken. Aufgrund der Vielfalt der geknüpften Kontakte, unterschriebener Verträge und eingebundener Betriebe drohte der Überblick verlorenzugehen.

¹ Vorlage für die Kommission des Politbüros des ZK der SED zur Koordinierung der ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der DDR zu Ländern Asiens, Afrikas und des arabischen Raumes vom 5.1.1978. Staatliche Plankommission, Büro D. Albrecht. BAZ DE 1 54 880.

Ein Beschlusdokument, mit welchem der Bereich KoKo durch die Partei- und Staatsföhrung mit der Koordinierung des Afrikageschäftes beauftragt wurde, konnte nicht gefunden werden. Die Beauftragung muß wohl in der Zeit zwischen zweiter Aprilhälfte und Ende Juli 1977 ausgesprochen worden sein. Nachrangig ist, ob dies mündlich oder schriftlich erfolgte. Bei den Versuchen, die Gründe für diese Beauftragung ökonomisch, ideologisch und außenpolitisch einordnen und nachvollziehen zu wollen, bleibt Unsicherheit und Klärungsbedarf. Letztlich reicht der Bezug auf die Ausmaße der ökonomischen Krise der DDR im Jahre 1977 nicht aus, um den Einsatz des »Lehrmeisters des Kapitalismus« in der DDR, wie Schalck von seinen Generaldirektoren und von Ministern der DDR genannt wurde, über den gesamten Zeitraum zu erklären.

Die Koordinierung des Afrikageschäftes war integraler Bestandteil des Krisenmanagements von 1977. Bis zur Gründung der Handelspolitischen Abteilung (HPA) im Herbst 1979 ließ sich Alexander Schalck-Golodkowski immer persönlich durch die Sonderbeauftragten informieren und leitete sie direkt an.² Unter den Genossen galt er als »der Beste«. Der ihn umgebende Mythos des Retters in letzter Not, der seine vermeintlichen Erfolge durch die außerordentlichen Vollmachten der Parteiföhrung, des Ministeriums für Staatssicherheit und die dadurch angehäuften Reserven erzielen konnte, wird wohl das leitende Motiv der Beauftragung gewesen sein. Der Bereich KoKo, und im Afrikageschäft vor allem die Sonderbeauftragten, fungierten als eine Art »Handelspolizei«³ gegenüber den Außenhandelsbetrieben, Produktionsstätten und Transportunternehmen der DDR. Sie hatten die Beschlüsse der Partei umzusetzen und zu kontrollieren. Das war das Politische der Entscheidung, die Direktive von ganz oben. Hinzu kam, daß Schalck der Mann für »Außerplanmäßiges« war und die Spitze des Kriseneisberges im Frühjahr 1977 außerplanmäßig auftauchte.

Ein weiteres Motiv für den Einsatz von KoKo in Afrika werden die Größenordnungen der Projekte gewesen sein. Sowohl die neuen Regierungen in Mosambik und Äthiopien als auch al Gaddafi erwarteten große industrielle Vorhaben und schnellen Fortschritt. Das traute man in der DDR wiederum nur »dem Besten« und seiner Mannschaft zu. Grundvoraussetzung für den Einsatz von KoKo war natürlich, daß durch diesen Bereich Devisen eingespart bzw. erwirtschaftet werden konnten.

Die Entstehung und Funktion des Bereiches KoKo ist vielfältig beschrieben worden.⁴ Auf einige Zusammenhänge soll hier trotzdem aufmerksam gemacht werden.

2 Gespräch des Sonderbeauftragten für Äthiopien mit d. Verf. am 14.12.1998.

3 Ebenda.

4 Vgl. Werkzeug des SED-Regimes – Bereich Kommerzielle Koordinierung und A. Schalck-Golodkowski. Bundesdrucksache 12/3464, 4 Bände; Przybylski, Peter: Tatort Politbüro – Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski. Berlin 1992; Koch, Egmont: Das geheime Kartell. BND, Schalck, Stasi & Co. Hamburg 1992; Seifert, Wolfgang; Treutwein, Norbert: Die Schalck-Papiere. München 1991.

Als Gründungsurkunde des Bereiches KoKo gilt ein Brief, den Alexander Schalck-Golodkowski zwischen Weihnachten und Neujahr 1965 an das Politbüromitglied Hermann Matern schrieb. Schalck, damals Erster Parteisekretär der SED im Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel (MAI), forderte einen eigenen Bereich für seine »mehr oder weniger unseriösen Methoden«. Zur Abzweigung von Gewinnanteilen zur Devisenerwirtschaftung, die durch die »Staatlichen Außenhandelsunternehmen im Prinzip nicht wahrgenommen werden«, bat er um eine gesonderte Struktureinheit, die mit Vertrauensfirmen des MfS zusammenarbeiten sollte.⁵ Am 1. April 1966 verfügte dann der Ministerrat die Zusammenfassung verschiedener im Hartwährungsbereich tätiger Betriebe, wie dem GENEX-Geschenkdienst, den Außenhandelsvertretergesellschaften Transinter, Intrac und Zentralkommerz sowie den von der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS geführten Firmen F. C. Gerlach und G. Simon, zum »Bereich Kommerzielle Koordinierung« (KoKo) mit dem Ziel der »maximalen Devisenerwirtschaftung außerhalb des Planes«⁶.

Die »Geschäfts Idee« bestand in der Verteilung der Sondergewinne an der innerdeutschen Grenze auf eine Westfirma, die möglichst vom MfS gesteuert werden sollte, und einer als Monopolist auftretenden Ostfirma. Diese Sondergewinne waren unter anderem durch die Ausnutzung der nach den Römischen Verträgen von 1956 auch für das Gebiet der DDR erklärten Zollfreiheit für Handelspartner aus Staaten der Europäischen Union möglich. Die Bundesregierung hatte entsprechend ihrem deutschlandpolitischen Verständnis auf dieser Klausel bestanden. Indirekt schuf sie damit eine Voraussetzung zur Gründung des Bereiches KoKo. Verbindungen zu den Interessen, wie sie in der »Hallstein-Doktrin« formuliert werden, lassen sich herstellen.

Durch diese Sonderstellung schuf sich der Bereich KoKo die herausragende Stellung, die dann zu seiner rettenden Funktion führte. An der Wiege des »Bereiches« stand somit der Auftrag der Gewinnmitnahmen außerhalb der propagierten Grundsätze des sozialistischen, auf volkseigenem bzw. staatlichem Eigentum gründenden Wirtschaftskonzepts und auch außerhalb des Planes. Gerade diese Prinzipien brachten der DDR ihre Sonderrolle innerhalb des sozialistischen Staatenbundes, erhöhten die Attraktivität der DDR international und weckten das Interesse der Entwicklungsländer.

Der mit dem Status eines »Devisenausländers« ausgestattete und mit allen staatsmonopolistischen und parteizentralistischen Machtinsignien versehene Bereich von Schalck-Golodkowski widersprach in »jeder Faser« der gelehrten planwirtschaftlichen Außenhandelstheorie einer »Sozialistischen Ökonomie«, die sich als fester Bestandteil der »Wissenschaftlichen Weltanschauung« der Arbeiterklasse verstand und angetreten war, soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Ungeachtet dieser ideologischen Ballaststoffe schuf sich die Parteispitze ein flexibles und pragmatisches Werkzeug zum finanziellen Überleben und da-

5 Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII – Volkswirtschaft des MfS. In: Anatomie der Staatssicherheit – MfS-Handbuch, Teil III/10. Berlin 1997, S. 44f.

6 Lt. Verfügung 61/66 vom 1.4.1966 des Ministerrates der DDR. In: Bundesdrucksache 12/3464, Dokument 7.

mit zum begrenzten Erhalt der DDR. In der »Doppelstrategie« der SED-Führung, öffentliche Darstellung als »sozialistisches Musterlände« und verdeckte Anwendung »staatskapitalistischer Methoden«, ist einer der Gründe für die konspirative Tätigkeit des Bereiches zu sehen. Die Rolle des Bereiches KoKo innerhalb der Beziehungen zu den Entwicklungsländern begründeten wiederum die besondere Geheimhaltung bei der Pflege dieser Beziehungen.

In der Zusammenarbeit mit der ganz normalen staatlichen Wirtschaftsleitung, wie sie die Ministerien und die Staatliche Plankommission repräsentierten, schwang die direkte Machtanbindung des »Bereiches« immer mit und entschied im Streitfall den Ausgang der Diskussion. Am 2. November 1976 wurde KoKo dann den Befugnissen des ZK-Sekretärs der SED, Günter Mittag, unterstellt. Auf der gleichen Sitzung beschloß das Politbüro auch die Einsetzung der »Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz« unter Leitung von Günter Mittag und unter Mitarbeit u. a. von Alexander Schalck.

»Hauptaufgabe dieser Arbeitsgruppe war es, im Rahmen der Haushaltsplanung durch entsprechende Vorgaben an die Industrie- und Außenhandelsunternehmen Deviseneinnahmen nach Möglichkeit zu maximieren und Devisenausgaben (Importe) zu minimieren.«⁷

Die Zahlungsschwierigkeiten warfen ihre Schatten voraus. Die direkte Unterstellung des Bereiches KoKo unter Günter Mittag wurde mitunter als die wichtigste wirtschaftspolitische Innovation der Honecker-Ära bezeichnet, dabei war es nur eine Reaktion auf Fehlentwicklungen innerhalb seiner Regierungszeit. Die Praxis der Anleitung wird wie folgt beschrieben:

»Unter strengster Geheimhaltung und Abstimmung gegenüber allen anderen Abteilungen des ZK, der Plankommission sowie dem Politbüro war der Bereich KoKo fortan ausschließlich Honecker und Mittag weisungsmäßig unterstellt und rechenschaftspflichtig.«⁸

Der Schalck-Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages kam zu dem Ergebnis:

»Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß alle grundlegenden Entscheidungen für den Bereich Parteientscheidungen waren. Die Anleitung erfolgte jedoch ausschließlich von der Parteispitze, d. h. durch Günter Mittag und Erich Honecker.«⁹

Dies wirkte sich auch auf die Beziehungen zu den ausgewählten Entwicklungsländern aus, die durch persönliche Kontakte bestimmt waren.

Der sich gegenseitig bedingende schnelle »Zugriff« auf Devisen und politische Entscheidungsträger verschaffte den »KoKo-Leuten« hohen Respekt und Anerkennung, die heute noch gelegentlich zum Ausdruck kommen. Alexander Schalck galt dabei weniger als »kalter« Vollstrecker von Beschlüssen, sondern wurde eher als leutseliger Partner gesehen, auf dessen Wort man sich

7 Ebenda, S. 104.

8 Hertle, Hans-Hermann: Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED. In: Pirker, Theo (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Opladen 1995, S. 316f.

9 Politische Anleitung des Bereiches KoKo. In: Schalck-Untersuchungsausschuß, Bundesdrucksache 12/7600, S. 103.

verlassen konnte. Er zeigte sich bei exakter Zusammenarbeit großzügig und konnte sich an frühere Kooperationen durchaus erinnern. Als energische Persönlichkeit übertrug er diese Art auch auf einige seiner Mitarbeiter. Er betätigte virtuos die Pedale und Manuale der positiven und negativen Sanktionen. Er steuerte mit Zuckerbrot und Peitsche. Fast alle Mitarbeiter des Bereiches blieben von ihrem Eintritt bei KoKo bis zum Ende der DDR bzw. zur »Wende« Unterstellte von »Alex«, wie Alexander Schalck von seinen Vertrauten gerufen wurde.

Er verfügte mit seinem Bereich Kommerzielle Koordinierung als Günter Mittag direkt Unterstellter und ihm zuarbeitender »Devisenbeschaffer« der DDR über entscheidenden Einfluß auf die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt, insbesondere Afrika.

Nicht nur im innerdeutschen Handel, auch bei den Beziehungen mit Afrika war er eine prägende, eher im Hintergrund agierende Gestalt. Bei aller Unterschiedlichkeit dieser beiden »Geschäftsfelder« gab es auch Gemeinsamkeiten, zum Beispiel die ökonomische Ausnutzung besonderer, historisch gewachsener Beziehungen. Mit anderen Worten: die Wertschöpfung aus materiell nicht oder nicht vollständig erbrachten Leistungen. Es wurde dann von politischen Preisen gesprochen. Das war eine Domäne der Händler und Unterhändler.

Der langjährige Vermittler im »innerdeutschen Kirchengeschäft« auf seiten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Ludwig Geißel, schrieb über seine dreißigjährige Zusammenarbeit mit der DDR und mit seinem direkten Geschäftspartner Alexander Schalck zusammenfassend:

»Während die EKD einen legalen Weg gefunden hatte, Geld in die DDR zu transferieren, konnte die Regierung in Ost-Berlin Steinkohle aus dem Ruhrgebiet an die Industrie und Bohnenkaffee an ihre Bürger weitergeben.«¹⁰

Mit Kaffee und Kohle finden sich im innerdeutschen Handel Schlüsselbegriffe des Afrikageschäftes der DDR wieder, die auch den Bereich Kommerzielle Koordinierung »stabsmäßig« beschäftigten.

Wie im innerdeutschen Handel wurden die Geschäfte mit den befreundeten afrikanischen Ländern meist über warenegebundene Verrechnungskonten auf der Preisbasis des Weltmarktes in Devisen abgewickelt. Allerdings mit einigen Unterschieden. Während die Bundesregierung der DDR aufgrund der verschiedenen Verträge zu Westberlin Guthaben zur Verfügung stellte, mit denen dann die Rohstofflieferungen bezahlt werden konnten, mußten im Handel mit den ausgewählten afrikanischen Staaten die Guthaben erst durch schnelle Exporte von DDR-Gütern in diese Länder aufgebaut werden. Gelegentlich wurde der Guthabenaufbau in Äthiopien, Mosambik und Angola durch die Lieferung militärischen Gerätes aus den Staatsreserven beschleunigt, ein nicht unwichtiger Unterschied zum deutsch-deutschen Handel.

10 Geißel, Ludwig: Unterhändler der Menschlichkeit. Stuttgart 1991. Zit. nach: Ökumenische Rundschau. Frankfurt/M. 12/1993, S. 272.

3.2 Die Aufgaben der Sonderbeauftragten

Alexander Schalck-Golodkowski war mit den Möglichkeiten seines Bereiches für die besonders befreundeten Länder Äthiopien, Mosambik und Angola sowie die Angola vorgelagerten Inseln São Tomé und Príncipe verantwortlich.

Im Rahmen der beschlossenen Exportoffensive gegenüber Entwicklungsländern aus dem Hartwährungsbereich wurden aber weit mehr Länder eingebunden. Um das »Durchgriffsrecht« des Machtbereiches von Günter Mittag auf die klassischen Strukturen des Außenhandels, wie Export- und Importbetriebe, die Vertreter der »Kammer für Außenhandel«, die Handelsräte der Botschaften und weitere Einrichtungen, zu gewährleisten, wurde ein System von Sonderbeauftragten der Parteiführung und der Regierung installiert. Die Sonderbeauftragten traten als Boten der »höchsten Ebene« auf und repräsentierten den Sofort- und Reparaturauftrag der Kommission für Entwicklungsländer. Entsprechend ihrer Bedeutung waren sie mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet.

Sonderbeauftragte gab es in verschiedenen Bereichen des Partei- und Staatsapparates der DDR. Als ZK-Beauftragte wurden sie oft bei ökonomischen Brennpunkten – unter Umgehung aller aus der Sicht des ZK-Sekretärs unproduktiven Entscheidungsebenen – eingesetzt. Auf diese Weise sollten die Prozesse unmittelbar im Sinne des ZK und des Politbüros bestimmt und deren Beschlüsse umgesetzt werden. Meistens wurde darunter die Beschleunigung der Vorhaben, ohne Rücksicht auf Kosten und spätere Fehler, verstanden. Die Sonderbeauftragten stellten eine besondere Form des Diktats der Partei dar. Betriebsleiter und Generaldirektoren hatten dann nichts mehr zu entscheiden. Sie wurden zu Befehlsempfängern, die nur noch zu melden und die Türen zu öffnen hatten. Und sie arrangierten sich, denn der Bereich KoKo konnte mit begehrten Angeboten aufwarten, mit westlicher Technologie und mit Sondergenehmigungen.

Auf der 3. Sitzung der Kommission Entwicklungsländer am 1. Februar 1978 wurden sowohl die Aufgabenstellung als auch die Rechte und Pflichten der Sonderbeauftragten behandelt und bestätigt. In diesen Richtlinien wird u. a. festgelegt:

- daß die Sonderbeauftragten der Hauptnomenklatura¹¹ des Sekretariates des ZK der SED unterliegen;
- daß die Sonderbeauftragten verantwortlich sind für die politische und fachliche Leitung der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen mit ausgewählten Ländern;
- daß die Sonderbeauftragten die schwerpunktmäßige Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse und Festlegungen durchführen sollen.

Die Sonderbeauftragten sind verantwortlich für:

11 Zur Problematik der Nomenklatura vgl. Uschner, Manfred: Die zweite Etage – Funktionsweise eines Machtapparates. Berlin 1993, S. 89f.

- eine kurzfristig wirksame Zusammenarbeit mit dem Ziel der Sicherung des Importes wichtiger landwirtschaftlicher und mineralischer Rohstoffe durch den Abschluß von Vereinbarungen zur Bezahlung der Importe der DDR mit Lieferungen von DDR-Exporterzeugnissen;
- die Realisierung KD-wirksamer Kredite (in für die Zahlungsbilanz der DDR nützlichen Formen) aus den Entwicklungsländern, welche über bedeutende Devisenreserven verfügen;
- die Herstellung und Pflege von engen persönlichen Kontakten zur Partei- und Staatsführung;
- die Verhandlungsvorbereitung und -durchführung.

Folgende Befugnisse werden ausgesprochen:

- unmittelbare Teilnahme an Beratungen der Staats- und Wirtschaftsorgane;
- Unterlageneinsicht;
- der Botschafter hat jegliche Unterstützung zu gewähren;
- Weisungsberechtigung gegenüber allen DDR-Bürgern, einschließlich der Handelsräte, im Einsatzland, »ausgenommen davon sind Parteibeziehungen«;
- die Sonderbeauftragten können direkt an Günter Mittag als Vorsitzenden der Kommission Entwicklungsländer über Botschaften Nachrichten senden.¹²

Damit war die »straffe und einheitliche Leitung« formal durchgesetzt und die Möglichkeit gegeben, daß die Sonderbeauftragten in ihrem Einsatzland in fast alle Aktivitäten der länderbezogenen DDR-Außenpolitik eingreifen konnten, ohne die persönliche und materielle Verantwortung übernehmen zu müssen. Diese Vorlage war von Alexander Schalck unterzeichnet. Ihr Wirkungsradius reichte weit über die von KoKo speziell betreuten Länder hinaus.

Unter ihnen befanden sich etliche der sogenannten Schwellenländer. Einige Rechte und Pflichten dieser Vorlage sind direkt aus dem Aufgabenkatalog des Bereiches KoKo übernommen, der auf Vorlage des MfS vom Politbüro beschlossen wurde.

Für folgende Länder waren Sonderbeauftragte vorgesehen: Äthiopien, Angola, Mexiko, Madagaskar, Tansania, Philippinen, Indonesien, Uganda, Kamerun, Elfenbeinküste, Panama, Costa Rica, Burundi, Liberia, Indien, Kolumbien, Brasilien. Interessanterweise wurde Mosambik nicht aufgeführt. Da fast alle Vorlagen von Alexander Schalck, die in die Kommission für Entwicklungsländer gelangten, durch seinen Vertrauten, den für Mosambik zuständigen Dieter Uhlig, vorbereitet wurden, ist anzunehmen, daß neben den »Allgemeinen Sonderbedingungen« des Bereiches KoKo auch erste Erfahrungen aus seiner Tätigkeit mit eingeflossen sind. Die Vollmachten der Sonderbeauftragten waren im einzelnen nicht immer bekannt.¹³

Dennoch kann man davon ausgehen, daß in ihrem »Geist« gehandelt und entschieden wurde und sie die Arbeitsgrundlage darstellten. Die Sonderbeauf-

12 Vgl. Aufgabenstellung, Rechte und Pflichten der Sonderbeauftragten der Parteiführung und der Regierung der DDR. Anlage 9 zum Protokoll Nr. 17 der Sitzung des Politbüros vom 8.2.1978. BAZ DY 2/3 2709, Bl. 81.

13 Gespräch des Verf. mit dem Sonderbeauftragten für Äthiopien am 14.12.1998.

tragten waren sich ihrer Bedeutung bewußt. Zum Beispiel unterstanden den Sonderbeauftragten die Handelsräte und deren Abteilungen in den Botschaften der DDR und die Vertreter der Außenhandelsfirmen vor Ort. Durch Alexander Schalck-Golodkowski waren sie aber angewiesen worden, sich bei militärischen und außenpolitischen Themen strikt zurückzuhalten.

Es kann nicht gesagt werden, ob für alle oben aufgeführten Länder Sonderbeauftragte eingesetzt wurden. Für die Länder Äthiopien, Mosambik, Angola und Libyen waren Sonderbeauftragte im Einsatz. Der für die Beziehungen zu Äthiopien Verantwortliche arbeitete von 1977 bis 1985. Er ließ sich auf eigenen Wunsch von dieser Aufgabe entbinden. Der Sonderbeauftragte für Mosambik führte diese Tätigkeit bis 1990 aus, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. In den Einsatzländern waren sie den Botschaftern und deren Apparaten beigeordnet und konnten diese nutzen. Dank ihres Zuganges zu Devisen verfügten sie über eigene Strukturen und eine in der Regel bessere Ausstattung. In ökonomischen Fragen standen sie in der Hierarchie der Botschaften über den Chefs der Gesandtschaften der DDR. Die Botschaft unterstützte die von den Kommissaren der Kommission angeregten Aktivitäten und betriebenen Projekte.

3.3 Der Sonderbeauftragte für Mosambik

Die Wahl des Sonderbeauftragten Dieter Uhlig spiegelt den besonderen Charakter der Beziehungen zu den drei ausgewählten afrikanischen Staaten wider.

Als Sonderbeauftragter für Mosambik – wo die DDR sich am vielfältigsten und umfangreichsten engagierte – war Dieter Uhlig mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet worden. Als Leiter der Handelspolitischen Abteilung im Bereich KoKo hatte er außerdem die Aufsicht über die Sonderbeauftragten für Angola und Äthiopien und war für deren Tätigkeit Schalck gegenüber rechenenschaftspflichtig.

Ein Publizist beschreibt Dieter Uhlig als Mann, der »für Schalck vor allem in sensiblen Bereichen im Einsatz«¹⁴ war. Dieter Uhlig vereinte eine Vielzahl von Funktionen in seiner Person, da die Abteilung »Handelspolitik« im Bereich KoKo zugleich die Afrikaabteilung von Alexander Schalck-Golodkowski darstellte und einen Großteil des KoKo-Waffenhandels in den 80er Jahren steuerte und führte. Und er war hochrangiger Mitarbeiter des Ministeriums für Außenhandel, zeitweise auch Geschäftsführer und »Obergeneraldirektor«¹⁵ einer Handelsfirma für Waffen und Militärtechnik, der IMES GmbH¹⁶.

14 Koch, Peter Ferdinand: Das Schalck-Imperium lebt. Deutschland wird gekauft. München 1992, S. 83.

15 Ein ehemaliger Mitarbeiter der Handelspolitischen Abteilung über Dieter Uhlig im Gespräch mit dem Verf. am 14.12.1998.

16 Die Internationale Meßtechnik GmbH (IMES) wurde auf Weisung von Honecker durch Schalck am 23.12.1981 in Berlin gegründet. »Die Partei- und Staatsführung wollte mit dieser Maßnahme eine erhöhte Devisenbewirtschaftung im Bereich des Exportes von Militärgütern, Waffen und Instandsetzungsleistungen erzielen.« Bundesdrucksache 12/7600, S. 176ff.

Dieter Uhlig fungierte, quasi im Regierungsamt, als stellvertretender Leiter des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR–Mosambik von der ersten bis zur letzten Sitzung, unterzeichnete Regierungsverträge und leitete z. T. die Wirtschafts- und Umschuldungsverhandlungen. Vor allem aber betrieb er Geschäftsanbahnung, unterhielt die Kontakte zur mosambikanischen Regierung und zu den staatlichen Stellen und kontrollierte die Einhaltung der Beschlüsse in der DDR.

Als IMS »Henry« arbeitete er von 1960 bis in den November 1989 mit dem Ministerium für Staatssicherheit, meist mit der HA XVIII/7 (Sicherung der Volkswirtschaft/Außenhandel), aber auch der HA XXII (Terrorabwehr) und der HVA (Außenaufklärung) zusammen, stand im Range eines Oberstleutnant des MfS und bezog in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ein monatliches Gehalt.¹⁷ Seine umfangreiche Akte wurde erst 1991 durch die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes geschlossen. Einer seiner Führungsoffiziere beschrieb das Aufgabengebiet von IMS »Henry« alias Sonderbeauftragter Uhlig wie folgt:

»Koordination und Anleitung der HPA sowie Lösung von Aufgaben für ausgewählte Entwicklungsländer. Diese Länder sind: Äthiopien, Mosambik, Angola, Sambia und der Iran. Die Realisierung dieser Aufgabenstellung erfolgt unter der direkten Anleitung des ZK.«¹⁸

In den regelmäßig wiederkehrenden Personeneinschätzungen wird er als Person beschrieben, die durch die »Führungsarbeit« des MfS zu einer gefestigten Persönlichkeit gereift ist und gern mit der Dienststelle XVIII zusammenarbeitet. »Seine Stärke liegt jedoch darin, als Einzelkämpfer Geschäfte von hoher politischer und ökonomischer Bedeutung anzubahnen.«¹⁹

Die Mitarbeiter des Dieter Uhlig unterstehenden Büros der »Wirtschaftspolitischen Abteilung« (WPA) in Maputo wurden beim MfS von der Hauptabteilung XVIII/7, zuständig für Außenhandel, geführt.²⁰

Die Hauptabteilung XVIII/7 des MfS verfolgte weniger operative Aufgaben. Sie erfüllte unter anderem wirtschaftsstatistische Aufgaben, erstellte interne Berichte und Stimmungsbilder. Der IMS berichtete in vielfältiger Weise. Empfehlungen der Führungsoffiziere gegenüber dem IMS wurden nur selten ausgesprochen. Die Abteilung war sich der Bedeutung des Informanten bewußt und bangte gelegentlich um sein Verbleiben in ihrer Betreuung.

Dieter Uhlig vertrat die DDR in RGW-Gremien der Zusammenarbeit mit Mosambik und bestimmte als Sonderbeauftragter für Mosambik maßgeblich die Umsetzung der Verträge und Parteibeschlüsse.

17 A. Schalck sagte vor dem BKA aus: »Die Anrechnung seiner langjährigen inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS habe dazu geführt, daß ihm [Dieter Uhlig, d. Verf.] der Dienstrang Oberstleutnant verliehen werden konnte.« In: 12/7600, S. 123. Vgl. auch: Treffbericht vom 13.3.1986. BStU MfS: AJM 7735/91, Bd. 5, S. 129 und 147f.

18 Betrifft: Einsatzrichtung IMS »Henry«. 16.11.1980. MFA BStU AJM 7735/Teil 1, Bd. 1a, Bl. 252.

19 Ebenda, Bl. 247.

20 Ausführlich zur HA XVIII siehe: Anatomie der Staatssicherheit – MfS-Handbuch, Teil III/10. Berlin 1997.

Er war für »operative« Rüstungsgeschäfte des Bereiches KoKo zuständig und leitete in der Gründungsphase die IMES GmbH als Firma des Bereiches Kommerzielle Koordinierung. Diese Firma zur devisenträchtigen Verwertung militärischen Gerätes, vor allem aus der Staatsreserve, wurde im Dezember 1981 gegründet. Zu dieser Zeit zeichnete sich immer deutlicher der wirtschaftliche Mißerfolg des Mosambikgeschäftes für die DDR ab. Wie zum Start der erweiterten Beziehungen zu Mosambik 1977 wurde Dieter Uhlig nun vier Jahre später mit einem »Anschlußgeschäft« – wiederum durch Alexander Schalck im Auftrag von Erich Honecker – betraut.

Er handelte während des Golfkrieges mit dem Iran und verkaufte den islamischen Revolutionsführern nach 1980 neben anderer Waffentechnik 11048 militärisch nutzbare LKW.²¹ Im Auftrag des Ministers für Nationale Verteidigung führte er mit dem Irak 1982 Gespräche über die Lieferung von 24 Luna M-Raketen, deren Sprengköpfe auf atomare und chemische Waffen umzurüsten gewesen wären. Zu dem Geschäft kam es nicht. Die Sowjetunion lieferte an den Irak Raketen gleichen Typs, aus Sicherheitsgründen nur mit konventionellen Sprengensätzen.²² Er galt als glänzender Waffenhändler.²³ Der Schalck-Untersuchungsausschuß kam zu dem Schluß: »Er hatte innerhalb des Personenkreises, der im Waffenhandel des Bereiches KoKo tätig war, die weitreichendsten Verbindungen zum MfS und dessen Untergliederungen.«²⁴

Vor dem Afrika- und Waffengeschäft gründete er 1973 im Auftrag von Schalck in Ausführung eines Beschlusses des Politbüros und des Ministerrates die »Kunst- und Antiquitäten GmbH/Internationale Gesellschaft zum Export und Import von Kunstgegenständen«²⁵ als Firma des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, die Kunst- und Kitschgegenstände aus DDR-Museen und Privatsammlungen von Bürgern unter Zwang gegen Devisen in den Westen verkaufte.

Der Schalck-Untersuchungsausschuß hat gerade dieses Kapitel deutsch-deutschen Handels über Hunderte von Seiten aufgearbeitet. Den Aktivitäten des Bereiches KoKo gegenüber Entwicklungsländern widmet er nur wenige Zeilen. Dies ist durchaus bezeichnend für ein in der Bundesrepublik verbreitetes Rechtsempfinden. Jeder Kunstsammler oder ehemalige Besitzer eines antiquarischen Gutes soll Recht erhalten, so ihm Unrecht durch den Bereich

21 Ebenda, S. 192.

22 Ebenda.

23 Vgl. Bundesdrucksache 12/7600, S. 25 und 176–212.

24 Ebenda, S. 117.

25 »Eine am 10.12.1973 ergangene Weisung von Außenhandelsminister Sölle sprach der »K&A« GmbH mit Beginn des kommenden Jahres das alleinige Recht zu, in der DDR den Export und Import von Antiquitäten, Werken der bildenden und angewandten Kunst, Gegenständen aus dem Bereich der Volkskunst sowie von Gebrauchsgegenständen mit kulturellem Charakter zu betreiben.« Zit. nach: Herbst, Andreas: So funktionierte die DDR, S. 580f. Der ökonomische Erfolg, in 16 Jahren wurden nur 330 Mio. VM an den Staatshaushalt abgeführt, ist gegenüber den kulturhistorischen, künstlerisch-kulturellen und ideellen Verlusten – wenn ein derartiger Vergleich überhaupt statthaft ist – als gering einzuschätzen.

KoKo und die Behörden der DDR widerfahren ist. Die Bemühungen des Bundstagsausschusses zur Klärung und gegebenenfalls Beseitigung dieser Tatbestände stehen aber in keinem Verhältnis zu den Bemühungen um Klärung von langfristigen Nachteilen und Schäden, die afrikanischen Staaten durch den Handel mit der DDR bzw. dem Bereich KoKo entstanden sind.

Als Vizepräsident der »Interessengemeinschaft der Handelsvertreter und Handelsmakler der DDR« e.V., welche für die »Provisionsgeschäfte«, einen Kernbereich der KoKo-Tätigkeit, zuständig war, kontrollierte er weitere Geschäftsfelder. Die Interessengemeinschaft residierte im Internationalen Handelszentrum am Ostberliner S-Bahnhof und Grenzübergang Friedrichstraße.

Nach der »Wende« und mit Öffnung der Mauer wurde Dieter Uhlig im Dezember 1989 durch die DDR-Regierung unter Hans Modrow mit der Abwicklung des zum 15. März 1990 aufgelösten Bereiches Kommerzielle Koordinierung betraut. Er wurde zu einem der Geschäftsführer der KoKo-Nachfolgeholding »Berliner Handels- und Finanzierungsgesellschaft mbH« (BHFG) bestellt. Nach Verdacht auf Manipulation wurde er im Dezember 1990 von dieser Vertrauensaufgabe entbunden.²⁶ Die Klammer für diese verschiedenen Tätigkeiten bildeten die Dieter Uhlig nachgesagten Fähigkeiten zu außergewöhnlichen Geschäftsanbahnungen und Devisengeschäften für die DDR. Auch von ehemaligen Mitarbeitern und Botschaftsangehörigen wird ihm ein hohes Ansehen bescheinigt sowie Autorität bei den mosambikanischen Behörden und eine gewisse Neigung zu »phantastischen« Projekten.

3.4 Funktion und Arbeitsweise der Afrikaabteilung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung

Wie für eine Abteilung des Bereiches KoKo nicht anders zu erwarten, gibt es nur wenige Informationen über ihre Arbeitsweise. Ein Kennzeichen des gesamten Bereiches war die Lösung von Aufgaben unter großer Hektik und mit erheblichem Zeitdruck im Nacken. Eine Arbeitsmethode, die vielleicht an den westlichen Finanzmärkten Erfolg versprach, aber für Afrika nicht geeignet war.

Am 29. Juli 1977 wurde Dieter Uhlig durch Alexander Schalck mit dem Aufbau der Wirtschaftsbeziehungen zu Mosambik beauftragt, zum Sonderbeauftragten für Mosambik ernannt und für den nächsten Tag nach Maputo abgeordnet. Dieter Uhlig war 1969 als relativ junger Mann bereits stellvertretender Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes (AHB) Transinter des Bereiches KoKo. Dieser unterhielt in Westdeutschland und Westeuropa Fuhrparks und war im innerdeutschen Handel aktiv. Vor dieser Tätigkeit arbeitete er als Gruppenleiter in einem staatlichen Außenhandelsbetrieb, der versuchte, Geschäfte mit LKW zu machen. Dieter Uhlig war nicht nur Kunsthändler, sondern in früheren Jahren auch Autohändler. Diese Erfahrung vor allem wird ihn in den Augen von Alexander Schalck für die neue Aufgabe

26 Vgl. Bundesdrucksache 12/7600, S. 389.

prädestiniert haben. Der Vertrieb der LKW W50 sollte ihn noch lange beschäftigen.

Seine Berufung in den außen- und entwicklungspolitisch sensiblen Bereich Mosambik in der Konfliktregion südliches Afrika beschreibt Dieter Uhlig wie folgt:

»Ich bin als stellvertretender Generaldirektor eines Tages zum Staatssekretär gerufen worden, und dort wurde mir mitgeteilt, daß ich in Zukunft für Mosambik verantwortlich bin. Und die reinen – wie man in der DDR sagte – kadermäßigen Veränderungen, also offizielle Abberufung als Stellvertreter des Generaldirektors ... sind irgendwie anderthalb oder zwei Jahre später passiert. Also so ganz im Vordergrund stand erst mal, die gestellte Aufgabe zu erledigen.«²⁷

In bezug auf den Bereich Afrika der Handelsabteilung sagte er:

»Na ja, die Aufgaben bestanden darin, sichtbare Ergebnisse nachzuweisen, einen Handel zwischen Mosambik und der DDR zu entwickeln, nicht bloß eine einseitige Solidaritätsaktion. Dasselbe für Angola, dasselbe für São Tomé und Príncipe, dasselbe für Äthiopien. Und da das natürlich sich über die ganze Breite der DDR-Volkswirtschaft erstreckte, war das eine sehr langwierige, ins Detail gehende Kleinarbeit. Also wir haben – um das mal vielleicht an einem praktischen Beispiel zu erklären –, wir haben immer gesagt: also es kann nicht vernünftig sein, daß man nur Geld in die Länder hineinpumpt, ohne daß man irgend etwas da rauskriegt.«²⁸

Alexander Schalck beschrieb den Umgang der Parteiführung mit einem Prozentpunkt fehlenden Wachstums im Plan oder einer Milliarde VM in seiner plastischen Art und berichtete so auch von der Arbeitsweise des gesamten Bereiches, die der Abteilung Handelspolitik in abgestufter Form nicht unähnlich gewesen sein dürfte. Die hier beschriebene Situation ereignete sich an einem Dienstag kurz vor oder nach der Jahreswende 1979/80: Erich Honecker traf vor einer Sitzung des Politbüros Gerhard Schürer auf dem Gang des ZK-Gebäudes und sagte zu ihm:

»Ihr habt wieder drei Prozent Wachstum vorgelegt, es muß aber bei vier Prozent bleiben. Du wirst schon sehen, ich habe noch bestimmte Möglichkeiten, Bezahlungen aus der Bundesrepublik usw. ... Sprich mal nicht dagegen, wenn ich heute vorschlage, dem Plan vier Prozent zugrunde zu legen.«²⁹

Und nun erzählt Alexander Schalck:

27 Aussage von Dieter Uhlig vor dem 1. Untersuchungsausschuß »Kommerzielle Koordination« des Deutschen Bundestages. Stenografisches Protokoll der 100. Sitzung, Öffentlicher Teil vom 11.11.1992, Befragung Uhlig, S. 12.

28 Ebenda. Zum Stichwort »hineinpumpen«: 1976, dem Jahr vor der Berufung von Dieter Uhlig zum Sonderbeauftragten für Mosambik, werden zum Außenhandelsumsatz DDR–Mosambik wegen unbedeutenden Umfangs keine Angaben gemacht. 1977 betrug der Umsatz 24,9 Mio. VM. Für das erste Halbjahr ist ein Handelsumsatz im unteren einstelligen Millionenbereich anzunehmen.

29 Zit. nach: Pirker, Theo: Der Plan als Befehl und Fiktion. Opladen 1995, S. 158.

»Jetzt passierte folgender Mechanismus: Mittag ruft mich zu sich ... Zwischenfrage des Interviewers: ... wieso Mittag? Honecker hat das doch zu Schürer gesagt! Schalck: Honecker hatte doch keine Ahnung von Ökonomie. Der wußte natürlich, daß er Geld kriegte, das hat er ja schriftlich bekommen von Mielke und auch von mir ... Soviel Vertrauen hatte er schon zu uns, daß das funktionierte. Gerhard Schürer hat natürlich jetzt dieses Loch sichtbar gemacht, mußte er ja. Er hatte keine Lösung, es sei denn, er hätte gesagt, ich muß mehr bei der Bevölkerung wegnehmen – das ging nicht und war auch mit Honecker nicht zu machen, weil er ja nicht so dumm war, daß er nicht wußte, daß er das nicht durchsetzen konnte. Also hat Honecker mit Mittag gesprochen und hat gesagt, Günter, sprich mal mit dem Alex, frag‘ den, was da noch möglich ist, da können wir ja die Sachen einsetzen, die Mielke besorgt. So wurde das formuliert. [Es ging u. a. um den »Häftlingsfreikauf« d. Verf.] Und der Alex muß sich auch ein bißchen anstrengen, und dann werden wir mal sehen. Also wurde ich bestellt. Das waren immer die Sternstunden des Bereiches. Da hat Mittag gesagt, also Alex, du mußt noch mal richtig nachdenken, wir brauchen von dir eine Milliarde. Ich habe erstmal gezuckt; eine Milliarde ist ungeheuerlich viel. Ich behaupte nach wie vor, manche wissen nicht, wieviel Nullen sie hat. Jedenfalls bin ich dann mit dieser Aufgabe nach Hause gegangen, ganz konkret mit dieser Milliarde. Dann habe ich meine Generaldirektoren bestellt, fünf an der Zahl, habe meine Führungskader bestellt, das waren vier Hauptabteilungsleiter oder Abteilungsleiter, und habe denen erklärt, so ist die Lage, wir haben 24 Stunden Zeit, Vorschläge zur Finanzierung zu machen. Das ist das Kampfprogramm des Bereiches – und jetzt wird es politisch – sagen wir mal, in Vorbereitung des X. Parteitages. Und wenn wir die Milliarde richtig auf die Beine stellen, zusätzlich zu unserem Plan, dann werden wir uns hier schon irgendwie erkenntlich zeigen, da fällt uns was ein. Mittag hatte gesagt, du hast alle Vollmachten, wichtig ist, daß das zusätzlich organisiert wird, und sieh zu, wie du das machst. Da hat er auch keine Einschränkungen gemacht, ich hatte dann Generalvollmachten. Und ich muß sagen, ich habe auch nie einen Korb gekriegt, wenn ich dann für Leute, die sich wesentlich beteiligt haben, hohe Staatsauszeichnungen verlangt habe. Hohe Staatsauszeichnungen sind welche mit 10000 Mark Prämie, zum Beispiel der Vaterländische Verdienstorden in Gold; ich rede nicht von kleinen, sondern von großen Orden. Und meine Generaldirektoren waren alle hochdekorierte Leute, die konnten wie Marschälle marschieren, sie hatten alle hohe Auszeichnungen. Es war eine Motivation, hohe staatliche Auszeichnungen zu erhalten.«³⁰

Nachdem schon seit dem Sommer 1977 geschäftig mit Afrika gehandelt wurde, kam es in Auswertung der Reise von Erich Honecker im Februar 1979 zur Gründung der Afrikaabteilung bzw. Abteilung Handelspolitik des Bereiches KoKo. Die Abteilung war klein und verfügte nur über 12 bis 14 Planstellen. Zum 30. Jahrestag der DDR wurde laut »Kampfprogramm« in Maputo ein

30 Ebenda.

eigenes Büro mit vier bis sechs Mitarbeitern installiert. Zur allgemeinen Verwirrung wurde es »Wirtschaftspolitische Abteilung« genannt, obwohl von einer Handelspolitischen Abteilung angeleitet und kontrolliert.

Zur Gründung der Abteilung Handelspolitik gab Dieter Uhlig zu Protokoll:

»Die Abteilung Handelspolitik entstand als Folge der Beauftragung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung mit der Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Angola, Äthiopien und Mosambik. Das war eine Aufgabe, die dem Bereich neu zugeordnet wurde. Nachdem diese Länder als ehemalige portugiesische Kolonien selbständig wurden, gab es ja auf DDR-Seite zu diesen Ländern fast keine Kenntnisse. Das resultierte daraus, daß vorher ein Handelsverbot mit diesen portugiesischen Kolonien bestanden hatte ..., deshalb wurden damals drei Sonderbeauftragte eingesetzt. Ich war derjenige für Mosambik. Und wir haben dann versucht, die Handelsbeziehungen zu diesen Ländern in Gang zu bringen, was uns auch einigermaßen gelungen ist.«³¹

Auf die Frage, warum der Bereich KoKo und nicht eine allgemeine administrative bzw. staatliche Einrichtung federführend die Beziehungen zu Mosambik, Angola und Äthiopien betrieb, antwortete der Zeuge Dieter Uhlig:

»Ja, diese Frage habe ich mir auch des öfteren gestellt. Aber es war so, daß bevor Herr Schalck diesen Auftrag erhielt, gab es also bereits Beziehungen z. B. im Fall Mosambik, und das schleppte sich so dahin, ohne daß sich irgendwas bewegte. Und deshalb; da Herr Schalck in der DDR den Ruf hatte eines Mannes, der es versteht, seine Arbeit zu organisieren, hatte man ihn damit beauftragt.«³²

Schalck-Golodkowski galt in der DDR, aber auch in der BRD als Weichensteller und als zuständig für die Lösung von komplizierten und eiligen Aufgaben.

Die Aufzählung der wichtigsten Investitionsvorhaben der DDR unter Federführung von KoKo ist imposant. Die Aufnahme der Vorhaben aus Entwicklungsländern in die Liste dokumentiert den Stellenwert dieser Beziehungen für die DDR. Beim Bereich KoKo waren laut Kampfprogramm angesiedelt:

- Vakuumdestillationsanlage im VEB Leuna-Werke »Walter Ulbricht«,
- Kupferbergbau Mansfeld,
- 20 Vorhaben der Gestattungsproduktion, unter anderem Trinkfix, Schlagschaum, Kaugummi, Salamander-Schuhe, Kosmetika und Bratfischfilets,
- Bereitstellung von Krediten in Höhe von insgesamt 1,665 Mrd. VM,
- Bau des Palast-Hotels in Berlin,
- Bau des Merkur-Hotels in Leipzig,
- Bau eines Elektrostahlwerkes in Brandenburg,

31 1. Untersuchungsausschuß »Kommerzielle Koordinierung« des Deutschen Bundestages. Stenografisches Protokoll der 100. Sitzung, Öffentlicher Teil vom 11.11.1992, Befragung Uhlig, S. 12.

32 Ebenda, S. 13.

- Erwirtschaftung von zusätzlichen Valuta durch chemische Industrie,
- komplexe Länderkonzeptionen zur langfristigen Entwicklung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zur VR Mosambik und zur VR Angola,
- Vorbereitung von Delegationen, Untersuchung der speziellen Abschnitte der Produktionssteigerung, wie Bergbauprodukte, Konzentrate u. ä. durch eine Arbeitsgruppe in der VR Mosambik,
- Bezug von 9 100 t Kaffee aus Angola und Leitung solcher für Industrie und Bevölkerung wichtigen Versorgungspositionen aus dem NSW wie: Erdöl und -produkte, Kohle, Getreide, pflanzliches und tierisches Eiweiß, NE-Metalle und Kaffee. »Die Realisierung der Importe erfolgt zu den geforderten Terminen.«³³

Wie an einzelnen Objekten noch zu zeigen sein wird, lassen sich fast alle Großprojekte der DDR in Mosambik und Angola aus sogenannten wichtigen Versorgungspositionen der DDR ableiten, mit deren Erfüllung der Bereich KoKo beauftragt wurde.

Äthiopien war in dieser Aufstellung schon nicht mehr enthalten. Die wirtschaftlichen Beziehungen hatten sich zu diesem Zeitpunkt, 1979, merklich abgekühlt.

Im gesamten KoKo-Geschäftsbereich nahm das Afrikageschäft den wohl ökonomisch und strukturell kleinsten Raum ein. Hinsichtlich seiner politischen Abstimmung war es aber im Vergleich zu den normalen Handelsfeldern der DDR sehr hochrangig, und die Geheimhaltung funktionierte perfekt. Es gehört zu den besonderen Merkwürdigkeiten der Gestaltung der Zusammenarbeit und Freundschaft der DDR mit afrikanischen Ländern, daß die durchführende Ebene sich in kürzester Zeit mit großen Kapazitäten in die »Beziehungen« stürzen und die Handelsverpflichtungen sowie die sie begleitenden Maßnahmen aufblähen konnte und sich ebenso schnell innerlich zurückziehen vermochte. Wieweit im Bereich KoKo ab dem Jahr 1980 wirklich noch mit substantiellen Gewinnen aus der »Beziehungsarbeit« zu den afrikanischen Schwerpunktländern gerechnet wurde, kann nicht gesagt werden. Von Alexander Schalck wird berichtet, daß er das Afrikageschäft nur noch ungern betrieb. Der Afrikaexperte und Sonderbeauftragte Dieter Uhlig informierte seinen Führungsoffizier bereits nach der Rückkehr von seiner dritten Mosambikreise am 28. Dezember 1977, daß ihn das Mosambikgeschäft nicht befriedigte und er eine neue Aufgabe und einen neuen Posten suche.

Von der Leitung der mit Afrika betrauten Handelspolitischen Abteilung bei KoKo wurde er nicht entbunden, auch nicht vom Posten des stellvertretenden Leiters der Regierungskommission DDR–Mosambik. Es kam für ihn aber ein weiteres Tätigkeitsfeld hinzu, das kurzfristig größere Befriedigung und einigen Erfolg versprach: der Handel mit kriegsfähigen Gütern im ersten Golf-Krieg.

33 Bericht des Schalck-Untersuchungsausschusses. Bundesdrucksache 12/3462, Bd. 455, S. 755ff.

Als der Handel mit den befreiten Ländern im südlichen Afrika immer weiter abflaute, übernahm Dieter Uhlig ein neues Geschäftsfeld, den speziellen Handel mit der Islamischen Republik Iran.

Im Iran wurde im Jahr 1979 ein islamischer Gottesstaat unter dem Schiitenführer Ajatollah Ruhollah Khomeini mit radikaler anti-US-amerikanischer Ausrichtung ausgerufen. Im Sommer des gleichen Jahres wurde Saddam Hussein im Irak zum Staatspräsidenten gewählt. Im Herbst 1980 begann der Krieg zwischen Irak und Iran. Nach Geschäftsanbahnungsbemühungen wurde im Dezember 1981 die Waffenhandelsfirma IMES GmbH gegründet. Mit ihrer Anleitung wurde Dieter Uhlig betraut. Damit wurde ein Großteil der Energien und Aktivitäten der Handelspolitischen Abteilung des Bereiches Ko-Ko aus dem südlichen und subsaharischen Afrika in den arabischen Raum umgeleitet.

In den folgenden Kapiteln wird vor allem auf die Beziehungen der DDR zu Äthiopien und Mosambik bis 1982 eingegangen. Durch die neu geknüpften Kontakte von Werner Lamberz zur äthiopischen Junta unter Mengistu Haile Mariam wurde in den Jahren nach 1977 das Land am Horn von Afrika zu einem der afrikanischen Schwerpunktländer der DDR. Die Beziehungen zu Äthiopien standen zeitweise in ihrer Bedeutung gleichberechtigt neben den Kontakten zu Mosambik. Kurzzeitig hatten die Beziehungen zu Äthiopien sogar Priorität gegenüber dem südafrikanischen Küstenstaat.

6 Hilfeleistung und Verschuldung

6.1 Zu den Hilfeleistungen der DDR gegenüber Entwicklungsländern

Die Veröffentlichungen über die realen oder vorgeblichen staatlichen Unterstützungen der Industrieländer für die Entwicklungsländer waren immer propagandistische Vorhaben der jeweiligen Regierungen. Sie stellten zeitweise einen kleinen Nebenschauplatz des »Kalten Krieges« und des »Systemwettstreits« dar. Die östliche Seite kritisierte die westliche Entwicklungszusammenarbeit als Ganzes und die ausgebreiteten Zahlen im einzelnen als Alibi, das nur der Verdeckung der weitaus höheren Ausbeutung der unterentwickelten Länder durch westliche Industriestaaten diene. Die westliche Seite kritisierte die östlichen Zahlenangaben in bezug auf die »brüderlichen und solidarischen« Hilfeleistungen als Bilanzfälschung, welche die Unterstützung der sozialistischen Staaten gegenüber Entwicklungsländern aufbausche und schönrede. In der westlichen Öffentlichkeit kam es – im Gegensatz zur DDR – jedoch regelmäßig auch zu kritischen Beurteilungen der von den eigenen Regierungen vorgelegten Zahlen.

Die Führung der DDR versuchte in den 70er Jahren, dieser Kritik aus dem Weg zu gehen, indem sie kein Zahlenmaterial über den ökonomischen Wert ihrer Unterstützung veröffentlichte. In den 80er Jahren ließ sich das nicht mehr verhindern. Zum einen war das umfangreiche Engagement der DDR in einigen Ländern längst bekannt, zum anderen konnten tatsächliche Leistungen der DDR gegenüber unterentwickelten Ländern nicht ausreichend dokumentiert werden. Sie standen für Informationsarbeit im Ausland nicht zur Verfügung. Außerdem fragten auch die Entwicklungsländer nach Fakten und wollten mehr als bloße Absichtserklärungen sehen.

So stellte die DDR seit Anfang der 80er Jahre Angaben und Übersichten zu Hilfeleistungen gegenüber Entwicklungsländern zusammen. Diese wurden vor allem für die internationale Arbeit und zum »Zirkulieren« bei den Vereinten Nationen herausgegeben, nicht zur Information der eigenen Bevölkerung. Trotz dieser nun systematischen Veröffentlichungen wurde von Beobachtern und interessierten Wissenschaftlern weiterhin ein großes Informationsdefizit konstatiert. Die veröffentlichten Zahlen enthielten keine Hinweise auf die Kriterien und Konditionen der Vergabe der Mittel und der eingesetzten Güter.¹

Die Informationen über die Hilfeleistungen der DDR an Entwicklungsländer wurden in den 80er Jahren jährlich durch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und die Staatliche Plankommission zusammengestellt und durch das Politbüro beschlossen. Die SED-Führung war dabei bemüht, die

¹ Vgl. Brock, Lothar; Spanger, Hans-Joachim: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Opladen 1987, S. 205ff.

Erfüllung der ehemals von den Entwicklungsländern aufgestellten Forderung, die Industriestaaten mögen sie wenigstens mit 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts bzw. des Nationaleinkommens unterstützen, nachzuweisen, obwohl es sich für sie offiziell um eine »nicht akzeptierte Zielstellung der UNO« handelte.² Diese Zahlenangaben der DDR, aber natürlich auch der anderen Staatshandelsländer, waren kaum mit den Angaben westlicher Staaten auf diesem Gebiet zu vergleichen. Allein die unterschiedlichen Bezugsgrößen für den Anteil an der gesellschaftlichen Wertschöpfung, sei er nun hinsichtlich des Bruttosozialprodukts oder des Nationaleinkommens ausgewiesen, erschweren einen Vergleich. Da das Nationaleinkommen der Staatshandelsländer die Dienstleistungen nicht mit einbezog, die etwa ein Drittel des Bruttosozialprodukts westlicher Staaten ausmachen sollen,³ ergab sich für die sozialistischen Länder immer ein höherer Anteil an der ausgewiesenen Unterstützung. Abweichungen in ähnlich großen Dimensionen resultierten aus einer nach westlichem Verständnis unzulässigen Einbeziehung der Außenhandelsumsätze des von staatlichen Stellen durchgeführten kommerziellen Handels mit Entwicklungsländern in die Aufstellung der Hilfeleistungen.

Nach östlichem Verständnis war dies nur geboten und berechtigt, da man den eigenen Handel durchaus auch als »unterstützend und Hilfe leistend« ansah und das Prinzip des »gegenseitigen Vorteils« grundsätzlich als Ausdruck solidarischer Beziehungen betrachtete. Da es in der DDR nur einen staatlichen Handel und ein Außenhandelsmonopol gab, war die Trennung in staatliche Hilfe und kommerziellen Handel schwer durchzuführen. Staatlicher Handel mußte zwangsläufig kommerziell und »solidarisch« zugleich sein, da staatliche Organe theoretisch nicht gegen die Grundsätze des eigenen Staates verstoßen. Auf den Sonderfall KoKo wurde ausreichend hingewiesen.

Die Einheit von staatlichem Handel und kommerziellen Interessen unter Führung einer Politik, welche die Entwicklungsländer nach ihrem Selbstverständnis mit vertrat, stellte ja gerade das Neue des sozialistischen Wirtschaftsystems, die für Überlegenheit sorgende Komponente im Systemkampf dar und konnte somit nicht »herausgerechnet« werden. Das auch auf dem internationalen Parkett zu hörende Motto lautete »Handel statt Hilfe« – warum also trennen?

Die DDR-Führung fühlte sich darüber hinaus in ihren Bemühungen um Anerkennung ihrer Hilfeleistungen gegenüber Entwicklungsländern, vor allem durch das geringere Preis- und Gehaltsniveau sowie die niedrigeren Ausbildungskosten in der DDR, benachteiligt und verkannt. Knapp wurde in der Kommission für Entwicklungsländer festgestellt: »Wir stellen uns falsch dar.«⁴ Beschlossen wurde eine Arbeitsgruppe im Außenministerium, die drei Aufgaben zu erfüllen hatte:

2 Information zur Bewertung der Hilfeleistungen der DDR an Entwicklungsländer vom 12.1.1982 vor der Kommission für Entwicklungsländer, S. 1. BAZ DE 54 897.

3 Ebenda.

4 Ebenda.

1. Präzisere und vollständigere Erfassung aller Hilfeleistungen der DDR gegenüber Entwicklungsländern,
2. Bewertung der Hilfeleistungen aufgrund »unserer Aufwendungen«,
3. Bewertung der Hilfeleistungen unter Zugrundelegung internationaler Maßstäbe für entsprechend vergleichbare Leistungen.⁵

Der Grund für diesen Auftrag zur Neubewertung waren Reaktionen auf eine erstmalige, umfassende Veröffentlichung zur Hilfe der DDR während der UN-Konferenz zu Problemen der am wenigsten entwickelten Länder, die im September 1981 in Paris stattfand. Für die DDR waren dort von internationaler Seite nur 0,037 Prozent des Bruttosozialprodukts errechnet worden.⁶ Da sie selbst eine weitaus größere Summe als Hilfeleistungen angegeben hatte, mußte sie sich scharfer Angriffe erwehren.

In der Information der Kommission für Entwicklungsländer werden die Angaben erwähnt, die nach Ansicht der DDR-Führung vorrangig als Hilfeleistungen zu verstehen und in die Statistik mit aufzunehmen sind:

»...die im vergangenen Kalenderjahr abgeschlossenen Abkommen mit Entwicklungsländern, die Entwicklung des Außenhandelsumsatzes, die Lieferungen von Anlagen und Ausrüstungen, die Aus- und Weiterbildung von Bürgern aus Entwicklungsländern, die Entsendung von Experten und Beratern, Solidaritätsspenden, humanitäre Hilfe usw.«⁷

Der gesamte Handlungskatalog der Südbeziehungen, alle kommerziellen, zahlenmäßig erfaßbaren Verträge, einschließlich der militärischen Lieferungen und Leistungen, wurden damit bei der Wertermittlung berücksichtigt und als Hilfslieferungen deklariert.

Die Kommission für Entwicklungsländer scheint sich danach für einige Zeit nicht mehr mit den Statistiken beschäftigt zu haben. Jedenfalls wurden erst ab 1985 Zusammenstellungen der Hilfeleistungen der DDR gefunden. Zu diesem Zeitpunkt wurde wohl eine Neuordnung der Erfassung vorgenommen. Jedenfalls forderte ein Hinweisblatt des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung Internationale Ökonomische Organisationen vom Dezember 1985⁸, die Angaben getrennt in Entwicklungsländer und »am wenigsten entwickelte Länder« gemäß UNO-Nomenklatur zu unterscheiden, Doppel- oder Mehrfachnennungen zu vermeiden und die erbrachten Leistungen der Kaderausbildung und des Experteneinsatzes gemäß internationalen Bewertungsmaßstäben in US-Dollar vorzulegen.

Aus verschiedenen Quellen konnten die folgenden Angaben zu den Hilfeleistungen der DDR ermittelt werden:

5 Ebenda. Mit Punkt 3 war eine Berechnung gemäß westlichen Preisen und Löhnen gemeint.

6 Ebenda.

7 Ebenda.

8 Das Hinweisblatt liegt dem Verf. vor.

Umfang der DDR-Leistungen für Entwicklungsländer⁹

Jahr	Gesamt- angaben der DDR in Mark der DDR	Anteil am National- einkommen in %	Netto-Aus- zahlung der DDR in US- Dollar	Anteil am BSP in %	Leistungen Solidaritäts- komitee in Mark DDR
1970	k. A.	k. A.	82 Mio.	k. A.	
1975	k. A.	k. A.	79 Mio.	k. A.	
1980			170 Mio.	0,15	
1981	1.529,7 Mio.	0,78	203 Mio.	0,16	191,2 Mio.
1982	1.587,7 Mio.	0,79	196 Mio.	0,15	211,6 Mio.
1983	1.662,4 Mio.	0,79	161 Mio.	0,12	216,1 Mio.
1984	1.800,0 Mio.	k. A.	k. A.	k. A.	173,8 Mio.
1985	2.318,6 Mio.	0,996	k. A.	k. A.	210,9 Mio.
1986	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	200,2 Mio.
1987	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	199,6 Mio.
1988	1.238,7 Mio.	0,48	k. A.	k. A.	213,9 Mio.
1989			k. A.	k. A.	208,3 Mio.

Die aufgetretenen Lücken für die Jahre 1986, 1987 und 1989 können zum Teil durch eine Übersicht der Staatlichen Plankommission gefüllt werden, die im Frühjahr 1990 vor dem Entwicklungspolitischen Runden Tisch (EPR)¹⁰ gegeben wurde. Demnach betragen die Gesamtaufwendungen von 1986 bis 1989 für Hilfeleistungen der DDR gegenüber Entwicklungsländern 9245,2 Mio Mark der DDR.

Diese Summe entsprach im Jahresdurchschnitt einem Anteil am produzierten Nationaleinkommen von 0,91 Prozent. Der Anteil der unentgeltlichen Hilfe wurde als Teilsumme in Höhe von 4794,5 Mio. Mark der DDR oder 0,47 Prozent des produzierten Nationaleinkommens ausgewiesen. Das bedeutet für den Zeitraum von 1986 bis 1989 einen Jahresdurchschnitt von 1 198,6 Mio. Mark der DDR und fügt sich in die bisherigen Angaben ein. Interessant an dieser Aufstellung ist, daß auch die »nicht unentgeltlichen«, also

9 Angaben 1979–1984 lt. Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten, S. 205f. Angaben von 1985 lt. Beschluß des Ministerrates 225/I. 18. 85 vom 13.6.1986. BStU MfS AGM 634, Bl. 146. Angaben von 1988 lt. Vorlage Kommission Entwicklungsländer vom 7.3.1989. BAZ DE 54911. Angaben zum Solidaritätskomitee lt. EPD-Entwicklungspolitik: Material V/90, S. 50.

10 Vgl. Belle, Manfred: Der Entwicklungspolitische Runde Tisch in der DDR und im vereinigten Deutschland – Ziel, Arbeitsweise und Ergebnisse einer außergewöhnlichen Institution. Frankfurt/M. 1996.

die kommerziellen Hilfeleistungen eigens erwähnt werden. Sie betragen 4550,1 Mio. Mark der DDR bzw. im Jahresdurchschnitt 1112,6 Mio. Mark der DDR, also rund die Hälfte. Nach den Angaben der Staatlichen Plankommission wurden die unentgeltlichen Mittel zu 50 Prozent aus dem Staatshaushalt, zu 45 Prozent vom Solidaritätskomitee und zu 5 Prozent aus Fonds sogenannter gesellschaftlicher Organisationen, wie den Handwerkskammern, dem Konsum, der Gegenseitigen Bauernhilfe, dem Demokratischen Frauenbund oder den Kirchen, bestritten.

Demzufolge könnten – gemäß einem Jahresdurchschnitt in Höhe von 1198,6 Mio. Mark der DDR – ca. 600 Mio. Mark der DDR als jährliche staatliche Hilfeleistungen der DDR gegenüber Entwicklungsländern auf der Basis westlicher Preise angesehen werden.

Bezieht man in diese Berechnungen nun noch den vom Außenhandels- und Finanzministerium sowie vom Bereich KoKo zur Bewertung von Leistungen und Lieferungen der DDR oft angewandten Valutagegenwert (VGW) von ca. vier Mark der DDR zu einer Valutamark bzw. Deutschen Mark mit ein, müßte sich die Summe von 600 Mio. Mark der DDR weiter verringern. Das würde allerdings zu einer unzulässigen Abwertung der real erbrachten Hilfe und Unterstützung führen. Außerdem würden so Methoden der Verzerrung von Bilanzen angewendet werden, die zuvor kritisiert worden sind.

Für die im Zusammenhang mit der Studie besonders interessierenden afrikanischen Länder wurden 80 Prozent der unentgeltlichen Hilfe durch das Spendenaufkommen der DDR-Bevölkerung in Verwaltung des Solidaritätskomitees abgedeckt. Gleiches gilt für die unterstützten Befreiungsbewegungen. Der hohe Anteil der unentgeltlichen Hilfe aus dem Staatshaushalt wird vor allem die RGW-Mitgliedstaaten Vietnam, Kuba und die Mongolei betroffen haben.

Valutamittel, also Devisen, wurden in diesen vier Jahren in Höhe von 65,5 Mio. VM für Hilfeleistungen aufgewandt, vor allem für Transporte und Beförderungen. Diese gut 15 Mio. DM pro Jahr waren – so wird ausdrücklich betont – dem Staatshaushalt entnommen worden. Weiterhin gibt die Aufstellung bekannt, daß 19 »Brigaden der Freundschaft« unter Anleitung der FDJ in elf Ländern ihren Einsatz leisteten. Die Anzahl der »Brigadisten« wird nicht genannt.

Kurz vor dem auch für die Staatliche Plankommission noch nicht absehbaren Ende der DDR wurde die finanzielle Seite der Leistungen gegenüber Mosambik resümiert:

»Die DDR hat seit 1975 mehr als 2,2 Mrd. Mark der DDR für Mosambik zur Verfügung gestellt ... und leistete bedeutende solidarische Hilfe im Zusammenhang mit kommerzieller Tätigkeit. Die Regierungskredite umfassen in diesem Zeitraum ca. 87 Prozent der Hilfeleistungen insgesamt. Diese Unterstützung wurde gewährt, obwohl die VR Mosambik ihren Verpflichtungen hinsichtlich vereinbarter Warenlieferungen nicht in vollem Umfang nachkam ... Ab 1986 wurde eine konsequente Trennung von kommerzieller Tä-

tigkeit und Hilfeleistungen durchgesetzt. Es wurden keine Regierungs- und Sonderkredite mehr gewährt und die solidarische Unterstützung vor allem auf die Aus- und Weiterbildung von Kadern und die Expertenentsendung konzentriert. Diese Leistungen erhöhten sich bis zum Jahre 1988 auf über 85 Prozent der Gesamtleistungen ... Im Berichtszeitraum wurden für 93 Mio. Mark der DDR Soforthilfe für die Überwindung der Folgen von Naturkatastrophen und Notstandssituationen gewährt.«¹¹

Hilfeleistungen der DDR für Mosambik¹²

(Angaben in Mio. Mark der DDR oder Valutamark (VM))

	1981–1985	1986	1987	1988	1989	1981–1989
Hilfeleistungen insgesamt	2.060,9	33,0	50,4	37,3	29,3	2.181,6
Davon:						
1. Unentgeltliche Hilfe darin enthalten:	265,4	27,2	45,3	33,3	23,3	368,9
A: materielle Lieferungen	95,4	3,9	13,1	4,8	5,3	117,2
B: Ausbildung/Experten- entsendung:	80,7	23,3	32,2	28,5	18,0	164,7
C: Regierungsgeschenke:	87,0	–	–	–	–	87,0
2. Regierungs- und Sonderkredite in VM	439,0	1,4 ¹³	–	–	–	440,4
Aus dem Fonds des Solidari- tätskomitees finanziert	133,8	19,7	31,9	23,4	14,3	208,8

Bei der Berechnung der Jahresdurchschnittsraten für die 80er Jahre ergeben sich nach diesen Angaben interessante Zahlen:

Die »reine«, weil unentgeltliche staatliche Hilfe der DDR betrug nach Abzug der durch das Solidaritätskomitee eingesetzten Mittel, die in gewisser Weise als »gesellschaftliche oder gar private Mittel« betrachtet werden könnten, im Jahresdurchschnitt dann lediglich 18,1 Mio. Mark der DDR.

Aus den Spenden der Bürger der DDR wurden – mit staatlichem Auftrag – über das Solidaritätskomitee immerhin 23,2 Mio. Mark der DDR eingesetzt. Davon wurden jährlich nur materielle Lieferungen in Höhe von 13 Mio. Mark der DDR nach Mosambik realisiert. Für die Kader- und Berufsausbildung in der DDR sowie die Expertenentsendung wurden 17,8 Mio. Mark der DDR aufgewandt. Die sogenannten kommerziellen Hilfeleistungen schlugen dagegen mit durchschnittlich 242,4 Mio. Mark der DDR und einer Gesamtsumme

11 Staatliche Plankommission: Hilfeleistungen der DDR gegenüber Mosambik im Zeitraum 1981–1989 vom 31.3.1989. Material liegt dem Verf. vor.

12 Ebenda.

13 Entspricht 6 Mio. Mark der DDR.

von 1 809,9 Mio. Mark der DDR oder, wie die Staatliche Plankommission ermittelte, mit 87 Prozent zu Buche. Die Summe der Regierungs- und Sonderkredite stellt die nominale Höhe der Ex-DDR-Forderungen zum Tag der Währungsunion dar.

Vergleicht man die Gesamtsumme der Hilfeleistungen der DDR für Mosambik von 1981 bis 1989 in Höhe von 2 181,6 Mio. Mark der DDR mit Angaben über die Ausfuhren der DDR nach Mosambik für den gleichen Zeitraum durch das Bundesamt für Statistik in Wiesbaden in Höhe von 546,3 Mio. DM, stellt dieser Betrag recht genau ein Viertel der Summe der Staatlichen Plankommission dar.

Der Faktor vier war über lange Zeit der interne Umrechnungsfaktor für Leistungen und Produkte der DDR, um die Rentabilität im Außenhandel einschätzen und steuern zu können. Vier Mark der DDR mußten wenigstens eine Valutamark oder DM erbringen.

Sollten bei der Erstellung der Statistik für die Hilfeleistungen die Summe aller Ausfuhren nach Mosambik und in Rechnung gestellter, in der DDR erbrachter Leistungen, wie z. B. die Kaderausbildung, einfach mal vier genommen worden sein? Dann müßte auch danach gefragt werden, ob grundsätzlich die unentgeltlichen Hilfeleistungen Bestandteil der zahlenmäßigen Angaben des Exportes waren und diese Summen in den Außenhandelsüberschuß der DDR und damit gleichzeitig in den Negativsaldo von Mosambik gegenüber der DDR mit eingegangen sind.

Sollte dem so sein, wären die unentgeltlichen Lieferungen und Leistungen noch heute integraler Bestandteil der Ex-DDR-Forderungen gegenüber Mosambik. Oder ist der Faktor vier nur ein Zufall, der sich schnell aufklären ließe, wenn die damaligen Berechnungsvorgänge bekannt wären?

Festzuhalten bleibt, daß die unentgeltliche Hilfe für ein Schwerpunktland der Zusammenarbeit eher gering und nur ein Bruchteil der als Gesamtsumme der Hilfe ausgewiesenen Leistungen war.

Mit dem 1987 von der FRELIMO beschlossenen »Programm zur wirtschaftlichen Gesundung« und der immer stärker werdenden Zusammenarbeit mit westlichen Organisationen und Staaten verringerten sich der Einfluß und die Präsenz der DDR merklich. Zwischen 1983 und 1986 lag die Phase der Ernüchterung und der realistischeren Einschätzung des »gegenseitigen Vorteils«. Die Gewährung der Unterstützungsleistungen wurde diesen politischen Veränderungen angepaßt.

Die letzte große Staatsdelegation der DDR weilte 1979 in Mosambik. Viel Zeit war inzwischen verstrichen. Schon 1987 besuchte Bundeskanzler Helmut Kohl den südafrikanischen Staat am Indischen Ozean. Eine für ihn eher ungewöhnliche Reise, die den vollzogenen leisen Wechsel und die sanfte Umorientierung dokumentierte. Auf allen drei Seiten, der mosambikanischen sowie der ost- und westdeutschen, hatten sich die Interessen und Notwendigkeiten geändert. Die Bundesrepublik wollte ihre Beziehungen zu Mosambik normalisieren und dachte keineswegs daran, den alten Platz der DDR zu überneh-

men. Bei den Forderungen der ehemaligen DDR gegenüber Mosambik nahm die Bundesregierung die Stelle der ehemaligen DDR-Regierung und SED-Führung dann allerdings gern ein.

6.2 Die Ex-DDR-Forderungen gegenüber Entwicklungsländern

Der Gegenstand der Studie, die Beziehungen der DDR zu ausgewählten Entwicklungsländern, könnte den Eindruck aufkommen lassen, es wäre vor allem die DDR-Führung gewesen, welche die weitgehend ausgebliebene Entwicklung Mosambiks in den letzten 20 Jahren verursacht hätte und demzufolge auch dafür verantwortlich zu machen sei. Dem ist nicht so. Die Ursachen sind vielschichtig und die Akteure vielfältig. Dies gilt es, auch bei der Diskussion um die Auslandsverschuldung, hier vor allem Mosambiks, zu beachten. Nur ein eher kleiner Teil des Gesamtschuldenstands von Mosambik im Ausland geht auf die Handelstätigkeit mit der DDR zurück. Dennoch ist dies kein kleiner Betrag. Immerhin gehen 90 % der deutschen Gesamtforderungen auf Schulden Mosambiks gegenüber der DDR zurück.

Von daher soll zum Abschluß der Studie die Problematik der Ex-DDR-Forderungen gegenüber besonders hoch verschuldeten und armen Entwicklungsländern am Beispiel Mosambiks genauer betrachtet werden.

Mit der Währungsunion und der Umstellung von Mark der DDR auf Deutsche Mark am 1. Juli 1990 sowie der sich anschließenden Deutschen Einheit übernahm die Bundesrepublik eine Vielzahl von Verpflichtungen, Potentialen, Schulden und Forderungen der DDR. Zu diesem Zeitpunkt hatte die DDR ca. 49 Mrd. DM Schulden gegenüber meist westlichen Industriestaaten und – was weit weniger bekannt ist – immerhin 8,2 Mrd. DM Forderungen oder Guthaben gegenüber Entwicklungsländern im sogenannten Hartwährungsbereich. Diese waren vor allem im Rahmen der koordinierenden Tätigkeit der Kommission für Entwicklungsländer erzielt worden.

Der Westhandel der DDR war prekär defizitär. Aber im Handel mit Entwicklungsländern wurden Guthaben angehäuft. Nur selten konnten reale Gewinne gemacht oder bares Geld verdient werden. Die aufgelaufenen Guthaben – und das waren zum Jahresende 1997 trotz einiger Umschuldungsverhandlungen und Teilerlasse der Bundesregierung noch 4,5 Mrd. DM – sind inzwischen auf die Bundesregierung übergegangen.

Von diesen Forderungen belastet eine Summe von 1,3 Mrd. DM sogenannte HIPC-Länder, für deren Schuldenerlaß besonders in der Kampagne »Entwicklung braucht Entschuldung« eingetreten wird. Die anderen 3,2 Mrd. DM stehen bei erdölfördernden und arabischen Staaten wie Iran, Libyen oder Syrien als Schulden gegenüber Deutschland in den Büchern. Die meisten dieser Länder erkennen es keineswegs an, daß die Bundesregierung diese Schulden ihnen gegenüber geltend macht, und bedienen Zins- und Tilgungszahlungen nicht.

Von den 1,3 Mrd. DM »DDR-Altschulden« gegenüber den HIPC-Ländern wurden wiederum 1,2 Mrd. DM vor allem durch die anleitende Tätigkeit des Bereiches Kommerzielle Koordinierung und der Handelspolitischen Abtei-

lung erwirtschaftet. Sieben von den elf besonders hoch verschuldeten Ländern, nämlich Angola, Äthiopien, Mosambik, São Tomé und Príncipe, Sambia, Uganda und Nicaragua, wurden in der DDR-Außenwirtschaft als Ko-Ko-Länder geführt, im Falle Nicaraguas allerdings nicht von der HPA.

Die rechtliche Grundlage für die Übernahme der DDR-Forderungen durch die Bundesregierung bildet der Einigungsvertrag. Gemäß Paragraph 24, Absatz 1 Satz 1 ist der Finanzminister für noch bestehende Forderungen und Verbindlichkeiten, die »im Rahmen des Außenhandels- und Valutamonopols oder in Wahrnehmung anderer staatlicher Aufgaben der DDR bis zum 01. Juli 1990 gegenüber dem Ausland ... begründet worden sind«, verantwortlich. Er verwaltet diese Verbindlichkeiten für den Bund und trat diesen Teil des Erbes aufgrund des Außenhandelsmonopols der DDR an. Auch wenn die Ex-DDR-Forderungen keine liquiden Mittel sind, stellen sie doch ein politisches Kapital dar.

Der Einigungsvertrag besitzt einen hohen juristischen Stellenwert, immerhin wurde er von zwei deutschen Parlamenten gebilligt. Während des hohen Tempos der deutschen Vereinigung an ihrem Beginn und der damals verbreiteten Undurchsichtigkeit der realen finanziellen Verhältnisse aus der Zeit der SED-Führung hatte dieser pauschale »Sicherungsparagraph« durchaus eine Berechtigung. Leicht hätten noch mehr Gelder durch Vereinigungskriminalität, auch aus dem Bereich Außenhandel, dem Fiskus und der öffentlichen Hand abhandeln kommen können. Inzwischen ist aber weitgehend Klarheit über die Bestände, die Schulden und die Forderungen der DDR erlangt worden.

Gegenüber den Entwicklungsländern, nicht nur im »Hartwährungsbe- reich«, bestehen zum Teil erhebliche Forderungen. Die DDR ist in Konkurs gegangen, und ihre Führung wurde aus den Ämtern gedrängt. Die Schulden der DDR wurden auf viele Schultern verteilt und Unterstützung gegeben. Die zahlungsunfähigen Schwerpunktländer der DDR-Afrikapolitik, in denen sich nach 1990 zum Teil auch neue Regierungen gebildet haben, wurden jedoch weiter mit Zins- und Tilgungsforderungen überzogen.

Die bisherigen Bundesregierungen haben sich nur zögerlich mit der Problematik der Ex-DDR-Forderungen befaßt und reagierten eher abweisend. Die teilweise erfolgten Verringerungen von Schulden wurden in der Zwischenzeit durch die hohen Zinsvereinbarungen der DDR meist schon wieder ersetzt. Mit der Aufrechterhaltung der Forderungen gegenüber Entwicklungsländern steht die Bundesregierung in der Gefahr, Nutzen aus Krediten zu ziehen, die zum Teil in guter Absicht, aber meist unter Ausnutzung ideologischer Abhängigkeiten und der Mißachtung kaufmännischer Sorgfaltspflicht ausgereicht wurden. Indem die Bundesrepublik die nicht gelöschten Verträge übernimmt, setzt sie diese mit von ihr selbst gewährten bzw. garantierten Krediten gleich, ohne daß die Kriterien ausreichend geprüft worden wären. Dies führt zu einer späten, indirekten Anerkennung der Außenhandels- und Kreditierungspraxis der DDR sowie des Bereiches KoKo und seiner Auftraggeber.

Verschuldung HIPC-Länder¹⁴ gegenüber Bundesrepublik aus Ex-DDR-Forderungen
(in Mio. DM)

Land	Ex-DDR-Forderungen: 1.7.1990¹⁵	Ex-DDR-Forderungen: 31.12.1995¹⁶	Ex-DDR-Forderungen: 31.12.1997 (A)¹⁷	Ex-DDR-Forderungen: 31.12.1997 (B)¹⁸
	insgesamt	insgesamt	In Entschuldungen einbezogen	Nicht in Entschuldungen einbezogen
	1	2	3	4
Angola	250,0	290,0	k. A.	318,0
Äthiopien	220,0	95,0	65,0	11,0
Mosambik	450,0	340,0	280,0	27,0
Sambia	155,0	115,0	130,0	k. A.
São Tomé und Príncipe	20,0	20,0		21,0
Uganda	25,0	1,0	13,0	k. A.
Zw.-summe I:	1.120,0	861,0	488,0	377,0
Nicaragua	900,0	340,0	313,0	19,0
Zw.-summe II:	2.020,0	1.201,0	801,0	396,0
Summe 3 + 4 =			1.197,0	
Ghana	55,0	25,0	k. A.	20,0
Guinea	25,0	6,0	12,0	k. A.
Guyana	20,0	20,0	7,0	k. A.
Kamerun	25,0	25,0	25,0	k. A.
Kongo	30,0	30,0	32,0	k. A.
Sudan	25,0	22,0	k. A.	29,0
Tansania	30,0	16,0	7,0	k. A.
Gesamtsumme	2.230,0	1.345,0	884,0	445,0
(Summe 3+4)			1.325,0	

14 Heavily Indebted Poor Countries (besonders hoch verschuldete und arme Länder), eine seit 1996 vorgenommene Klassifizierung des IWF.

15 Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, WF IV. 119/96 vom 5.8.1996.

16 Ebenda.

17 Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Grüne, BT Drs. 13/11 236.

18 Ebenda.

Es gibt eine Reihe von ordnungspolitischen, außen- und entwicklungspolitischen, aber auch ethischen Gründen, die auf die Bundesrepublik übergegangenen Schulden der am höchsten verschuldeten und unterentwickelten Länder umfassend zu streichen. Auf einige soll zum Abschluß der Studie eingegangen werden.

Das Wirtschafts- und Finanzsystem sowie der Außenhandel beider deutscher Staaten sind nicht ohne weiteres zu vergleichen und nicht kompatibel, auch nicht beim Aktivieren von Schulden. Die Außenhandelsbetriebe der DDR waren in ihrer Praxis auf Kreditlinien angewiesen. Sie waren ebenso abhängig und unfrei in der Gestaltung und im Umgang mit den auf höchster Ebene beschlossenen Krediten wie zum Beispiel die Kommunen und öffentlichen Gebietskörperschaften der DDR bei kommunalen Krediten. Im Ergebnis dieser kommunalen Kredite saßen die Städte und Dörfer oft auf Schulden für zentrale Aufgaben, über die sie nicht bestimmen konnten und die nach der Währungsunion durch die Bundesrepublik als Forderungen geltend gemacht wurden. Ursprünglich galten diese die Gemeinwesen belastenden Forderungen im Osten Deutschlands als durch die Bundesregierung nicht zu erlassen. Inzwischen konnten rechtliche Vereinbarungen getroffen werden, die eine weitgehende Entschuldung erlauben. Es ist zu prüfen, ob das, was in der Kommunalpolitik möglich war, auch auf die Entwicklungspolitik übertragen werden kann.

Doch letztlich gibt es noch weit spezifischere Gründe, Kredite für afrikanische Länder und speziell für Mosambik zu erlassen:

Erstens: Die einzige frei gewählte Regierung der DDR wollte einen umfassenden Erlaß der Forderungen gegenüber den Entwicklungsländern. In der letzten Regierung der DDR wurden durch das neu gegründete Sechs-Monate-Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (MwZ) intensive Vorbereitungen für einen vollständigen Schuldenerlaß gegenüber den ärmsten und besonders hoch verschuldeten Ländern getroffen. Diese Überlegungen reiften bis zu einem Beschlußentwurf für den Ministerrat: »Verwirklichung der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hinsichtlich der Beziehungen der DDR zu Entwicklungsländern in Übereinstimmung mit Resolutionen der UNO, ihrer Spezialorganisationen und weiterer internationaler Organisationen«.¹⁹ Zu den acht einzubeziehenden Ländern gehörten Äthiopien und Mosambik. Dieser Beschluß sollte auf der 2. UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder vom 3. bis 14. September 1990 in Paris bekanntgegeben werden.

Die aus dem friedlichen Wandel in der DDR hervorgegangene gewählte Regierung der DDR wollte ihre neuen, wenn auch nur sehr fragilen Fundamente nicht auf Einnahmen aus der Rückzahlung der aufgelaufenen DDR-Forderungen gegenüber besonders armen Ländern gründen. Im Volkskammerauschuß »Für wirtschaftliche Zusammenarbeit« wurde in allen Fraktionen Konsens für einen Schuldenerlaß erzielt. In den Regierungs- und beginnenden Vereinigungsverhandlungen zwischen den deutschen Entwicklungsministerien

¹⁹ o. Datum, Kopie liegt dem Verf. vor.

erklärte der damalige parlamentarische Staatssekretär Repnik aus dem BMZ im Juli 1990: »Auf seiten des Bundesministeriums werde ein Schuldenerlaß für LDC – und nur der könne in Frage kommen – mitgetragen, vorausgesetzt, daß die Finanzminister beider deutschen Staaten zustimmen.«²⁰ Die Zustimmung der beiden deutschen Finanzminister konnte damals nicht mehr erreicht werden. Der Beschluß wurde von der de-Maizière-Regierung nicht gefaßt. Nach der Währungsunion hatte sie nur noch beschränkte Vollmachten.

Zweitens: In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß kurz vor der »Wende«, im Frühjahr 1989, die Bundesregierung Mosambik Kredite der Finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von 180 Mio. DM aus entwicklungspolitischen Gründen erlassen hatte. Sie war zu der Auffassung gelangt, Mosambik könne diese Kredite nicht mehr aus eigener Kraft zurückzahlen, Zins- und Tilgungszahlungen würden die Basisversorgung der Bevölkerung stören und ein Erlaß hätte einen besonderen entwicklungspolitischen Effekt. Diese Erkenntnis hat auch heute weiterhin Richtigkeit. Mosambik gehört immer noch zu den ärmsten Ländern der Welt.

Drittens: Gemäß den speziellen Handels- und Kreditbeziehungen der DDR mit Mosambik auf der Basis von »Ware-gegen-Ware-Geschäften« konnte Mosambik trotz aller Schwierigkeiten davon ausgehen, daß die eingegangenen Kreditverpflichtungen nicht bar in Devisen zurückgezahlt werden müssen. Wohl wurden Waren und auch Leistungen, zum Beispiel der Spezialisten und Experten, auf US-Dollar-Basis berechnet, bezahlt aber wurde durch gelieferte Rohstoffe oder es wurde angeschrieben. Zu einem realen Geldfluß kam es im Falle von Mosambik in der Regel wohl nicht. Erst mit dem Wegfall des »Ware-gegen-Ware-Handels« nach der Währungsunion am 1. Juli 1990 sah sich die Regierung Mosambiks mit der Tatsache konfrontiert, bestehende Schulden bzw. Zins- und Tilgungsbeträge in US-Dollar bezahlen zu müssen. Eine grundlegende Voraussetzung für den Abschluß der vielfältigen Verträge und Warenprotokolle war damit hinfällig. Der Regierung von Mosambik steht ein Vertrags- bzw. Vertrauensschutz zu, der Rückzahlungen ausschließen sollte. Die »Hartwährungs- oder Goldklausel«, mit der sich die DDR in ihren Verträgen eine Rückzahlung bzw. Bewertung ihrer Lieferungen und Leistungen in US-Dollar sicherte, bestand grundsätzlich und war in fast allen Verträgen als Paragraph zwei enthalten.

Gegebenenfalls könnte an die Stelle der Forderungen Deutschlands ein System von Gegenwertfonds gesetzt werden, wie dies in Fachkreisen diskutiert und z. T. erprobt wird. Aus diesen meist unter dem Motto »Umwelt und Entwicklung« aufgelegten Fonds könnten dann nachhaltige Entwicklungsprojekte vor allem in kleineren sozialen Projekten in Mosambik unterstützt werden. Diese Art der Entschuldung und der Entwicklungszusammenarbeit könnte auf kreative und symbolische Weise eine Antwort auf die gigantischen Großprojekte der DDR sein, durch die diese Schulden aufgelaufen sind.

20 Niederschrift über die 2. Konsultation zwischen BMZ und MWZ am 26. und 27.7.1990 in Konstanz.

Viertens: Seitens des Bundesfinanzministeriums wird gegen einen Schuldenerlaß argumentiert, daß Verträge, abgeschlossen von souveränen Staaten, eingehalten werden müßten. Dies träfe auch für Mosambik zu. Man wolle keine Präzedenzfälle schaffen. Darauf ist zu erwidern, daß Mosambik in ökonomischen Fragen nur sehr eingeschränkt souverän war – wie viele weitere Entwicklungsländer auch – und die Politik der Bundesregierung diese Einschränkungen zum Beispiel durch die Aufrechterhaltung der »Berlin-Klausel« gefördert hat. Die ideologisch und ökonomisch einseitige Ausrichtung Mosambiks auf die Staatshandelsländer war nicht nur in der Attraktivität des osteuropäischen Sozialismus- und Parteienmodells begründet, sondern auch in der ablehnenden Haltung bzw. zurückhaltenden Zusammenarbeit westlicher Staaten gegenüber der FRELIMO. Die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik erreichte in der zweiten Hälfte der 70er Jahre und der ersten Hälfte der 80er Jahre ein extrem geringes Niveau. Nur eine Million DM wurden, vor allem durch Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, an Fördergeldern aus Westdeutschland ins Land gebracht. Mosambik war im Ost-West-Konflikt nur ein eingeschränkt souveräner Staat. Ein weitgehender Erlaß könnte einen Teil der unterlassenen Hilfeleistung der Bundesrepublik kompensieren.

Fünftens: Die Federführung bei der Ausgestaltung der ökonomischen Beziehungen zu Mosambik durch den von Alexander Schalck geleiteten Bereich KoKo verweist auf besonders ungünstige Voraussetzungen für einen sogenannten Handel »zum gegenseitigen Interesse«. Mit einer Aufrechterhaltung der Forderungen sanktioniert die Bundesrepublik diese Politik und zieht daraus teilweise ihren Nutzen.

Sechstens: Für die nicht selten weltmarktuntauglichen Waren der DDR wurden auch überteuerte Preise genommen und damit die eingeschränkte Souveränität Mosambiks ausgenutzt. Klagen gab es immer wieder. Hinzu kommt, daß bei allen von KoKo koordinierten Handelsaufträgen Provisionen als Aufschlag hinzugerechnet wurden. KoKo funktionierte als klassischer Provisionshändler im staatsmonopolistischen Auftrag an politisch sensiblen Grenzen. Die Preisbildung war weitgehend eine politische. Provisionsanteile müssen in den Preisen für Exporte nach Mosambik bzw. bei den Importen vermutet werden, nachgewiesen werden konnten sie nicht. Befragte Funktionsträger erinnerten sich nicht an derartige Rechnungsstellungen, verneinten im Grundsatz aber diese Praxis nicht. Bei sogenannten Industrievereinbarungen wurden die Provisionsraten wie folgt berechnet:

»Der Aufschlag von KoKo überstieg den Importwert um 42 Prozent und setzte sich wie folgt zusammen: 12 Prozent für Warennebenkosten (Transportkosten, Vertreterprovision etc.), 15 Prozent für Finanzierungskosten zur Sicherung der Währungsleichheit und 15 Prozent Handelsspanne.«²¹

21 Die Bedeutung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung für die Volkswirtschaft der DDR. Gutachten des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg. In: Werkzeug des SED-Staates. Bericht des Schalck-Untersuchungsausschusses. Deutscher Bundestag-Drs. 12/7600. Bonn 1994, Ergänzungsband, S. 38.

In den Forderungen aus Handelsüberschüssen können sich erhebliche »politische Preise« und Provisionen verbergen.

Siebtens: Die von der DDR gewährten Kredite wurden als gebundene Kredite für DDR-Lieferungen ausgereicht. Sie räumten der mosambikanischen Seite keine freie Verfügung ein und hatten vor allem die Sicherung der Interessen der DDR zum Ziel. Die Art der Kredite und ihre Rahmen waren entwicklungspolitisch unzureichend.

Achtens: Die als »unentgeltliche Hilfen« des Solidaritätskomitees und der »FDJ-Freundschaftsbrigaden« eingeordneten Leistungen zielten vor allem auf Exportförderung und Rohstoffimporte und nicht auf entwicklungspolitische Maßnahmen ab. Nicht auszuschließen ist, daß Teile dieser unentgeltlichen Lieferungen in die Außenhandelsbilanz mit eingeflossen sind.

Neuntens: In den Handelsumsätzen sind Lieferungen militärischer Geräte oder von Kriegswaffen enthalten. Auch wenn der volle Umfang der militärischen Lieferungen der DDR und deren Einbeziehung in die verschiedenen Kreditlinien noch nicht umfassend geklärt werden konnten, ist gesichert, daß in den aufrechterhaltenen Forderungen größere Positionen aus dem Verkauf von militärischen Gütern enthalten sind. In den Jahren 1980 bis 1985 lassen sich in den »normalen« Handelsabkommen kommerzielle Positionen zum »Speziellen Außenhandel« zwischen 5 und 10 Mio. VM pro Jahr belegen. So wurden laut einer Meldung von Generaloberst Fleißner über seinen Besuch in Mosambik vom 25. März bis 1. April 1980 mitgeteilt, daß zwischen den Regierungen der DDR und Mosambiks u. a. drei Abkommen unterzeichnet wurden: eines über die Ausbildung von 279 mosambikanischen Militärkadern bis 1989 mit einem von Mosambik zu zahlenden Wertumfang von 7,286 Mio. US-Dollar oder 13,8 Mio. VM, eines über die Lieferung von Ausrüstungen aus Beständen der NVA im Wert von 17,4 Mio. VM und eines über unentgeltliche Hilfslieferungen militärischer Ausrüstungen im Wert von 3,5 Mio. Mark der DDR.²² Die Bundesregierung ist somit potentiell Nutznießer erkalteter Kriege und von Waffen, die durchaus noch heute ihre unheilvolle Wirkung haben. Eine Streichung von Forderungen aus Waffenlieferungen sollte sofort vorgenommen werden. Zeitweise wurde ein nicht geringer Teil der militärischen Lieferungen aus Spendengeldern bezahlt, die durch das Solidaritätskomitee der DDR verwaltet wurden.

Zehntens: Ein Großteil der über Kredite finanzierten DDR-Großprojekte erreichte nicht die vorgesehene Produktionsreife und erwies sich als »Entwicklungsrüinen«. Sie ermöglichen Mosambik keine zusätzlichen Exporterlöse und stellen keine Ressourcen für die Rückzahlung dar. Nebenbei bemerkt ist das aber bei weitem kein Spezifikum der DDR. Die Bezahlung der Beträge für Experten und Spezialisten der DDR, die diese Projekte errichteten oder unterhielten, ging – so sie in US-Dollar angerechnet wurden – in die Außenhandelssalden mit ein. In einigen Projekten betrug der Expertenbetrag in Mosambik monatlich zwischen 1 200 US-Dollar und 1 800 US-Dollar.

22 Vgl. BAF MA VA-01/42 450.

Elftens: Mosambikanische Vertragsarbeiter wurden ab 1985 zum Abbau der Schulden verstärkt in Betrieben der DDR eingesetzt. Dazu wurden Anteile des Bruttolohnes durch die DDR einbehalten. Der Erlaß der Schulden Mosambiks könnte ein gewisser Ausgleich für die durch die DDR einbehaltenen und den mosambikanischen Arbeiterinnen und Arbeitern bzw. dem Staat vorenthaltenen Zahlungen sein.

Zwölftens: Viele Außenhändler, die Mitarbeiter des Bereiches KoKo, welche Angestellte des Staatsapparates waren, und fast alle Diplomaten der DDR sind nicht in den Staatsdienst der BRD übernommen worden. Dafür gab es eine Vielzahl von Begründungen. Sie können hier nicht bewertet werden. Hingewiesen werden soll aber auf den Tatbestand, daß man die problematischen Arbeitsergebnisse, in diesem Fall die aufgelaufenen Schulden gegenüber Entwicklungsländern, im Gegensatz dazu als »übernahmefähig« ansieht. Die eine »diplomatische Konsequenz« sollte die andere zur Folge haben.

Das durch die Studie zusammengetragene und dargestellte Material unterstützt einen weitgehenden Erlaß der Ex-DDR-Forderungen durch die Bundesrepublik gegenüber den HIPC-Ländern. West- wie Ostdeutschland haben nach dem Zweiten Weltkrieg umfangreiche Schuldenerlasse erhalten: Westdeutschland 1954 durch den Londoner Schuldenerlaß, in dem die Kriegs- und Vorkriegsschulden der jungen Bundesrepublik durch die westlichen Siegermächte in großem Maße erlassen wurden, damit sie wirtschaftlich gesunde und ein Partner in ihrem politischen Bündnis werden könne. Ostdeutschland dagegen mußte an seine Siegermacht, die Sowjetunion, noch viele Jahre Reparationen zahlen. Auch dieser Sachverhalt muß als ein Grund für die wirtschaftlich schlechtere Lage in Ostdeutschland in Betracht gezogen werden. 1990 hingegen wurden die 50 Mrd. Schulden aus dem Westhandel der DDR im Rahmen der deutschen Einheit bezahlt und Milliarden um Milliarden für einen Aufbau im Osten aufgebracht. Für die Bevölkerung in der ehemaligen DDR hat es folglich Entschuldung und Hilfeleistung gegeben.

Als Termine für einen weitgehenden Erlaß der Schulden aus Ex-DDR-Forderungen durch die Bundesregierung gegenüber Entwicklungsländern bieten sich in nächster Zeit zwei Gedenktage regelrecht an:

der 10. Jahrestag der Währungsunion am 1. Juli 2000 oder der 10. Jahrestag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 2000.

Leider wurde der 50. Jahrestag der Gründung der DDR am 7. Oktober verpaßt. Aber Schulden könnten auch zum Beginn des neuen Jahrtausends, zum 1. Januar 2000, eindrucksvoll erlassen werden.

Gespräch mit Dr. Friedel Trappen (19.5.1999)

DR. FRIEDEL TRAPPEN

Jahrgang 1924; 1938–48 Lehre als Feinmechaniker; Kriegsmarine, Kriegsgefangenschaft; 1948–57 Neulehrer, Kreisvorsitzender der FDJ in Blankenburg/Harz, Leiter des Landesjugendamtes von Sachsen-Anhalt; 1957–61 Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED; 1961–62 Tätigkeit an der Botschaft der DDR in Kuba; 1964 Promotion über die kubanische Revolution; Instrukteur für Lateinamerika in der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED; 1973 Botschafter der DDR in Chile; 1974–86 Stellvertretender Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED für die Bereiche Afrika, Asien, Lateinamerika; 1986–89 Stellvertretender Leiter der Abteilung Verkehr im ZK der SED; seit Mai 1989 Ruhestand; Mitglied der PDS sowie des »Rates der Alten« beim Parteivorstand.

Hans-Joachim Döring: Herr Dr. Trappen, vielen Dank für Ihre Bereitschaft zu einem Gespräch über die Beziehungen der DDR zu Äthiopien und Mosambik und zur Afrikapolitik der DDR. Beide Länder besaßen in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der DDR einen hohen Stellenwert. Sie waren lange Zeit mit der Entwicklung und Pflege dieser Beziehungen betraut und auf der Ebene des Zentralkomitees der SED für die Beziehungen zu den Entwicklungsländern mit verantwortlich.

Wie erfolgte die Abstimmung und Zusammenarbeit innerhalb der Afrikapolitik zwischen der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED und der Außenpolitik sowie der Außenwirtschaft der DDR?

Friedel Trappen: Das Ganze war wie die gesamte Machtstruktur der DDR geordnet. Es hieß bei uns intern, die Politik wird hier gemacht, im großen Haus des ZK. Und alle anderen haben das zu machen, was wir sagen. Als Abteilung Internationale Verbindungen hatten wir die Verantwortung für die Gesamtheit, die Grundfragen der Außenpolitik und damit auch der Außenwirtschaft. In wirtschaftlichen Fragen haben wir uns abgestimmt mit den federführenden wirtschaftspolitischen Abteilungen im ZK. Das heißt, alle grundlegenden Beschlüsse zu Fragen der Außenpolitik, zu Fragen der personellen Besetzung – bis zu Botschaftern, auch die Sekretäre, die Parteisekretäre, denn wir hatten ja in jeder Botschaft auch eine Parteiorganisation – und Fragen der grundsätzlichen ökonomischen Beschlüsse – zum Beispiel die Gewährung von Regierungskrediten – erreichten mich. Alles was die Dritte Welt betraf, gehörte zu meinem Arbeitsgebiet und ging über unsere Schreibtische.

Ich hatte drei Sektoren in diesem Bereich, und wir mußten die Beschlüsse vorbereiten. Das heißt, die Beschlüsse wurden je nach Bedeutung dem Sekretariat bzw. dem Politbüro vorgelegt. Wir mußten als Internationale Abteilung

zu allen Beschlüssen und Vorlagen unsere Meinung äußern. Entweder ablehnen oder bestätigen, etwas dazupacken oder weglassen. Das ging bis zu den Reisekadern. Die Reisen gewissermaßen fast aller Leute in der DDR wurden in meinem Sektor bearbeitet.

Hans-Joachim Döring: Das betraf nicht nur die Reisekader, oder?

Friedel Trappen: Nein, das betraf nicht nur die Partei, auch die Handelsvertreter, die Massenorganisationen, das Solidaritätskomitee und den Sport, aber nicht die Kirchen.

Hans-Joachim Döring: Die Akten weisen auf eine Arbeitsteilung hin: Das Politbüro beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit Äthiopien, und das Sekretariat des ZK befaßte sich mit Mosambik. Wie kam es zu dieser Aufteilung?

Friedel Trappen: Dieser Eindruck ist nicht ganz richtig. Mit Mosambik und Angola liefen die Verbindungen schon länger in normalen Bahnen. Die waren schon vor der Entwicklung in Äthiopien geknüpft worden, im Fall von Mosambik schon 1974. Mit Äthiopien haben wir konkretere Beziehungen erst 1977 aufgenommen. Das hing mit Werner Lamberz zusammen. Als Mitglied des Politbüros hatte er ein ganz persönliches Interesse an diesem Land. Lamberz war ja eigentlich nicht der internationale Sekretär, das war Hermann Axen. Aber Lamberz hatte immer ein Ohr und eine Hand für die internationalen Beziehungen. Ich persönlich hatte ein sehr gutes Verhältnis zu Werner Lamberz. Auch aus der früheren gemeinsamen FDJ-Zeit her. Und mit Äthiopien hing Eritrea zusammen. Wir wollten ja zwischen der eritreischen Befreiungsbewegung und der äthiopischen Führung vermitteln.

Hans-Joachim Döring: Was war der Anlaß für das Äthiopienengagement von Werner Lamberz?

Friedel Trappen: Das kam so: Axen konnte rein praktisch nicht alle Auslandsaufgaben wahrnehmen. Demzufolge wurden auch andere Mitglieder des Politbüros mit der Leitung von Delegationen, Parteitagsbesuchen usw. beauftragt.

Werner Lamberz war Sekretär für Propaganda und für die ideologische Arbeit. Die Reise nach Äthiopien ergab sich eigentlich fast zufällig auf der Reise zum Parteitag nach Mosambik. Da haben wir erstmal Station in Somalia gemacht.

Hans-Joachim Döring: Auf dem Hinflug Ende Januar 1977?

Friedel Trappen: Auf dem Hinflug im Winter 1977. Da haben wir mit Präsident Said Barre gesprochen. Das war ein interessantes Gespräch. Lamberz hatte zu diesem Zeitpunkt gute Beziehungen zu dem damaligen Sekretär für Ideologie des Provisorischen Militärates in Äthiopien. Der hörte von unserer Afrikareise und lud uns nach Addis Abeba ein. Die Mitteilung über die Einladung der Delegation unserer Partei nach Äthiopien bekamen wir in Mosambik. In diesen Tagen ist dann Mengistu an die Macht gekommen und hat innerhalb seiner Führungsgruppe im Militäratt bzw. im DERG durchgegriffen. Ich weiß nicht, ob das stimmt, daß er selbst zur Pistole griff.

Hans-Joachim Döring: Manche sprechen von einer »bewaffneten Diskussion«.

Friedel Trappen: Ja.

Hans-Joachim Döring: Es sind sechs Leute erschossen worden.

Friedel Trappen: Darunter auch der Partner von Lamberz. Das war einer derjenigen, der mit umgebracht worden ist.

Hans-Joachim Döring: Verstehe ich Sie richtig: Der Zwischenstopp in Addis war beim Start in Berlin noch nicht geplant?

Friedel Trappen: Nein, der war überhaupt nicht geplant. Wir erhielten von Berlin aus die Mitteilung über die Einladung und den Auftrag vom Politbüro, auf der Rückreise in Äthiopien vorbeizugucken, um die Lage zu klären usw. Das haben wir gemacht.

Hans-Joachim Döring: Und wußten Sie schon, daß ...

Friedel Trappen: Ja, wir wußten, daß der Partner von Lamberz umgekommen war.

Hans-Joachim Döring: Erschossen!

Friedel Trappen: Ja, erschossen. Werner Lamberz war interessiert daran, Informationen zu bekommen. Wir sind nach Äthiopien gefahren und wurden, sagen wir mal, empfangen wie eine hohe Staatsdelegation. Wir waren die erste Delegation, die unmittelbar nach dem Putsch ankam. Mengistu ganz persönlich hat mit Werner Lamberz stundenlange Gespräche geführt. Lamberz war ein ausgezeichnete Mann, auf ideologischem Gebiet sehr beschlagen. Er hat Mengistu beeindruckt. Zwei Nächte hindurch haben wir dort diskutiert. Ich habe hinterher den ganzen Bericht machen müssen.

Für Werner Lamberz war das hochinteressant. Die Beziehungen zu Äthiopien wurden seine persönliche Sache. Das besprach er auch mit Axen. Und Hermann Axen hat gesagt: »Na, es ist in Ordnung.«

Daraus resultierte dann auch etwas, was vielleicht nicht bekannt ist: Ich bekam den Auftrag zu einem Schnellbesuch in Kuba. Ich sollte die kubanische Regierung unterrichten über das, was wir in Äthiopien erlebt hatten, und ich sollte sie für den sogenannten sozialistischen Aufbau in Äthiopien interessieren.

Hans-Joachim Döring: Also kann man sagen, Lamberz hat die Kubaner ans Horn von Afrika geholt.

Friedel Trappen: Ja, Lamberz hat Kuba nach Äthiopien gebracht. Das anschließende Wochenende bin ich gleich nach Havanna geflogen und habe die kubanische Regierung informiert.

Hans-Joachim Döring: Worüber haben Sie informiert?

Friedel Trappen: Über unsere Gespräche. Ich hatte mit Lamberz alles abgesprochen: seine Einschätzung der Lage in Addis, jetzt unter Mengistu, daß das dort eine gute und eine fruchtbare Entwicklung gab und nun die Möglichkeit bestand, daß der Sozialismus weiter Fuß faßte usw. Wir waren der Meinung – das hatte Lamberz aber auch mit den Äthiopiern besprochen –, daß die Unterstützung auch zum Teil von Schwarzen gemacht werden sollte.

Hans-Joachim Döring: Das bedeutet, für die bewaffneten Truppen, die die Kubaner schicken sollten, wurden betont Afrokubaner rekrutiert?

Friedel Trappen: Ja. Ganz bewußt wurden meist Schwarze geschickt. Offensichtlich.

Hans-Joachim Döring: Und das, obwohl immer wieder Reibereien auftraten zwischen Mestizen und Kreolen ...

Friedel Trappen: Man kann wirklich sagen, daß Werner Lamberz in bedeutendem Maße dazu beigetragen hat oder den Anstoß gegeben hat, daß die Kubaner sich intensiv mit Äthiopien beschäftigten.

Hans-Joachim Döring: Und das zu einem Zeitpunkt, als die Sowjetunion noch ganz auf Somalia setzte.

Friedel Trappen: Ja.

Hans-Joachim Döring: Das strategische Interesse der Sowjetunion war, daß sie versuchte, die Seestraßen am Roten Meer und zum Suezkanal zu kontrollieren. Dazu benötigte sie Stützpunkte. Das Bündnis der Sowjetunion mit Somalia spielte seit Ende der sechziger Jahre eine dominante Rolle. Doch plötzlich gab es eine Umorientierung. Warum bröckelte diese Beziehung im Winter 1976?

Friedel Trappen: Das hing damit zusammen, daß die Somalis und die Äthiopier über das Ogadenland im Streit lagen. Ein klassischer Konflikt, kein neuer. Somalia wurde immer instabiler in diesen Dingen. Aber Äthiopien wurde immer stabiler im Sinne des Sozialismus. Und das war interessant. Wobei das besonders Wichtige war – und deswegen haben wir Äthiopien im Kampf gegen Eritrea unterstützt –, letztlich die Häfen Assab und Mossawa zu kriegen, oder wenigstens die Kontrolle darüber.

Hans-Joachim Döring: Die Stützpunktfrage. Assab sollte als Militärstützpunkt ausgebaut werden.

Friedel Trappen: Na selbstverständlich. Und es war zugleich der einzige Zugang zum Meer für Äthiopien. Das war natürlich etwas, was wir unbedingt erreichen wollten. Daher haben wir ja auch diese Aufgabe übernommen, mit den Eritreern, mit der eritreischen Befreiungsbewegung zu reden, hier in Berlin.

Hans-Joachim Döring: Auf das Thema komme ich gern noch mal zurück. Zuvor möchte ich auf den 11./12. Februar 1977 Bezug nehmen. Am 11. Februar wurde Mengistu – sieben Tage nach dem Putsch – zum Staatspräsidenten und Chef des DERG benannt sowie als Oberbefehlshaber des Heeres eingesetzt. Keiner seiner Vorgänger hatte eine derartige Machtfülle. Mich interessiert: Wie haben Sie als Delegation die Tatsache aufgenommen, daß Sie sozusagen von einem Freund eingeladen wurden, der dann plötzlich ermordet worden war? Lamberz stand doch zuvor mit Mengistu nicht im Kontakt, oder?

Friedel Trappen: Er hatte vorher gar nichts mit Mengistu zu tun gehabt.

Hans-Joachim Döring: Lamberz kannte Mengistu nicht und sprach jetzt intensiv und vertrauensvoll sozusagen mit dem Mörder seines Freundes. Haben Sie das diskutiert?

Friedel Trappen: Nein, das haben wir nicht diskutiert.

Hans-Joachim Döring: Gab es keine emotionale Barriere?

Friedel Trappen: Eine emotionale Barriere war nicht da. Aber der Begriff Freund trifft das Verhältnis nicht. Der Lamberz hatte den einladenden äthiopischen DERG-Sekretär ein Mal gesehen. Das war kein persönliches Verhältnis, in keiner Weise. Er war für ihn ein Mann aus der Führung Äthopiens.

Hans-Joachim Döring: Also keine Freundschaft, sondern eher gleiche Arbeitsebene, sozusagen von ideologischem Sekretär zu ideologischem Sekretär ...

Friedel Trappen: Ja, sie kannten sich auf der Arbeitsebene. Er war auch, glaube ich, nicht in der DDR gewesen. Sie hatten sich wohl auf einem Kongreß kennengelernt. Er hatte Lamberz, als wir in Somalia waren, mitteilen lassen, daß wir am 31. Januar oder 1. Februar doch mal vorbeikommen sollten. Da hat der Lamberz zu mir gesagt – ich war Sekretär dieser Delegation, er war der Leiter –, Du, paß mal auf, ich habe da eine Mitteilung von dem und dem, wir müssen mal sehen, daß wir auf dem Rückweg vielleicht Station machen können. Weiter hat er mir nichts gesagt.

Hans-Joachim Döring: Gab es trotz dieser spontanen Einladung eine Abstimmung mit der Sowjetunion?

Friedel Trappen: Nein. Die Sowjetunion hat lediglich im nachhinein eine Information von uns bekommen. Direkt eine Abstimmung gab es dazu nicht.

Hans-Joachim Döring: Der Besuch war demzufolge kein sowjetischer Auftrag?

Friedel Trappen: Er war kein sowjetischer Auftrag. Mit den Sowjets hatte ich manchmal auch einige Probleme.

Hans-Joachim Döring: Welcher Art?

Friedel Trappen: Derart, daß sie meiner Meinung nach zu rigoros waren und zu wenig die nationalen Spezifika der einzelnen Länder beachteten.

Hans-Joachim Döring: Sie meinen, sie spannten die einzelnen Länder zu sehr in ihre strategischen Ziele ein?

Friedel Trappen: Genau. Einer der Höhepunkte war, daß sie den Mosambikanern so einen Siebenjahrplan einreden wollten, mit dem sie die Unterentwicklung überwinden wollten. Das war unreal und unsinnig. Dann kam die Sache mit der Gründung der Partei. Sie wollten gleich eine Partei neuen Typus aufbauen. Wir haben uns dagegen ausgesprochen.

Hans-Joachim Döring: Stichwort Partei neuen Typus' und Mosambik. Bei dem III. FRELIMO-Kongreß in der ersten Februarwoche 1977 erklärte sich die FRELIMO als marxistisch-leninistische Partei. Ich nahm bisher an, daß das stark von Lamberz gefördert worden war. Er war als Ideologie-Sekretär und Politbüromitglied der Ranghöchste aus dem Ostblock auf dem Kongreß.

Friedel Trappen: Nein, gar nicht. Uns war das nicht wichtig. Und auch Lamberz nicht. Das weiß ich genau. Der hat damals noch gesagt: Leute, seid vorsichtig. Prescht mit dieser Entwicklung nicht so schnell vor. Lamberz war in dieser Hinsicht etwas flexibler. Woher das Drängen kam, ob von den Sowjets oder nicht, das kann ich nicht sagen. Von uns kam es auf jeden Fall nicht.

Hans-Joachim Döring: Es war demnach keine Voraussetzung für die staatliche und solidarische Unterstützung?

Friedel Trappen: Von unserer Seite aus jedenfalls nicht.

Klar haben wir uns den Sowjets angenähert. Wir haben sie um ihre Meinung gefragt. Wir haben das mitgemacht, was sie gemacht haben. Die haben Kader ausgebildet, wir haben Kader ausgebildet. Wir waren an der Parteischnule, die waren an der Parteischnule.

Hans-Joachim Döring: Ich würde gern auf Äthiopien zurückkommen. Bei diesem ersten Gespräch im Februar hat Mengistu eine ganze Reihe von Wünschen geäußert und um Unterstützung gebeten. Welche Wünsche hatten für Mengistu Priorität?

Friedel Trappen: Primär war für Mengistu:

- a) die Beratung der Streitkräfte und der Aufbau von Sicherheitsorganen,
- b) die Entwicklung der Landwirtschaft und die Bodenreform,
- c) der Aufbau einer führenden Partei. Damals hieß es noch führende politische Organisation. Aber das wurde ja dann die Partei.

Hans-Joachim Döring: Die Machtfrage!

Friedel Trappen: Die Machtfrage, natürlich. Aufbau der Machtorgane, Aufbau der Planungsorgane, gewissermaßen der richtige Aufbau eines neuen Staatsapparates. Denn das waren ja die Säulen des Staatsapparates: Armee, Sicherheitsorgan, Planungsorgan usw.

Hans-Joachim Döring: Hat bei den Beratungen mit Mengistu oder bei der späteren Auswertung der Gespräche durch die Delegation eine Rolle gespielt, was für einen politischen Flügel Mengistu im revolutionären DERG aus dem Weg geräumt hat?

Friedel Trappen: Nein, das hat keine Rolle gespielt. Es war nur allgemein die Rede von Leuten, die oppositionell waren, die nicht in der Entwicklung der Revolution weitergehen wollten.

Hans-Joachim Döring: Eine Besonderheit in Äthiopien war, daß der »rote Terror« von der neuen Obrigkeit regelrecht ausgerufen wurde und in einem Zusammenspiel von Oben und Unten stattgefunden hat. Er richtete sich weitgehend gegen linke oder radikalsozialistische Kräfte. Von daher ist für mich die Aussage »die gingen nicht weit genug in der Revolution« problematisch.

Friedel Trappen: Das war aber das, was sie uns damals gesagt haben, daß dies Kräfte waren, die die weitere Entwicklung behinderten.

Hans-Joachim Döring: Waren sich Lamberz und Mengistu persönlich sympathisch?

Friedel Trappen: Ja, sehr. Das ist wahrscheinlich mit eine der entscheidenden Sachen, daß die beiden sich persönlich sehr sympathisch waren. Fand ich jedenfalls. Und fanden auch alle anderen in der Delegation. Mengistu war sehr aufgeschlossen Lamberz gegenüber. Das zeigte sich auch später, als Lamberz umgekommen war, daran, daß sie ihn zum Helden in Äthiopien gemacht haben.

Hans-Joachim Döring: Lamberz erfuhr eine größere Heldenverehrung in Addis Abeba als in Ostberlin.

Friedel Trappen: Ja. Auch seiner Witwe gegenüber empfand sich die äthiopische Führung verpflichtet. Das weiß ich. Sie haben sie eingeladen usw. Das war also richtige Heldenverehrung. Sie wußten natürlich auch von den Kubanern, die Lamberz für sie gewonnen hatte. Die Unterstützung der Kubaner war ja etwas Wesentliches.

Hans-Joachim Döring: Lamberz, der Retter der Revolution. Für mich tritt jetzt eine gewisse Irritation ein. Aus der Literatur entnahm ich – vergrößert wiedergegeben –, daß Mengistu ein Hardliner war, der stark auf militärische

Lösungen setzte. Über Lamberz erfuhr ich, daß er weltgewandt war, den Künsten gegenüber aufgeschlossen, Visionen hatte, auf keinen Fall ein Militär.

Friedel Trappen: Nein, das war er nicht. Er war kein Militär.

Hans-Joachim Döring: Wie konnten die beiden so eng zusammenkommen?

Friedel Trappen: Mengistu hat sich uns gegenüber nicht als Militär präsentiert. Es war bedeutsam, daß er zuhören konnte. Mengistu war aufgeschlossen, und er hat allem zugehört, was Lamberz gesagt hat. Wir haben nach den Gesprächen gesagt, der hat das aufgenommen wie ein trockener Schwamm. Und Lamberz war natürlich auch in der Lage, ihm die ganzen Dinge, ich würde mal sagen, schmackhaft darzulegen.

Hans-Joachim Döring: Welche Dinge meinen Sie?

Friedel Trappen: Sozialismus. Was ist Sozialismus? Was ist die Rolle der Partei? Wie muß man das aufbauen? Was heißt Diktatur des Proletariats? Lamberz hat ihm das sehr deutlich gesagt. Man hat förmlich gemerkt, daß Mengistu sehr überzeugt war von dem, was Lamberz sagte.

Hans-Joachim Döring: Verstehe ich die Situation richtig, wenn ich sage, die Offenheit von Mengistu rührte daher, daß er sich in einer Phase der Neuorientierung und Unsicherheit – er war ja nicht unumstritten und hatte sich bewaffnet durchgesetzt – einen ranghohen Gesprächspartner des Ostblocks sichern wollte?

Friedel Trappen: Das war offensichtlich. Wir waren ja die erste Delegation aus einem sozialistischen Land. Und Mengistu hatte ernste Bedenken, nicht anerkannt zu werden. Denn er hatte ja einen Militärputsch gemacht, mit Waffengewalt. Mengistu hatte offensichtlich Bedenken oder sogar Angst, daß er von den sozialistischen Ländern nicht aufgenommen wird. Und deswegen wollte er und mußte er logischerweise auch einen guten Eindruck machen. Er wollte nicht den Militär herauskehren, sondern war bemüht, den Eindruck haften zu lassen, daß er natürlich auf unserer Seite stehe, daß er den Sozialismus wolle. Deswegen hat er die Aktivitäten der anderen Seite und deren Gefahren negativer dargestellt, als sie in Wirklichkeit waren. Das stellten wir erst hinterher fest. Für Mengistu war das, auch rein persönlich gesehen, eine ganz wichtige Sache. Wenn er diese Delegation von seiner Redlichkeit überzeugen könnte, würde das auch die Beziehungen zu den Kubanern und den Sowjets beeinflussen. Denn er wußte mit Sicherheit, auch von seinen Beratern, daß die DDR bzw. die SED sowohl einen guten Draht zu den Sowjets als auch zu den Kubanern hatte.

Hans-Joachim Döring: Wenn der ermordete »Freund« von Herrn Lamberz nicht nach Addis eingeladen hätte, wäre dann die Delegation über Äthiopien hinweggeflogen?

Friedel Trappen: Ja, wahrscheinlich.

Hans-Joachim Döring: Dann hätte es unter Umständen am Horn von Afrika eine ganz andere Entwicklung gegeben?

Friedel Trappen: Nicht auszuschließen. Ganz konkret war das so: Wir waren, wie gesagt, in Mosambik. Dort kriegten wir die Information, daß in Äthiopien dieser Staatsstreich stattgefunden hat. Es war auch bekannt, daß Bante weg war und die Partner von Lamberz. Und Lamberz fragte von Mo-

sambik aus nach Berlin zurück: Ich habe die Einladung, soll ich oder soll ich nicht? Und da kam von Berlin aus der Auftrag: Sofort hinreisen!

Hans-Joachim Döring: Hat Hermann Axen oder Erich Honecker den Auftrag erteilt?

Friedel Trappen: Honecker nehme ich an, nach Beratung mit Axen.

Uns war natürlich klar, daß Äthiopien mit einem relativ starken Militärapparat eine Sache war, die sich halten konnte.

Hans-Joachim Döring: Halten im Sinne eines Territorialgewinns für das sozialistische Lager?

Friedel Trappen: Territorialgewinn für das sozialistische Lager? Sagen wir mal, wir haben es als festen Stützpunkt für das sozialistische Lager betrachtet.

Hans-Joachim Döring: Aufgrund dieses Initialgespräches im Februar ergaben sich bis zum Absturz von Werner Lamberz enorme Aktivitäten. Schon Anfang März weilte eine kubanische Delegation in Addis Abeba, und es kamen wichtige Delegationen des DERG nach Ostberlin. Zudem flogen noch im März mehrere Flugzeuge von Berlin-Schönefeld mit Waffen nach Addis.

Friedel Trappen: Eine der Hauptbitten, die von Mengistu kam, war die nach militärischer Unterstützung und militärischer Sicherung der Revolution.

Hans-Joachim Döring: Wurden Analysen vorgenommen, wer der Gegner war und gegen wen die Waffen eingesetzt wurden?

Friedel Trappen: Für die eigene Armee. Na gut, wir wußten natürlich damals, daß es diese Gefahr im Ogaden gab. Und von Siad Barre hatten wir nicht den besten Eindruck. Also demzufolge war für uns ganz klar, daß dieser Stützpunkt aufgebaut werden mußte, militärisch. Deswegen waren auch Sicherheitsleute da.

Hans-Joachim Döring: Jetzt gab es aber eine Abstimmung mit der Sowjetunion?

Friedel Trappen: Ja. Wenn ich mich nicht ganz irre, ist Markowski als Abteilungsleiter nach Moskau geflogen. Es gab einen sehr detaillierten Bericht nach Moskau, das ist klar. Der sowjetische Botschafter wurde noch in Äthiopien von uns informiert.

Hans-Joachim Döring: Dieser sowjetische Botschafter war soeben erst berufen worden. Im Dezember 1976 kam er direkt aus Mogadischu, wo er als Befehlshaber der sowjetischen Truppen oder Beraterseinheiten im Einsatz war und die somalische Armee gegen Äthiopien mit aufgebaut und angeleitet hatte.

Friedel Trappen: Die Sowjets haben sich dann auch sehr schnell auf Äthiopien eingelassen.

Hans-Joachim Döring: Das waren schon spannende Vorgänge. Die DDR lieferte wohl fast als erster Staat Waffen für das neue Regime. Diese wurden, noch bevor es im Juli zum Ogadenkrieg kam, im März und April für die »Volksbewaffnung« und die beginnenden Säuberungen eingesetzt. Wurde die Verwendung der Waffen im ZK diskutiert?

Friedel Trappen: Nein, das wurde so nicht diskutiert. Bei uns zumindest in der Abteilung nicht. Wenn das diskutiert wurde, war das schon ein anderer Rahmen. Kann sein, daß das innerhalb der militärischen Einheiten und Orga-

nisationen, im Verteidigungsministerium und im Ministerium für Staatssicherheit diskutiert wurde. Mit mir auf jeden Fall nicht. Ich bin auch bei aller Bedeutung, die wir im ZK hatten, nie in die Details der militärischen oder sicherheitspolitischen Aktivitäten eingeweiht worden. Ich wußte zwar, daß wir militärisches Gerät lieferten, aber ich wußte nie, was und wieviel wer erhielt. Die einzigen, mit denen ich immer wieder zusammenkam, das waren die Leute von Schalck-Golodkowski, weil das natürlich wiederum mit den speziellen politisch-ökonomischen Sachen zusammenhing.

Hans-Joachim Döring: Wer hat denn die Zahlen über den finanziellen Umfang der Waffenlieferungen in die Protokolle geschrieben? Da steht zum Beispiel, daß im Juni 1977 für 53 Millionen Mark der DDR Waffen geliefert worden sind.

Friedel Trappen: Das haben die Ministerien reingeschrieben. Das ging dann über den Ministerrat ins Politbüro usw. Aber das waren Dinge, die sie dann nicht über uns geleitet haben.

Hans-Joachim Döring: Die Botschafter haben doch immer berichtet.

Friedel Trappen: Ja, das war etwas anderes. Die Botschafter haben über die Lage berichtet. Aber über konkrete militärische Angaben, für wieviel Millionen Mark Waffen geliefert, was für Waffen oder wieviel Mann dort eingesetzt und wieviel ausgebildet wurden, das erfuhren wir nicht. Die ersten Waffenlieferungen waren eigentlich nicht entscheidend, aber sie waren bedeutsam.

Hans-Joachim Döring: Für die DDR waren Waffen im Wert von 100 Millionen schon nicht wenig.

Friedel Trappen: Ja natürlich. Aber ich meine, für den ganzen Krieg war das nicht entscheidend. Wichtig war das Gespräch mit Lamberz, das war der Initialschuß. Das hat Lamberz vorangetrieben. Lamberz, weiß ich, hatte auch, ohne mich einzubeziehen, mit den Ministerien, mit Hoffmann, mit den Leuten von der Armee und mit Mielke von der Staatssicherheit unmittelbar gesprochen.

Hans-Joachim Döring: Lamberz hat Druck gemacht?

Friedel Trappen: Ja, er hat gesagt: Nun macht mal!

Hans-Joachim Döring: Schränke auf!

Friedel Trappen: Aber natürlich. Lamberz hat im Politbüro mit Honecker geredet, hat Honecker in manchen Dingen beredet, wie man sagen muß. Alles hat dem Axen gar nicht gepaßt, weil er damit aus einer bedeutenden internationalen Aktivität ausgeschlossen wurde.

Hans-Joachim Döring: Hermann Axen war auch bedächtiger.

Friedel Trappen: Ja. Lamberz war noch ein bißchen Heißsporn. Er war ja auch wesentlich jünger. Axen war abwägender. Er war ja auch in den internationalen Fragen der viel stärkere Analytiker und Theoretiker. Der hat da tiefer geguckt.

Hans-Joachim Döring: Wenn ich das richtig sehe, wurden die Waffen nicht als solidarische Schenkung abgegeben, sondern wurden von Anfang an verkauft.

Friedel Trappen: Das weiß ich nicht. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Wahrscheinlich teils, teils. Wahrscheinlich ist durchaus ein Verkaufsvertrag gemacht worden, aber dann wurden mit der Zeit bestimmte Rückzahlungsverpflichtungen aufgehoben. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Hans-Joachim Döring: Im Frühjahr 1977 taucht dann recht unverhofft die Kaffeekrise in der DDR auf. Die Bezugsmöglichkeiten von Rohkaffee spielten in den Beziehungen zu Äthiopien eine zentrale Rolle. Es hatte sich sozusagen die ideologische Sympathie zum neuen Regime mit neuen Importerwartungen verflochten. Können Sie das beschreiben?

Friedel Trappen: Ja, das war ganz wichtig. Es stand die Frage, ob wir keinen Kaffee mehr kriegen. In Angola war das schwierig geworden.

Hans-Joachim Döring: Warum?

Friedel Trappen: In Angola war ja inzwischen Bürgerkrieg. Die Kaffeeproduktion war stark behindert, während sie in Äthiopien noch möglich war. Der äthiopische Kaffee war aus irgendeinem Grunde für uns auch besser geeignet, rein von der Spezifität her. Da wurde mit den Äthiopiern gesprochen. Und die haben – natürlich ausgehend von der Tatsache, daß wir sofort die Militärlieferungen senden – gesagt: Jawohl, Rohkaffee könnt ihr haben. Dadurch waren wir in der Lage, mit Waffenlieferungen auszugleichen.

Hans-Joachim Döring: Wurden dann besonders viele Waffen geliefert, weil man besonders viel Kaffee kaufen bzw. tauschen wollte?

Friedel Trappen: Das hat eine Rolle gespielt. Je schneller wir unsere Zusagen einhielten, um so schneller konnten wir den äthiopischen Kaffee bekommen. Das war wirklich so gewollt, und das ist auch so gewesen.

Hans-Joachim Döring: Ein Tausch: blaue Bohnen gegen rote Bohnen.

Friedel Trappen: Ökonomisch hat uns das in der DDR sehr geholfen.

Hans-Joachim Döring: Wurde es nicht als problematisch empfunden, daß dort dazu beigetragen wurde, um hier die eigenen Kaffeetassen zu füllen, eine linke Opposition niederzukämpfen und auszumerzen?

Friedel Trappen: Daß es eine linke Opposition war, ist uns allen nicht so bewußt gewesen. Mir ist es insbesondere klarer geworden, als ich mit den Eritreern mal zusammengetroffen bin.

Hans-Joachim Döring: Die Abteilung Internationale Verbindungen hatte sich ja sehr für die Vermittlung bzw. für eine Gesprächsebene zwischen der äthiopischen Zentralregierung und den nördlichen eritreischen Befreiungsbewegungen bemüht. Können Sie die Zielrichtung beschreiben?

Friedel Trappen: Die Zielrichtung war eigentlich ganz einfach: Paul Markowski hatte sie ausgearbeitet. Ein Vertrag zwischen beiden Seiten: Die Eritreer sollten sich in das äthiopische Staatsgebiet einordnen und dafür einen bestimmten Grad an Autonomie behalten. Das Hauptziel war, daß Eritrea eingeordnet blieb, um vor allem den Seeweg für die Äthiopier zum Roten Meer und Militärstützpunkte dort oben in Assab oder Mossawa zu erhalten. Das war eigentlich der große Hintergrund. Die Argumentation, die wir hatten, war natürlich die, daß wir in starkem Maße, besonders bei den Eritreern, aber auch bei den Äthiopiern, an ihre marxistische Vergangenheit anknüpfen wollten.

Da kamen wir bei den Eritreern aber schlecht an, weil die uns immer sofort vorhielten, daß die Äthiopier doch keine Marxisten seien, sondern Amharen,

und das ist eine Militärkaste. Dann haben die uns aufgeklärt, wer die Amharen sind. Dem konnten wir nicht allzuviel entgegensetzen, weil die Amharen, Mengistu und seine Gefolgsleute, tatsächlich von ihrer Herkunft überhaupt nichts mit Marxismus zu tun hatten, sondern eben tatsächlich nur Militärs waren. Der ganze Parteiapparat da oben bestand ja aus weiter nichts als Militärs, eine Militärkaste eben. Ich habe sie ja zum Teil kennengelernt.

Hans-Joachim Döring: Was war die Zielrichtung der Vermittlung? Man hat ja wichtige Vertreter beider Seiten so weit motivieren können, daß sie zu Gesprächen nach Ostberlin gekommen sind?

Friedel Trappen: Ja, wir haben sie in Berlin gehabt. Die Zielrichtung war, die Führung der Äthiopier und der eritreischen Befreiungsbewegungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bekommen, auf der Basis einer Art Föderation oder Konföderation. Eritrea sollte nicht ausscheren.

Hans-Joachim Döring: Der Hintergrund war die Hafenanbindung?

Friedel Trappen: Ja, Hintergrund waren Hafenanbindung und Stützpunktfraße. Und natürlich war auch für Äthiopien die industrielle Kapazität Eritreas von Bedeutung, weil sie ja wesentlich höher als die von ganz Äthiopien war.

Hans-Joachim Döring: Es gab verschiedene Theorien zu den Motiven dieser Gespräche.

Eine nenne ich die »Schrecktheorie«. Ich habe aus drei knappen Protokollzitataten den Eindruck gewonnen, daß Lamberz in Addis Abeba im Dezember 1977 Mengistu eine politische Lösung der Eritreafrage regelrecht abringen wollte. Ich unterstelle Lamberz freundlich, daß er über »seine« Waffenlieferungen und was damit angerichtet wurde, erschrocken war und nun durch Verhandlungen den Schaden begrenzen wollte.

Friedel Trappen: Eins weiß ich fast genau: Die Äthiopier wollten keine Verständigung. Sie waren der Meinung, die Eritrea-Fraße auf militärischem Gebiet lösen zu können. Lamberz war relativ besorgt. Ich habe mit ihm gesprochen. Er hat gesagt: Menschenskind, jetzt haben sie Waffen erhalten und setzen die da oben [in Eritrea; d. Verf.] ein. Aber es gibt doch eine friedliche Möglichkeit. Ich hatte ja den Auftrag, in Khartoum einige Wochen mit verschiedenen Chefs eritreischer Bewegungen zu sprechen. Einige waren dann auch in Berlin dabei.

Lamberz sagte mal, daß die Äthiopier nicht so richtig wollten und doch nur auf ihre Waffen vertrauten, unsere Aufgabe jedoch darin bestehen müsse, die beiden Seiten so zusammenzubringen, daß die Äthiopier nicht auf ihre militärische Stärke und die Eritreer nicht auf ihre marxistische Borniertheit pochten. So ähnlich sagte er das. Die Eritreer waren auch der Meinung, die Äthiopier seien keine Marxisten, sondern nur Militaristen, mit denen man überhaupt nicht reden könne, während die Äthiopier sagten: Die, die fegen wir doch weg. Beides waren überzogene Positionen, die wir abschwächen wollten. Es war eigentlich unsere Aufgabe, daß wir alle an einen Tisch bringen. Und wir waren glücklich, als sie sich nach einigen Tagen als Brüder anredeten. Aber es kam nichts dabei heraus.

Die Eritreer sagten immer: Wir machen unseren Sozialismus allein, einen anderen, einen marxistischen. Wobei sie allerdings nicht merkten, daß die Ge-

fahr bestand, sich in die Hände von moslemischen Extremisten zu begeben. Libyen hat finanziert und beraten. Wir sagten: Was kann Eritrea als unabhängiger Staat werden? Doch nur eine Marionette der islamischen Staaten.

Hans-Joachim Döring: Es gab doch aber gerade in dieser Zeit eine recht persönliche Beziehung zwischen Lamberz und Gaddafi?

Friedel Trappen: Ja und nein. Sie hatten sich kennengelernt und mochten sich irgendwie.

Hans-Joachim Döring: Lamberz mochten wohl alle?

Friedel Trappen: Ja, Lamberz hatte ein Wesen, der konnte sich wirklich in jeden hineinversetzen. Er war ein sehr umgänglicher netter Mensch. Wir hätten ihn gern als Nachfolger von Honecker gesehen. Da wäre vielleicht manches anders gelaufen.

Mit dem Besuch von Lamberz in Libyen verbindet sich ja für mich ein ganz persönliches wichtiges Moment.

Für die Reise, auf der Lamberz abgestürzt ist, war ich auch vorgesehen. Acht Tage vorher bin ich krank geworden und ins Krankenhaus gekommen. Deswegen ist Markowski an meiner Stelle geflogen. Ich wäre also eigentlich in dem Helikopter mit drin gewesen. Da bin ich dem Tod von der Schippe gesprungen. Das verbindet sich für mich mit diesem Besuch.

Hans-Joachim Döring: Was war der Anlaß der Reise?

Friedel Trappen: Der Anlaß der Reise war, mit Gaddafi die Eritreerfrage zu bereden. Ihm also zumindest zu bedeuten, daß er seinen Einfluß so nimmt, daß die Einheit oder die Vereinigung mit Äthiopien nicht gestört wird. Es reichte aus, daß sie dauernd mit Somalia zu tun hatten. Unsere Argumentation lief darauf hinaus, Gaddafi zu überzeugen, daß wir am Horn Afrikas einen starken Stützpunkt des Sozialismus brauchen und Äthiopien stark machen müssen, statt einen Rivalen aufzubauen.

Hans-Joachim Döring: Warum engagierte sich die kleine DDR so stark am Horn von Afrika? Das ist doch ein relativ großes Gebiet für dieses kleine Land. Direkte geostrategische Interessen hatte die DDR am Tor zum Indischen Ozean doch nicht, oder?

Friedel Trappen: Die Sowjets waren unserer Afrikapolitik nicht sonderlich gewogen.

Hans-Joachim Döring: Um so verwunderlicher ist dieses intensive Engagement doch!

Friedel Trappen: Die Sowjets sind auch in Äthiopien nie so stark eingestiegen wie wir oder wie die Kubaner.

Hans-Joachim Döring: Aber die DDR konnte doch selber kein Interesse an einem Militärfhafen in Assab haben. Was ist denn die Motivation für so ein großes Engagement?

Friedel Trappen: Ich kann es Ihnen ehrlich nicht sagen. Ich kann nur sagen, vielleicht hatte Lamberz so ein bißchen Ambitionen, Weltpolitiker zu werden oder in der Weltpolitik eine Rolle zu spielen. Das ist natürlich eine erhebende Sache, wenn man in der Weltpolitik mit dabei ist. Aber wir haben uns manchmal gefragt: »Übernehmen wir uns nicht, wir als kleine DDR?« Wirklich! Die Frage haben wir uns ja selber gestellt. Dann war es auch wieder

schön. Wir waren angesehen. Wir kamen hin, und überall wurden wir begrüßt. Aber ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich habe mich manchem widersetzt. Ich war in vielen Dingen, auch in Äthiopien, Mosambik und Angola, ein kleines bißchen skeptisch.

Dabei muß ich Ihnen ehrlich sagen, ich war natürlich bloß ein kleiner stellvertretender Abteilungsleiter. Ich konnte einem Mitglied des Politbüros keine Meinung sagen. Mit Werner Lamberz habe ich ein sehr offenes Verhältnis gehabt, auch mit Axen eigentlich. Dem haben wir manchmal ein paar unangenehme Wahrheiten sagen müssen. Trotz allem – letztlich blieb das, was die Politbüromitglieder wollten, stehen.

Hans-Joachim Döring: Kann man da sagen, die DDR war in ihren Beziehungen zu Äthiopien kein Seniorpartner der Sowjetunion?

Friedel Trappen: Kann man so sagen. Das war eine Eigeninitiative. Wir waren nicht beauftragt oder in irgendeiner Weise von den Sowjets bestimmt.

Hans-Joachim Döring: Aus Eigeninitiative oder in Absprache?

Friedel Trappen: In Absprachen, ja. Wir haben den Sowjets immer gesagt, was wir machen wollen, und die haben gesagt, Einverstanden, macht das ruhig. Es kann durchaus sein, daß sich bei den Sowjets die Meinung dahinter verbarg: Nun laß die mal machen.

Hans-Joachim Döring: Wurde in der Zeit von 1983 bis 1985, als in Äthiopien die großen Hungersnöte erneut akut und vor allem öffentlich bekannt wurden, ein Zusammenhang mit der nicht wie gewünscht vorankommenden Revolution gesehen und diskutiert?

Friedel Trappen: Das wurde bei uns nicht diskutiert. Das war schon die Zeit, als ich in Widerspruch geriet, warum sie mich damals auch rausgenommen haben. Das war schon die Zeit, als Honecker keine negativen Berichte mehr akzeptiert hat.

Hans-Joachim Döring: Das verstehe ich nicht!

Friedel Trappen: Honecker wollte nichts Negatives hören. Der wollte von den ganzen Problemen, auch dem Bürgerkrieg in Mosambik, nichts hören.

Hans-Joachim Döring: Und das wurde nach unten durchgestellt? Heißt das, auf der Abteilungsleiterebene oder auf der Kaffeetisch-Ebene wurde dann mitgeteilt, der Honecker will nichts Kritisches mehr hören?

Friedel Trappen: Das wußte man natürlich. Ich habe die Berichte über die Situation in Äthiopien an Axen mit allen Informationen weitergegeben. Aber irgendwie ist es beim Generalsekretär nicht angekommen. Und es wurde nicht diskutiert. Unter uns haben wir in der Abteilung diskutiert und wußten, was los war. Aber es ist in der Führungsebene nicht angekommen. Na gut, vielleicht hat Lamberz oder Axen mit seinen Mitgliedern im Politbüro über das eine oder andere Problem gesprochen. Das kann durchaus sein. Aber es wurde nicht im Politbüro und nicht offiziell diskutiert. Der Generalsekretär hat es nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Der Generalsekretär gab keine Information über die Lage. Nichts. Das wurde rausgestrichen. Ein Beispiel dafür: 1986 bin ich selber mal unten in Mosambik gewesen. Ich schrieb einen Bericht. Da sagte Axen: Nein, das kann ich so nicht weitergeben. Ich sagte, Herrmann, tut mir leid, ich kann Dir nichts anderes berichten, so sieht es aus, so

ist die Konterrevolution dort. Daraufhin sagte er: Das gebe ich dem Erich nicht weiter. Dann hat er einen anderen Bericht abgegeben, und ich habe das gesehen. Da habe ich Axen gesagt: Von mir kriegst Du keinen Bericht mehr. Das ist nicht mein Bericht.

Hans-Joachim Döring: Wie erklären Sie sich diese Scheu vor der Realität?

Friedel Trappen: Das weiß ich nicht. Das kann ich wirklich nicht sagen. Es gab diese Realitätsscheu des Erich Honecker. Der hat nicht mehr wahrhaben wollen, was passierte. Ich kann Ihnen nicht sagen, woher das kam. Axen sagte einmal zu mir: »Der regt sich immer furchtbar auf, wenn er so etwas liest. Das kann man doch nicht machen.« Dann haben sie es nicht gemacht. Er wollte das nicht wissen, und er wollte das nicht hören. Daß die Konterrevolution sich im Einmarsch befand, wollte er weder in der DDR noch dort sehen. Wir übersehen, daß gerade die Politik sehr stark mit persönlichen Dingen verbunden ist. Honecker war außerstande, das ordentlich zu handhaben.

Hans-Joachim Döring: Ich möchte gern zur Rolle von Libyen überleiten. Werner Lamberz flog als Sonderbeauftragter des Generalsekretärs im Dezember 1977 nach Libyen und erwirkte Vorabsprachen für ein Drittlandabkommen zwischen den Entwicklungsländern, Lybien und der DDR mit. Was waren Funktion und Inhalt dieses Vertrages?

Friedel Trappen: Das weiß ich nicht. Es war geplant, ja. Aber es ist nichts zustande gekommen.

Hans-Joachim Döring: Das Abkommen ist ratifiziert worden!

Friedel Trappen: Ja, aber ich habe es nicht mehr gesehen.

Hans-Joachim Döring: Es ist am 24. Februar 1978 hier in Berlin unterzeichnet worden. Für die DDR von Lamberz, obwohl es ein Wirtschaftsabkommen war.

Friedel Trappen: Das kann sein, daß das an mir vorbeigegangen ist. Über die Funktion dieses Drittlandabkommens ist mir nichts bekannt. Ich weiß nur, daß wir so eine Absicht hatten. Ich sprach auch mit Lamberz und mit Axen darüber. Ich weiß noch, daß Axen damals ziemlich sauer war, weil Lamberz ihm die Show mit Gaddafi wegnahm. Wir wollten Gaddafi gewinnen, vor allem dafür, daß er einen Teil seiner Reserven für die Unterstützung der anderen Entwicklungsländer einsetzt.

Hans-Joachim Döring: Das heißt Unterstützung für andere über den Umweg Ostberlin, mittels der Finanzierung der Großprojekte der DDR?

Friedel Trappen: Das war der Sinn. Ja, das war die große Idee. Aber ich habe, ehrlich gesagt, das Abkommen nie gesehen.

Hans-Joachim Döring: Haben Sie Kenntnis, ob das Abkommen in Teilen erfüllt wurde und libysches Geld je gezahlt wurde?

Friedel Trappen: Nein, das weiß ich wirklich nicht. Das müßten die Leute der Plankommission wissen. Der Sommer 1977, da ist mir möglicherweise einiges entgangen. Das will ich nicht abstreiten.

Hans-Joachim Döring: Die Libyen-Reisen stehen in Verbindung mit der Bildung der »Kommission für die Entwicklungsländer«. Wie kam es zu ihrer Bildung? Was war ihre Aufgabe?

Friedel Trappen: Die Kommission ist im Politbüro entstanden. Auch gedanklich. Ich weiß nicht, wer den ersten Gedanken hatte. Kann sein, daß auch Lamberz daran gewirkt hat. Das Problem war doch, daß wir beständig Probleme mit den Wirtschaftsleuten hatten. Werner Lamberz machte in den Entwicklungsländern häufig große Versprechungen. Die Wirtschaftsleute sagten, Lamberz habe gut reden, und sie müßten ackern. Mittag paßte das überhaupt nicht. Was Lamberz versprach, mußte Mittag erfüllen oder ausbügeln. Lamberz hatte natürlich bei Honecker einen Stein im Brett. Honecker sagte: Ja, alles gut und prima. Mittag mußte das alles mehr oder weniger auslöffeln. Da kam der Gedanke an eine Kommission auf. Ich glaube, die Bildung wurde von Lamberz angestoßen, und Mittag hat das dann wohl ausgeführt. Eine Kommission unter Leitung von Mittag, in der Hermann Axen drin war und auch Lamberz und natürlich auch die wichtigen Ministerien, die Plankommission und natürlich die Abteilung Internationale Verbindungen. Die Kommission bekam immer Vorlagen. Erst einmal ging die Arbeit von unseren konkreten Reisen aus. Es gab nach den Reisen immer Überlegungen, daß wir da und dort etwas machen könnten. Zum Beispiel gab es in Mosambik das 100 000-Hektar-Projekt. Dieses große Projekt, Urwald zu roden und große Plantagen anzulegen, sollte umgesetzt werden. Honecker sagte nur: Ja, macht mal. Und dann erhielt die Kommission den Auftrag. Die Aufträge wurden vom Büro Mittag über die Wirtschaftsabteilungen an die entsprechenden Ministerien verteilt und die Details dazu erarbeitet. Dann mußten die Minister vor dieser Kommission mit Vorlagen und Terminvorstellungen auftreten.

Das war also eine Kommission, die mehr oder weniger die Aktionen aller Regierungsorgane gegenüber Entwicklungsländern koordinierte.

Hans-Joachim Döring: Wurden die Ausmaße dieses Projektes von den Mosambikanern gewünscht, oder waren das die Vorstellungen der DDR-Leute?

Friedel Trappen: Beides. Im wesentlichen waren das Ideen von unseren Leuten, die aber auf Gedanken der Planung oder den Ideen der mosambikanischen Seite selber beruhten. Es wurde mit ihnen besprochen und abgestimmt, obwohl es da mächtige Lücken gab. Mehrheitlich waren es Objekte unserer eigenen Wünsche. Beim 100 000-Hektar-Projekt weiß ich es genau, denn hinterher haben wir ja die Quittung bekommen, indem wir die Ausrüstungen viel zu früh nach Mosambik geliefert haben. Die Mosambikaner hätten den Urwald schon gerodet haben müssen, hatten aber für das Projekt gar nichts gemacht. Die Ausrüstungen sind im Urwald liegengeblieben. Das sind Millionen gewesen damals, 12 bis 15 Millionen oder mehr.

Hans-Joachim Döring: Es gab die im Sommer 1977 im Politbüro »geheim« ausgerufene Exportoffensive Entwicklungsländer. Wenn ich mich recht erinnere, wurde das am 28. Juli gemeinsam mit dem Kaffeebeschluß gefaßt. Da heißt es u. a.: Wir müssen in den nächsten zwei Jahren für 400 Millionen VM mehr Güter in Entwicklungsländer exportieren. – Wie hieß der schöne Begriff?: »zahlungsbilanzwirksame Maßnahmen durchführen«. War das der Startschuß für die Kommission?

Friedel Trappen: Ja, weil wir doch damals bei Äthiopien in Schulden geraten waren. Das war der Startschuß für Mosambik, für Äthiopien und auch

für andere. Das waren Projekte um die 400 Millionen, die fast ausschließlich auf Regierungskredit liefen. So eine Art HERMES-Bürgschaften. Gleichzeitig waren etliche Millionen, wie z. B. des Solidaritätskomitees, mitbeteiligt.

Hans-Joachim Döring: Wie war das Solidaritätskomitee konkret eingebunden?

Friedel Trappen: Ganz einfach. Wir haben Projekte gemacht. Nehmen wir mal als Beispiel ein Handelsvolumen von 100 Millionen: Wir haben Druckereien errichtet und die Fachleute bei uns ausgebildet. Aber die Kosten hat das Solidaritätskomitee übernommen. Dadurch waren wir natürlich in der Lage, Projekte billiger als andere anzubieten.

Hans-Joachim Döring: Ich habe oft in den Akten Beschwerden über über-
teuerte Angebote der DDR gelesen, von Gaddafi, aber auch von Ministern aus Mosambik und Äthiopien. Die Angebote der DDR scheinen im internationalen Vergleich sehr oft mit überhöhten Preisen verbunden gewesen zu sein.

Friedel Trappen: Das war oftmals so, ja.

Hans-Joachim Döring: Wie erklärt sich das?

Friedel Trappen: Das erklärt sich daraus, daß die DDR in diese Projekte viel investieren mußte, was eigentlich West-Importe waren. Durch diese Devisenaufwendungen wurde vieles wesentlich teurer. Die Eigenkosten der DDR waren ja bedeutend höher. Man darf die geringe Arbeitsproduktivität nicht vergessen. Die DDR mußte zum Teil in ihrem Außenhandel mit Dumpingpreisen arbeiten. Das war auch dort der Fall. Wenn wir technische Ausrüstungen lieferten, waren die zu einem bedeutenden Teil verbilligt. Wenn wir sie zu den Herstellungskosten der DDR abgegeben hätten, wären sie noch teurer geworden.

Hans-Joachim Döring: Aber international waren sie immer noch teurer.

Friedel Trappen: Die waren international relativ teuer, ja. Und deswegen haben wir Leistungen, die normalerweise bei einem solchen Projekt mit übernommen werden müssen, über das Soli-Komitee oder über andere Solidaritätsleistungen abgegolten. Damit konnten wir die Preise etwas niedriger halten.

Hans-Joachim Döring: Man hat demnach auch Spendengelder der Bevölkerung eingesetzt, um ein besonders günstiges kommerzielles Angebot unterbreiten zu können?

Friedel Trappen: Darin haben wir auch nichts Anstößiges gesehen.

Hans-Joachim Döring: Sie persönlich hat der Absturz von Werner Lamberz und Paul Markowski in der libyschen Wüste besonders berührt. Wie wurde dieses Ereignis in ihrer Abteilung aufgenommen?

Friedel Trappen: Das war Wahnsinn! Das war natürlich ein Schock! Mich hat es natürlich ganz besonders getroffen, weil der Paul Markowski für mich gefahren ist. Der rief noch einen Tag, bevor er abreiste, bei mir im Krankenhaus an. Er flog nicht gern. Er hat mir wörtlich gesagt: Das ist das letzte Mal, daß ich für Dich fliege. Und es war auch das letzte Mal.

Ich kann Ihnen sagen, wochenlang war ich nicht mehr zu genießen. Das hat mich furchtbar getroffen. Das war auch ein Schock für den ganzen Parteiap-

parat. Lamberz und Markowski, beide waren eigentlich Hoffnungsträger für die Zukunft. Markowski war ein wunderbarer Mensch, auch sehr gebildet. Wirklich, der konnte was. Es hat uns sehr, sehr getroffen, keine Frage. Die ganzen Gerüchte, die dann aufkamen, erklären nichts. Es war nichts weiter als ein Ergebnis von ausgesprochener Schlamperei, weiter nichts. Ich habe die Berichte von unserem Geheimdienst und auch vom libyschen Geheimdienst gelesen. Als sie dann ankamen, in diesen kleinen Särgen, verbrannt, oh! Leute, ich war auf dem Flugplatz draußen und habe die Särge mit entgegengenommen. Also nein, nein! Das war so bedrückend.

Es war eben wirkliche Schlamperei. Die sind zu Gaddafis Zeltlager gestartet, da wollten sie sich mit ihm treffen oder haben sich mit ihm getroffen. Der Hubschrauber, es war ein »Papillon«, der von einem Offizier gesteuert wurde, der überhaupt nicht darauf vorbereitet war. Denn der richtige Pilot lag besoffen im Bordell. Da mußte ein anderer einspringen. Dann mußte der Hubschrauber schon auf dem Hinflug eine Zwischenlandung machen. Da klappte etwas. Das haben sie mit Draht oder irgendwie zusammengeflochten, sind wieder aufgestiegen und dann bei Gaddafi gelandet. Da haben sie mit ihm gesprochen, und auf dem Rückflug sind sie abgestürzt. Der Hubschrauber ist unglücklicherweise auf die einzige Tür gefallen, wo sie rausgekonnt hätten. Dann ist der Hubschrauber in Flammen aufgegangen, und alle sind kläglich verbrannt. Die Obduktion der Leichen hat ergeben, daß keiner von ihnen durch den Absturz tödlich verletzt worden war. Es waren Knochenbrüche und so etwas, aber keiner von ihnen war tödlich verletzt. Sie sind alle dort lebendig verbrannt. Ich kann Ihnen sagen: furchtbar!

Hans-Joachim Döring: Zufall, Schlamperei, Unglück, vielleicht auch noch andere Dinge und die ungeheure Hektik der aufgebrochenen Afrikabeziehungen der DDR vermengen sich in diesem Absturz ...

Friedel Trappen: Mehreres kommt da zusammen, stimmt, hängt damit zusammen.

Hans-Joachim Döring: Lamberz scheint eine historische Situation gespürt zu haben. Rastlos eilte er umher, um zum einen Mengistus Krise am Horn von Afrika für die Weltrevolution zu meistern und gleichzeitig die DDR aus der Kaffeekrise zu retten.

Friedel Trappen: In dieser ganzen Sache war er rastlos. Da hatte er auch über vieles hinweggeguckt. Mir – und auch dem Paul Markowski – war das dann manchmal ein bißchen unheimlich.

Hans-Joachim Döring: Ein weiteres Thema: Wie kam es zu dieser starken Position von Alexander Schalck-Golodkowski und seinem KoKo-Bereich in den Afrikabeziehungen?

Friedel Trappen: Ich habe mich das auch manchmal gefragt.

Das hing damit zusammen, daß zahlreiche, auch Regierungsbeschlüsse, außerhalb der Norm lagen. Die Beschlüsse erforderten Material, das nicht ohne weiteres in den normalen Regierungsorganen zu beschaffen war. Schalck-Golodkowski spielte ja immer eine Sonderrolle. Der konnte alles Nötige beschaffen, konnte alles mögliche arrangieren. Dann spielte eine Rolle, daß das MfS nun selbst dort in starkem Maße einstieg. Es waren einige Dinge, die einfach

durchgesetzt und durchgedrückt werden mußten, ohne Rücksicht auf Verluste. Der bürokratische Regierungsapparat war langsam, sehr träge. Da bedurfte es schon einiger solcher Leute wie von KoKo, die auch auf den westlichen Märkten zu Hause waren. Manche Dinge mußten wir aus dem Westen beschaffen, die dort eingesetzt werden sollten. Das Ministerium selbst hätte das kaum geschafft. Deswegen ist Schalck dort so stark eingestiegen. Und weil er natürlich einige Reserven an Devisen hatte, über die sonst niemand verfügte.

Später, als ich aus der Abteilung Internationale Verbindungen raus war, habe ich den Devisenverkehr kennengelernt. Da habe ich erst gemerkt, was von Schalck kam, nämlich ein bedeutender Teil der Devisen, die auch die Partei ausgab. Das habe ich vorher überhaupt nicht sehen und nicht beachten können. Da gab es eine ganze Reihe geheimer Wege. Kontakte mußten gehalten und gepflegt werden, die nur über Leute in der Bundesrepublik oder über andere westliche Länder liefen.

Hans-Joachim Döring: Die links-zentralistischen Entwicklungsländer wandten sich an die DDR, weil diese vorgab, einen wirtschaftlichen und erfolgreichen Alternativversuch zu praktizieren, so die Propaganda. Die Eliten der Entwicklungsländer vertrauten der DDR und baten um Unterstützung. Und plötzlich bekamen die ausgewählten und befreundeten afrikanischen Länder für die Kooperation »neuen Typus« mit Entwicklungsländern eine Spezialvariante von Sozialisten als Gegenüber angeboten, die Leute von Ko-Ko. Dieser Bereich und diese Mannschaft zogen aber ihre Kraft und ihre Erfahrung aus dem trickreichen Ausnutzen der besonderen Bedingungen in den deutsch-deutschen Beziehungen mit dem Hauptklassenfeind. Schalck ist zum Krösus geworden, weil er als Kapitalist gegenüber Kapitalisten auftrat.

Friedel Trappen: Sein Einsatz hängt natürlich auch damit zusammen, daß Schalck aufgrund seiner Kenntnisse der kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen den Afrikanern auch Wissen über westliches Handeln, Wirtschaften und moderne Managementmethoden vermitteln konnte.

Hans-Joachim Döring: Sie verstanden Schalck als großen Entwicklungshelfer für Wirtschaftsberatung?

Friedel Trappen: Ja natürlich auch! Die Wirtschaftsberater, die in diese Länder kamen, waren ja zum Teil aus seinem Apparat.

Hans-Joachim Döring: Aufgabe von Schalck war doch, Devisen zu beschaffen.

Friedel Trappen: Nein, in diesem Bereich war es nicht nur seine Aufgabe, Devisen zu beschaffen. Weder in Äthiopien noch in Mosambik, jedenfalls nicht hauptsächlich.

Hans-Joachim Döring: Warum denn dann dieses irrsinnige 100 000-Hektar-Projekt mit dem Ziel, 50 Prozent des Getreideertrages als Futtermittel in die DDR zu liefern? Viehfutter mußte die DDR doch gegen Devisen auf dem Weltmarkt einkaufen.

Friedel Trappen: Ja, oder auch dieses Projekt Moatize, die Steinkohle. Nun gut, das waren solche Projekte, wo wir etwas hätten rausholen können.

Hans-Joachim Döring: Devisenerlös bzw. Devisenablösung war das einzige Motiv, das ich bei Schalck in den Beziehungen zu Entwicklungsländern erkennen konnte.

Friedel Trappen: Damit verbunden war aber die Beratung dieser Länder oder ihrer Führungen, wie man mit diesen Dingen Geschäfte machen kann. Auch mit der DDR.

Hans-Joachim Döring: Das heißt, man hat den Schalck eingesetzt, um sein Wissen vom Weltmarkt den Mosambikanern und Äthiopiern mitzuteilen? Deswegen soll man die Sonderbeauftragten in die Bahn geschickt haben? Warum mußten dann viele – nicht alle, aber viele – der DDR-Spezialisten von Mosambik bezahlt werden? In Moatize wurden zwischen 1 200 und 1 800 US-\$ pro Monat und Mann dem DDR-Konto gutgeschrieben. Hatten Sie davon Kenntnis?

Friedel Trappen: Nein, das wußte ich nicht. Wie die finanziellen Beziehungen zwischen Schalck oder zwischen den Wirtschaftsministerien und den Ländern liefen, das wußte ich nicht. Für mich waren die Leute von KoKo wichtig. Die kamen ja oft zu mir und haben sich mit mir beraten. Ich wußte natürlich, daß deren Aufgabe darin bestand, die Rückzahlung in Waren zu sichern, also Steinkohle und Kaffee. Aber mehr habe ich auch nicht gewußt.

Hans-Joachim Döring: Haben Sie die Protokolle der Gemeinsamen Wirtschaftsausschüsse lesen können?

Friedel Trappen: Nein, die habe ich nicht gelesen.

Hans-Joachim Döring: Da steht drin: Spezialistenentsoldung. Günter Mittag führte im Anschluß an die große Afrikareise von Erich Honecker und einer Staatsdelegation – zu der Günter Mittag gehörte – im Februar 1979 mit Fachministern eine Sonderberatung durch. Da sagte er, etwas salopp wiedergegeben: Jetzt ist Schluß, jetzt werden Gewinne gemacht. Es gibt kein Kleinklein mehr.

Friedel Trappen: Ja, das war dann insbesondere in den letzten Jahren.

Hans-Joachim Döring: 1979 ist ja noch nicht so sehr spät! Das waren noch keine letzten Jahre. Also Gewinne an Stelle von Solidarität?

Friedel Trappen: Mit Mittag lag unsere Abteilung immer im Widerspruch. Das Solidaritätskomitee wollte er einspannen für seine Wirtschaft, die ganze Solidarität. Ich war dagegen und meinte, wir machen Solidarität und trennen die von den Wirtschaftsbeziehungen. Der Solidaritätsfonds wurde von Millionen DDR-Bürgern bezahlt mit ihren Solidaritätsmarken. Das kann doch nicht sein. Ich war furchtbar ärgerlich. Aber Mittag wollte das durchsetzen. Das haben wir oft vereitelt. Da kam er meistens nicht durch.

Hans-Joachim Döring: Trotzdem gibt es gerade in dieser Zeit vorauslaufende oder nachhinkende Gehorsamkeit gegenüber Mittag, indem zum Beispiel das Solidaritätskomitee bei Materiallieferungen für Afrika die Mittel fast ausschließlich für die ökonomischen Großprojekte einsetzte. Auch die Berufsausbildung war kommerzialisiert bzw. mußte vom Solidaritätskomitee übernommen werden.

Friedel Trappen: Das war etwas, was wir nicht verhindern konnten.

Das war nicht in unserem Sinne, muß ich Ihnen ehrlich sagen. Das war eine Sache, wo wir mit dem Regierungsapparat nicht mehr voll übereinstimmten. Ich habe mich dann auch in der Kommission dagegen gewandt. Aber es wurde durchgesetzt. Ich konnte es nicht ändern. Ich habe mir selbst zur Entschuldigung gesagt: Wenn wir jetzt die Ausbildung übernehmen, können wir die Dinge dadurch billiger anbieten und haben einen besseren Absatz. So hat uns das Mittag auch erklärt. Ich habe erst im nachhinein erfahren, daß die Leistungen des Solidaritätskomitees auf der Rechnung als Schulden der Entwicklungsländer erschienen. Das war überhaupt nicht im Sinne des Solidaritätskomitees. Das haben die ökonomischen Bereiche gemacht.

Nein, es gab da immer ein Gegeneinander. Zwischen Politik und Ökonomie war nicht alles harmonisch.

Hans-Joachim Döring: Wie würden Sie die politische Seite der Außenwirtschaft charakterisieren oder einschätzen?

Friedel Trappen: Die politische Seite war die, daß wir die Beschlüsse, die gefaßt wurden, versuchten im Sinne der Stabilisierung z. B. Äthiopiens, der Stabilisierung der sozialistischen und revolutionären Entwicklung zu beeinflussen.

Hans-Joachim Döring: Sie verstanden die Ökonomie nicht binnenwirtschaftlich, sondern als materielle Basis für den gesellschaftlichen Progreß?

Friedel Trappen: Ja, genau so. Das ist gut formuliert. So müßte das gesagt werden. In dem Sinne haben wir versucht, auch von der Abteilung Internationale Verbindungen aus, die ökonomischen Beziehungen zu beeinflussen. Das wurde uns zum Schluß insbesondere von Mittag vorgeworfen.

Hans-Joachim Döring: Die Auseinandersetzung fand auf der Ebene der Kommission für Entwicklungsländer statt?

Friedel Trappen: Ich hatte in dieser Kommission nicht allzuviel zu sagen – Mittag war der Leiter.

Hans-Joachim Döring: Gab es Diskussion?

Friedel Trappen: Nein, es gab kaum Diskussionen. Wir haben manchmal in einer halben Stunde zwanzig Vorlagen durchgejagt.

Hans-Joachim Döring: Auch schon in den ersten Jahren?

Friedel Trappen: Immer. Mittag war da ganz flott: Hat jemand was dagegen? Aus! Fertig! Weg!

Da waren Minister eingeladen, die haben ihre anderen Sitzungen laufen lassen und wurden dann abgekanzelt wie dumme Jungs: Das müßt Ihr noch mal überarbeiten, in 14 Tagen kommt Ihr wieder! Und die Minister: Jawohl, Genosse Mittag! So gingen die da raus. Ich habe manchmal dagesessen und mich geschämt.

Hans-Joachim Döring: Verstehe ich es richtig, wenn ich formuliere: Die Kommission war die Stelle, die versuchen sollte, möglichst viele Devisen aus den Entwicklungsländern zu schürfen.

Friedel Trappen: Ja, natürlich. Das war eine ihrer Aufgaben. Aber zur gleichen Zeit war sie die Kommission, die wiederum auch sichern sollte, daß die ökonomischen Beziehungen oder was wir sonst noch einbrachten, im Sinne der revolutionären Entwicklung liefen.

Hans-Joachim Döring: Mit Mittag an der Spitze ging das doch gar nicht!

Friedel Trappen: Doch! Ich war mit ihm einmal in Algerien, da ist er gar nicht mal so schlecht aufgetreten.

Hans-Joachim Döring: Wurde über militärische Lieferungen in der Kommission gesprochen?

Friedel Trappen: Nein.

Hans-Joachim Döring: Wie wurde entschieden? Wurde per Hand abgestimmt?

Friedel Trappen: Da wurde bloß Vorlage Nummer soundso aufgerufen, und Mittag fragte: Hat jemand etwas dazu zu sagen? Aber ganz schnell, ganz schnell. Meist wurde nicht gefragt. Wenn jemand dagegen war, wurde meistens gesagt: Ist in Ordnung, dann zurück bis zum nächsten Mal. Weg! Oder es wurde gesagt: Setzt Euch mit der Abteilung des ZK in Verbindung und bringt die Vorlage beim nächsten Mal wieder. So war das, so rutsch, rutsch ging das immer.

Hans-Joachim Döring: Und wie hat sich Schalck verhalten?

Friedel Trappen: Schalck hat kaum etwas gesagt.

Hans-Joachim Döring: Die Abteilung Internationale Verbindungen und speziell der Sektor Dritte Welt hat das Solidaritätskomitee der DDR angeleitet, koordiniert und geführt. Welche Funktion kam dem Solidaritätskomitee zu?

Friedel Trappen: Das Solidaritätskomitee war einerseits so eine Art Massenorganisation, wenn man will. Es hatte eigentlich keine Mitglieder, es gab nur diese Leitungsebene und Leitungsstruktur. Aber in der ganzen DDR gab es eine Bewegung. Es wurden Solidaritätsmarken geklebt, und die Erlöse gingen an das Solidaritätskomitee. Gleichzeitig gingen auch von anderen Organisationen, also zum Beispiel von der Volksarmee, vom Innenministerium, von den Gewerkschaften usw. Teile ihres Solidaritätsfonds, den sie alle hatten, ebenfalls als Beiträge an das Solidaritätskomitee. Im Hinblick auf die Beitragszahlung galt das Solidaritätskomitee als Massenorganisation. Aber es war in dem Sinne keine Massenorganisation, weil es keine eigentliche Mitgliedschaft gab. Die Aufgabe bestand darin, in den Kontakten, die wir im wesentlichen vorgaben oder durch eigene Kontakte, zum Beispiel über die APSSO oder die Trikontinental, Solidarität zu leisten.

Hans-Joachim Döring: War das Solidaritätskomitee weisungsabhängig von der Abteilung Internationale Verbindungen?

Friedel Trappen: Nun, nicht weisungsabhängig. Nein, die machten eine eigene Politik. Das Solidaritätskomitee hatte seine eigenen internationalen Verbindungen. Die Aktivitäten, die es entwickelte, die wurden im wesentlichen mit uns abgestimmt. Oder wir haben auch von uns aus Hinweise an das Solidaritätskomitee gegeben.

Hans-Joachim Döring: Wer hat denn die Jahrespläne des Solidaritätskomitees geschrieben?

Friedel Trappen: Das hat das Solidaritätskomitee selbst gemacht, und sie haben sie uns vorgelegt. Wir haben sie uns angeguckt, korrigiert, verändert und dann an die Kommission weitergegeben. In der Kommission war ja das Solidaritätskomitee Mitglied. Das heißt, es wurde zu dem Punkt eingeladen.

Hans-Joachim Döring: Zu zwei Vorgängen hätte ich gern noch Auskunft. Der eine: 1976 wurden für über 106 Millionen DDR-Mark Materialien nach Angola geliefert und aus dem Fonds des Solidaritätskomitees bezahlt. Ich vermute, es werden Waffen für die Kämpfe 1976 gewesen sein, bei denen die Kubaner beteiligt waren, oder?

Friedel Trappen: Das war ein großer Teil, mit Sicherheit. Größere Mengen Waffen wurden auch vom Soli-Komitee bezahlt.

Hans-Joachim Döring: Das Solidaritätskomitee hat diese Lieferungen aber nicht selbst zusammengepackt?

Friedel Trappen: Nein, die haben das bezahlt, und gepackt hat das Militär.

Hans-Joachim Döring: Wo wurde beschlossen, wer zu zahlen hatte? Im Politbüro?

Friedel Trappen: Das wurde meist bei uns im ZK beschlossen.

Hans-Joachim Döring: Der andere verwandte Vorgang: 1981 und 1982 faßte das Sekretariat des ZK der SED unter dem Begriff »Spezielle Solidarität« zwei Beschlüsse. Aus dem Fonds des Solidaritätskomitees sind einmal 21 Millionen und einmal 10 Millionen für den »speziellen Bedarf« entnommen worden.

Friedel Trappen: Das kann so gewesen sein. Ja.

Hans-Joachim Döring: Der Beschluß wurde dem Solidaritätskomitee in der Mauerstraße, dem Sekretariat des Komitees, überstellt, und von dort wurde dann angewiesen, oder wie muß ich mir das vorstellen?

Friedel Trappen: Natürlich, anders ging es nicht. Genau weiß ich es nicht.

Hans-Joachim Döring: Gab es derartige Zahlungen eher gelegentlich oder eher regelmäßig?

Friedel Trappen: Nein, das gab es eher gelegentlich. Das war keine allgemeine Norm.

Hans-Joachim Döring: Eine große Ausnahme war es aber nicht?

Friedel Trappen: Nein, mal wurde es gemacht und dann wieder nicht.

Hans-Joachim Döring: Insgesamt drehte sich sehr viel um die Finanzierung und wenig um Entwicklung. Man spürt das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie.

Friedel Trappen: Die Ökonomie kam der Politik immer in die Quere. Zum Beispiel: Die Lieferungen der Landwirtschaftsmaschinen für dieses 100000-Hektar-Projekt. Diese Maschinen wurden eigentlich fast vorfristig geliefert, obwohl wir wußten, die Voraussetzungen sind in Mosambik noch nicht gegeben. Und warum so schnell? Damit der Kontenstand mit dem Devisenplan im Herstellungsbetrieb stimmte.

Hans-Joachim Döring: Wer hat das so stark gefördert?

Friedel Trappen: Die Ministerien haben das gemacht. Das war doch so: Es wurde ein Beschluß gefaßt, daß ein Projekt zu machen ist. In dem Moment kam es darauf an, wie schnell es ging. Und sowie der Regierungskredit durch war, haben die doch schon am nächsten Tag geliefert, damit sie im gleichen Moment ihren Plan erfüllen konnten. In dem Augenblick, in dem sie geliefert haben, hatten sie auf ihren Konten doch schon die Devisen. Die DDR-Betriebe hatten ihren Plan erfüllt, und das Zeug war erst unterwegs.

Hans-Joachim Döring: In Schönebeck an der Elbe, im größten Traktorenwerk der DDR, gab es dann 1979 Sekt, und in Maputo arbeiten sie heute noch für diese Schulden!

Friedel Trappen: Natürlich, so war das. Genauso war das. Und ich habe damals gesagt: Um Gottes willen, ist die Lieferung schon weg? Das darf doch nicht wahr sein! Da war noch gar nichts vom Urwaldboden umgegraben! Das wußten die! Dann haben wir versucht, das noch hinzukriegen. Aber das war nicht mehr möglich, weil sich in Mosambik die Lage verschlechtert hatte. Das Zeug verrottete im Urwald. Das steht wahrscheinlich heute noch rum: verrottete Maschinen in Kisten.

Hans-Joachim Döring: Welche Rolle spielten die Sonderbeauftragten?

Friedel Trappen: Deren Aufgabe bestand darin, Engpässe auf beiden Seiten zu beseitigen. Engpässe sowohl in der Frage der Realisierung dort unten als auch Engpässe bei den DDR-Lieferungen und in den Betrieben. Wenn nötig, sollten sie einschreiten und die Dinge unbürokratisch lösen.

Hans-Joachim Döring: Das waren dann Kommissare mit Sondervollmachten?

Friedel Trappen: Ja. Sie hatten in Afrika Vollmachten gegenüber den Botschaften und gegenüber den Handelsvertretungen. Und sie hatten auch gleichzeitig Vollmachten gegenüber den ausführenden Organen in der DDR: gegenüber den Ministerien, den Fabriken, den volkseigenen Betrieben. Deswegen konnten sie nur bei Schalck angebunden sein, weil sie damit gewissermaßen Befugnisse des MfS ausführten. Kein anderes Organ konnte das sonst gewährleisten.

Hans-Joachim Döring: Wußte man das in den Betrieben?

Friedel Trappen: Das wußte man. Diejenigen, die mit ihnen zusammengearbeitet haben, wußten das. Denen standen überall sofort die Türen offen. Die brauchten keine Klappkarte zu zeigen, man kannte sie.

Hans-Joachim Döring: Ich komme zu einer recht kritischen Einschätzung der Arbeit der Sonderbeauftragten ...

Friedel Trappen: Sie sahen Ihre Aufgabe darin, die Beziehungen zwischen den ausgewählten Ländern und der DDR maximal im Interesse beider Seiten zu entwickeln. Dabei bekamen sie einerseits Druck, Maximales für die DDR herauszuholen, und andererseits wurden sie von uns gemahnt: Bleibt mal auf dem Boden! Das Maximum ist die Politik, die Politik hat Priorität!

Hans-Joachim Döring: Gab es öfter Gespräche und Debatten über den Vorrang der Politik gegenüber der Ökonomie? In den Akten teilt sich so etwas nicht mit.

Friedel Trappen: Das gab es immer wieder. Deswegen waren die Sonderbeauftragten so oft bei mir. Ich habe oft mit ihnen gesprochen und habe ihnen immer wieder gesagt: Also paßt auf, das Primat hat bei uns die Politik und nicht die Ökonomie.

Hans-Joachim Döring: Können Sie einige positive Beispiele nennen, wo man Ihren Rat befolgt hat und wo er eine Wirkung hatte?

Friedel Trappen: Was soll ich da jetzt sagen? Ich komme wieder auf das 100 000-Hektar-Projekt zurück. Das begann damit, daß das Ganze auf einmal

gemacht werden sollte. 100 000 Hektar gleichzeitig! Da haben wir gesagt: Machen wir doch erstmal statt der 100 000 Hektar ein Projekt von 1 000 Hektar. Laßt das erst einmal anlaufen. Gegen einigen Widerstand wurde erstmals ein kleines Projekt aufgelegt. Und das Projekt von 1 000 Hektar hat geklappt. Das haben sie auch hingekriegt.

Hans-Joachim Döring: Trotzdem wurden die Maschinen geliefert.

Friedel Trappen: Ja. Das habe ich nicht beeinflussen können. Das habe ich auch erst hinterher erfahren.

Hans-Joachim Döring: Man kann den Eindruck gewinnen, die DDR-Führung wollte in Mosambik eine kleine Kronkolonie aufbauen. Vielleicht nicht im harschen Sinne der Portugiesen, aber vielleicht im englischen, so mit Mutterlandfunktion.

Friedel Trappen: Wir haben uns echt verantwortlich gefühlt. Insbesondere Mosambik war eigentlich das erste Land, in dem wir in so starkem Maße eingestiegen sind. Das war für viele von uns und für viele aus den Ministerien faszinierend. Das hängt natürlich auch damit zusammen, ich will Ihnen das mal ganz offen sagen, daß in der DDR viele nicht so oft reisen konnten.

Hans-Joachim Döring: Aktion Fernweh!

Friedel Trappen: Aktion Fernweh! Wie hatten einen riesigen Reiseverkehr nach Mosambik. Das entsprach überhaupt nicht der Normalität der Beziehungen, aber das war so. So kam es auch, daß zum Teil bis zu 1 000 Leute dort waren.

Das war die eine Seite. Die andere Seite war doch die, daß wir auch als DDR rohstoffarm waren und Rohstoffe importieren mußten. In diesen Ländern hatten wir die gute Möglichkeit, gegen Solidarität Rohstoffe zu bekommen, die wir woanders nicht in dem Maße bekommen konnten oder wofür wir woanders Devisen bezahlen mußten.

Hans-Joachim Döring: Für Mosambik oder auch Äthiopien gingen diese besonderen Beziehungen mit Deviseneinbußen einher. Schalck hat Kohle auf dem offenen Meer gegen Devisen verkauft.

Friedel Trappen: Ja, das ist die andere Seite. Das weiß ich. Das war in seinem Programm mit drin.

Hans-Joachim Döring: Mußten Sie es dulden, oder fanden Sie es richtig?

Friedel Trappen: Wir haben gesagt: Na gut, wenn wir die Kohle nicht brauchen oder nicht gleich brauchen können und wir können dafür Devisen beziehen, da soll Schalck machen, was er will. Das ist seine Hochzeit. Kraß gesagt: Für Solidarität, für Hilfe, Entwicklungshilfe nehmen wir mal an, konnten wir Dinge bekommen, für die wir sonst woanders harte Devisen hätten geben müssen, oder konnten dafür sogar Devisen einnehmen. Einmal habe ich meine Bedenken geäußert – gerade mit der Steinkohle. Ob wir da den Mosambikern nicht das Geschäft versauen? Die hätten das selber auch verkaufen können.

Hans-Joachim Döring: Und die Reaktion?

Friedel Trappen: Da hat keiner drauf geantwortet. Sie haben nur mit den Achseln gezuckt. Schalck konnte nichts anderes als nach den Methoden arbeiten, die er auf dem kapitalistischen Markt gelernt hatte.

Hans-Joachim Döring: Das ist ja meine Frage. Warum hat man ihn denn eingesetzt?

Friedel Trappen: Na deswegen. Weil er am meisten rausholen konnte. Ich habe ein paarmal gesagt, wir müßten eigentlich ein paar mehr Schalcks haben.

Hans-Joachim Döring: Aber nicht für die Beziehungen mit den Entwicklungsländern!

Friedel Trappen: Nein, nicht für die Entwicklungsländer. Ich meinte das echt im Sinne, daß wir mit den Kapitalisten besser hätten handeln müssen.

Hans-Joachim Döring: Dr. Trappen, vielen Dank für das interessante Gespräch.

Das Gespräch fand im Büro Bisky, beim Parteivorstand der PDS, statt.

Verzeichnis der Dokumente

<i>Nr.</i>	<i>Titel des Dokuments</i>	<i>Seite</i>
1	Brief von Günter Mittag und Werner Lamberz an Erich Honecker vom 6. Juli 1977. In: BAZ DY 22 187 (Büro Mittag).	306
2	Alexander Schalck: Vorlage für die Kommission des Politbüros des ZK der SED zur Koordinierung der ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der DDR zu Ländern Asiens, Afrikas und des arabischen Raumes vom 24. Januar 1978. Betreff: Aufgabenstellung, Rechte und Pflichten der Sonderbeauftragten der Parteiführung und der Regierung der DDR. In: BAZ DE 1 54880.	312
3	Treffbericht vom 17. Mai 1982, IMS »Henry«. In: Bericht des Schalck-Untersuchungsausschusses. Bundesdrucksache 12/7600, S. 1268f.	315
4	Bericht an die HA XVIII/7 über »... eine Beratung ... zur Auswertung der Reise der Partei- und Staatsdelegation der DDR in die Länder Libyen, Angola, Sambia und Mocambique« vom 10. März 1979, IMS »Henry«. In: BStU MfS HA XVIII 8639.	317
5	Treffbericht vom 15. Mai 1984, IMS »Henry«. In: Bericht des Schalck-Untersuchungsausschusses. Bundesdrucksache 12/7600, S. 1469–1472.	320
6	Bericht über die Verhandlungen mit dem Finanzminister der Volksrepublik Mocambique, Genossen Abdul Magid Osman, zum Abbau des Guthabens der DDR vom 11. Juli 1988. In: BStU MfS AJM 7735/91, Bd. 6, Bl. 16–18.	328

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Zentralkomitee

HAUPT DES ZENTRAKKOMITEES AM MARX-ENGELS-PLATZ · 102 BERLIN · TEL 202-0

MITGLIED DES POLITBÜROS

Günter Mittag +
Werner Lamberz

Berlin, den 6. Juli 1977

Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und
Vorsitzenden des Staatsrates der DDR

Genossen Erich H o n e c k e r

Handwritten signatures and notes:
- "Mittag" (written over the name)
- "Lamberz" (written over the name)
- "Günter Mittag" (written vertically)
- "Werner Lamberz" (written vertically)
- "Honecker" (written vertically)
- "9.7.77" (written vertically)
- "Honecker" (written at the bottom right)

Lieber Erich!

Auch auf diesem Wege möchten wir Dir nochmals erholsame Urlaubstage wünschen.

Wir haben in der Zwischenzeit - entsprechend Deinen Weisungen - an der Lösung einiger Probleme gearbeitet, über die wir Dich gern persönlich informieren möchten.

1. Zur Verwirklichung der Beschlüsse gegenüber Äthiopien und Angola

Mit Äthiopien verlaufen die Dinge recht gut. Genosse Schalk übt eine straffe und sichere Führungstätigkeit aus. Außer normalen organisatorischen Schwierigkeiten äthiopischerseits (die nicht den militärischen Apparat, sondern Teile des Staatsapparates betreffen - sowohl auf Unerfahrenheit wie auch auf bewusste Verlangsamung unserer Beziehungen durch bestimmte Kräfte zurückgeführt werden können) gibt es keine besonderen Probleme. Alle Schiffe sind aus dem Rostocker Hafen mit den vertraglich festgelegten LKW W 50 und einem Teil der nichtzivilen Güter ausgelaufen. Sie befinden sich gegenwärtig zwischen Sardinien und dem Suez-Kanal. Der Transport nichtzivilen Güter auf dem Luftwege erfolgt normal. Rückstände in der Lieferung militärischer Güter unsererseits (Stahlhelme und Munition) werden wir

mit Heinz Keßler klären.

Die äthiopische Seite ist bereit, uns über die vertragliche Festlegung (5 000 t Rohkaffee) hinaus sofort 7 000 t zu liefern. Das ist ein ausgezeichnetes Entgegenkommen und zeigt das eindeutige Vertrauensverhältnis zur SED.

Wir haben Genossen Schalk bevollmächtigt, Verträge bis zu 10 000 t Rohkaffee für 1977 abzuschließen, damit wir durch Gegenlieferungen mit DDR-Waren noch mehr freie Devisen ablösen und unsere Zahlungsbilanz weiter entlasten können.

Die äthiopische Seite hat darum gebeten, im Juli eine Delegation mit einem Mitglied des Militärrates und dem Minister für Handel und Tourismus an der Spitze in die DDR entsenden zu können (Delegation will auch in andere europäische sozialistische Staaten reisen).

ja
Bitten um Deine Zustimmung, daß Delegation in der Zeit vom 22. bis 29. Juli zu uns kommen kann. Es ist zu erwarten, daß Dir eine persönliche Botschaft von Genossen Mengistu übergeben werden soll.

erwähnt!
Äthiopischerseits wurde auch an uns die Bitte herangetragen, Flugzeuge zum Transport von Treibstoff (Addis Abeba - Assad) zur Verfügung zu stellen. Nach Rücksprache mit Erich Mielke empfehlen wir, sowjetische Seite von dieser Bitte zu informieren (über Erich Mielke) und durch uns äthiopischen Genossen mitzuteilen, daß wir über keinerlei Transportflugzeuge dieser Art verfügen.

Halten diese Entscheidung auch aus politischen Gründen für erforderlich, da solche Art von Hilfe mit direkter und offener militärischer Unterstützung gleichgesetzt werden könnte und uns zusätzliche Spannungen mit Somalia und anderen arabischen Ländern bringen kann. Wir nehmen an, daß der Militärrat Äthiopiens sich mit dieser Bitte auch an die Sowjetunion und an die Volksdemokratische Republik Jemen gewandt hat.

Der Führung der VDR Jemen ist es in der Zwischenzeit gelungen, die drei progressiven kämpfenden arabischen Gruppen in Eritrea

zu einer Einstellung der Kampfhandlungen gegenüber Äthiopien zu bewegen.

Was Angola anbetrifft, so hat der Ministerrat der DDR bedauerlicherweise noch keinerlei Entscheidungen getroffen.

Genosse Rauchfuß - der bereits für die Gemischte Regierungskommission DDR/Angola eingesetzt wurde, wurde auch für die Gemischte Regierungskommission DDR/Äthiopien benannt. Operativ leitet natürlich Genosse Schalk in beiden Fällen die Arbeit weiter.

Wir haben veranlaßt, daß in den nächsten 8 - 10 Tagen die Genossen Ramuta, Schlimper, ein Kaffee-, LKW- sowie ein Handels-
experte nach Angola fahren, um alle Vorbereitungen für den schnellstmöglichen Einsatz unserer Arbeitsbrigaden zu treffen.

Wie Du weißt, können wir bei rechtzeitigen und klugem Vorgehen wichtige ökonomische Positionen - einschließlich der gesamten Kaffeelinie - in der VR Angola für uns gewinnen. Parallel zu diesen Maßnahmen erfolgt jetzt die Auswahl der im Rahmen der Brigaden der Freundschaft vorgesehenen Experten.

Wir haben die Absicht, besonders aus den durch die DDR bisher nicht verkauften Handelsbeständen, ein Maximum in Angola abzusetzen, und uns durch flexible Handelsmethoden neue Möglichkeiten für den weiteren Import von Kaffee und damit die Ablösung freier Valuta zu ermöglichen.

Beide Aktionen - nach Äthiopien und Angola - werden - und das zeigen die Reaktionen gegenüber den DDR-Botschaften in verschiedenen anderen afrikanischen Ländern - auf dem ganzen afrikanischen Kontinent und sicherlich auch in vielen anderen Entwicklungsländern, mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Sie werden als ein Ausdruck dessen gewertet, daß die DDR schnell und effektiv den Kampf der Völker um ihre nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung unterstützt.

Wir haben die Absicht, Dir in diesem Zusammenhang bis zu Deiner Rückkehr auch Vorschläge für die weitere Führung der Tätigkeit auf diesem Gebiet zu unterbreiten, ebenso auch Vorschläge für

die Veränderung der Struktur von Solidaritätssendungen, um sie besser in Übereinstimmung mit den ökonomischen Aufgaben und Bedürfnissen der DDR zu bringen.

2. Zum Beschluß über die Produktion und Versorgung der DDR-Bevölkerung mit Kaffee- und Kakaoerzeugnissen

Auch an dieser Problematik wird gemeinsam mit den verantwortlichen Genossen zielgerichtet gearbeitet.

Aufgrund der uns streng vertraulich mitgeteilten Kaffee-Preiserhöhung in der CSSR ab 20. Juli 1977 und der dadurch entstehenden Lage, daß wir im Verhältnis zur CSSR und zur Volksrepublik Polen die niedrigsten Kaffeepreise haben, sowie nach Prüfung verschiedener neuer Möglichkeiten schlagen wir Dir vor:

- a) das Tempo für die Herstellung von Mischkaffee in der DDR zu beschleunigen, so daß bereits ab 1. August für Großverbraucher der DDR (Verwaltung, Armee, Betriebe, Gaststätten der Preisstufe III und II) weitgehend Mischkaffee eingesetzt werden kann.
Ebenso sollte ab Anfang August mit dem Verkauf von Mischkaffee der in attraktiv aufgemachter, werbewirksamer Verpackung angeboten wird, im Einzelhandel begonnen werden. Als Mischkaffeesorte schlagen wir eine Mischung 51 Prozent Kaffee (unter Verwendung von Kaffee aller Sorten) und 49 Prozent Roggen vor. Diese Entscheidung jetzt zu treffen ist sehr wichtig, da dementsprechend die Dosier- und Mischungsmaschinen für die zu errichtende Linie technologisch aufgebaut werden müssen.
- b) ab 25. Juli die Produktion der Kaffeesorste "Kosta" (60.- Mark pro Kilo - 63 Prozent des bisherigen Verbrauchs in der DDR) entscheidend zu reduzieren und die Produktion von "Mona" (80.- Mark pro Kilo - bisher 1 Prozent des DDR-Verbrauchs) bedeutend zu erhöhen.
- c) Die Produktion von "Mokka-Fix" nicht wie im Politbüro-Beschluß vorgesehen, ab 1. Juli einzustellen, sondern weiterzuführen und auf die Produktion von "Mokka-Fix" Gold zu

konzentrieren (pro Kilo 70.- Mark).

Die Mokka-Fix-Linie verkörpert die modernste Technologie, den höchsten Auswertungsgrad des angelieferten Rohkaffees, die größte Einsparung von Arbeitskräften und die längste Haltbarkeit. "Mokka-Fix" sollte - wie bisher - nur in Berlin und Halle angeboten werden.

d) aus diesen neuen Überlegungen ergibt sich, daß bereits ab Anfang August in der DDR folgende Kaffeegetränke-Sorten erhältlich sein werden:

- "Mona" (60 Prozent des Verbrauchs; kg 80.- Mark)
- "Rondo" (15 Prozent des Verbrauchs; kg 70.- Mark)
- "Mokka-Fix" Gold (5 Prozent des Verbrauchs; kg 70.- Mark)
- Mischkaffee (20 Prozent des Verbrauchs; kg 48.- Mark)

e) entsprechend dieser Konzeption würde in Halle die jetzt bestehende Technologie "Mokka-Fix-Linie" in eine kombinierte Linie umgewandelt, auf der sowohl "Mokka-Fix-Gold" als auch Mischkaffee produziert werden kann. Gleichzeitig wird eine parallele Linie aufgebaut, die nur Mischkaffee produziert, um, wie vorgesehen, 1978 den Anteil von Mischkaffee weiter zu erhöhen. Darüber hinaus braucht man unseres Erachtens nach diese Linie, um eine sichere technologische Reserve für die Kaffeeproduktion der DDR zu haben.

K Wenn Du mit diesen Vorschlägen einverstanden bist, würden wir entsprechend dieser Konzeption weiter arbeiten und für die Sitzung des Politbüros in der letzten Juli-Woche eine entsprechende Vorlage vorbereiten, die Dir bei Deiner Ankunft in Berlin sofort vorgelegt wird und die auch die Argumentation für die Grundorganisationen der Partei enthält.

*Zu seinem
späteren
Freizeit*
3. Genosse Markowski hat mitgeteilt, daß der Botschafter der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawien in Berlin sich nochmals an das ZK wandte und darum bat, in den nächsten Tagen eine Antwort zu bekommen, ob Du in der ersten August-Hälfte einen Teil Deines Urlaubs in Jugoslawien verbringen

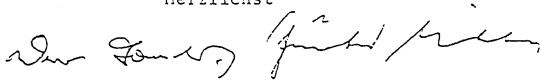
kannst oder zu einem späteren Zeitpunkt diesen Urlaubsaufenthalt wünschst.

Genosse Tito ist bis Mitte August in Jugoslawien und macht anschließend über die Sowjetunion eine Reise nach China. Wegen der Abstimmung der Termine hat er den Botschafter in Berlin beauftragt, mit Dir Kontakt aufzunehmen. Bitten um Deinen Vorschlag, welche Antwort dem Botschafter gegeben werden soll.

Beiliegend zwei Entwürfe für Briefe an den Generalsekretär des ZK der Vereinigten Politischen Organisation Nationale Front, Genossen Abdel Fattah Ismail, und an den Präsidenten der MPLA und der Volksrepublik Angola, Genossen Dr. Agostinho Neto. Beide Briefe entsprechen den Festlegungen, die das Politbüro im Ergebnis der Afrika-Reise getroffen hat. Bitten um Bestätigung der Briefe.

Nochmals alles Gute!

Herzlichst

A handwritten signature in cursive script, likely belonging to Walter Ulbricht, written in dark ink.

Außer uns kennt diesen Brief niemand.

Alexander Schalck

Berlin, 24.01.1978

Vorlage für die Kommission des Politbüros des ZK der SED zur Koordinierung der ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der DDR zu Ländern Asiens, Afrikas und des arabischen Raumes.

Betreff: Aufgabenstellung, Rechte und Pflichten der Sonderbeauftragten der Parteiführung und der Regierung der DDR

Beschlußentwurf: Die Aufgabenstellung, Rechte und Pflichten der Sonderbeauftragten der Parteiführung und der Regierung der DDR werden bestätigt.

[gez.] A. Schalck

Aufgabenstellung, Rechte und Pflichten der Sonderbeauftragten der Parteiführung und der Regierung der DDR

Der Einsatz von Sonderbeauftragten der Parteiführung und der Regierung der DDR in ausgewählten jungen progressiven Nationalstaaten mit sozialistischer Orientierung erfolgt mit dem Ziel, die guten politischen Beziehungen für eine schnelle, kurz- und langfristig wirksame Entwicklung komplexer ökonomischer, wissenschaftlich-technischer und kultureller Beziehungen zu nutzen.

1. Die Sonderbeauftragten unterliegen der Hauptnomenklatur des Sekretariats des ZK. Ihr Unterstellungsverhältnis wird mit dem konkreten Einsatz jeweils gesondert geregelt.
Im Interesse einer einheitlichen und straffen Leitung erhalten die Sonderbeauftragten ihre Weisungen ausschließlich von dem Leiter, dem sie unterstellt sind.
2. Die Sonderbeauftragten sind verantwortlich für die politische und fachliche Leitung der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen mit ausgewählten Ländern mit dem Ziel, kurzfristig bedeutende Ergebnisse für eine allseitige Zusammenarbeit zwischen jungen progressiven Nationalstaaten mit sozialistischer Orientierung und der DDR als einem Land des entwickelten Sozialismus zu schaffen.

3. Ausgehend von Beschlüssen und Entscheidungen der Parteiführung und der Regierung der DDR haben die Sonderbeauftragten folgende Aufgaben zu erfüllen:
 - 3.1. Entwicklung einer kurzfristig wirksamen Zusammenarbeit auf ausgewählten Gebieten mit dem Ziel,
 - der Sicherung des Importes wichtiger ausgewählter landwirtschaftlicher und mineralischer Rohstoffe sowie anderer Landesprodukte durch den Abschluß von Vereinbarungen zur Bezahlung der Importe der DDR mit Lieferungen von DDR-Exporterzeugnissen;
 - der schnellen Erreichung hoher Marktanteile, die die DDR zu einem wichtigen Außenhandelspartner des Gastlandes werden lassen;
 - der Realisierung KD-wirksamer Kredite in für die Zahlungsbilanz der DDR nützlichen Formen aus den Entwicklungsländern, die über bedeutende Devisenreserven verfügen.
 - 3.2. Entwicklung einer langfristigen Zusammenarbeit auf ausgewählten Gebieten mit dem Ziel,
 - die Versorgung der DDR mit Rohstoffen, Erzeugnissen der tropischen Landwirtschaft u. a. für die Volkswirtschaft der DDR notwendigen Erzeugnissen langfristig zu sichern;
 - den Absatz für die Hauptexportlinien der DDR langfristig zu gewährleisten;
 - eine hocheffektive Struktur des Warenaustausches zu erreichen;
 - neue weitergehende Formen der Zusammenarbeit in der Produktions- und Zirkulationssphäre für stabile Außenhandelsbeziehungen zu nutzen.
 - 3.3. Koordinierung des Gesamtkomplexes der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen mit dem Partnerland zur Sicherung der vorrangigen Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit auf der Basis der Beschlüsse der Parteiführung und der Regierung der DDR.
 - 3.4. Beratung und Abstimmung mit dem Botschafter über die maximale Nutzung guter politischer und ideologischer Beziehungen für optimale und effektive ökonomische Ergebnisse der Zusammenarbeit.
 - 3.5. Schwerpunktmäßige Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse und Festlegungen, die die Beziehungen zu den ausgewählten Ländern betreffen, in den jeweils verantwortlichen Staats- und Wirtschaftsorganen in der DDR und deren Einrichtungen im Einsatzland.
Nutzung ständiger Kontakte mit den jeweiligen Staats- und Wirtschaftsorganen im Einsatzland, um Einfluß auf die Erfüllung dieser Beschlüsse und Festlegungen zu nehmen.
 - 3.6. Herstellung und Pflege ständiger enger persönlicher Kontakte zur Partei- und Staatsführung und wichtigen Persönlichkeiten des Einsatzlandes zur Sicherung der Erfüllung der Aufgabenstellung.
 - 3.7. Ausarbeitung und Verhandlung von Abkommen und Vereinbarungen zur Durchführung und Sicherung der Aufgaben oder Unterbreitung von entsprechenden Vorschlägen.

- 3.8. Teilnahme an allen wichtigen Beratungen und Verhandlungen mit bevollmächtigten Vertretern und Delegationen des Einsatzlandes, wie Beratungen des Gemischten Wirtschaftsausschusses, Abkommensverhandlungen usw.
4. Zur Durchführung der Aufgaben erhalten die Sonderbeauftragten folgende Befugnisse:
 - 4.1. Die Sonderbeauftragten sind berechtigt, unmittelbar in den Staats- und Wirtschaftsorganen an Beratungen teilzunehmen, Auskünfte einzuholen und Unterlagen einzusehen.
 - 4.2. Die Sonderbevollmächtigten arbeiten eng mit den Botschaftern der DDR zusammen und informieren sie über ihre Aufträge und Aktivitäten. Die Botschafter sind verpflichtet, dem Sonderbeauftragten jegliche Unterstützung zur Erfüllung ihrer Arbeiten zu gewähren.
 - 4.3. Die Sonderbeauftragten sind zur Erfüllung o.g. Aufgaben weisungsberechtigt gegenüber den Handelsräten und Leitern der HPA sowie allen anderen im Auftrage der für die Aufgaben der Sonderbevollmächtigten verantwortlichen Minister oder ihrer nachgeordneten Organe kurz- oder langfristig im Einsatzland befindlichen DDR-Bürgern (Mitarbeiter der HPA und der technisch-kommerziellen Büros, WTZ-Berater und Spezialisten, Dienstreisende, Bau- und Montagestäbe).
 - 4.4. Die Sonderbeauftragten sind zur Erfüllung o.g. Aufgaben weisungsberechtigt gegenüber allen weiteren im Einsatzland tätigen DDR-Bürgern, deren Einsatz im Zusammenhang mit der Entwicklung der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit steht. Ausgenommen davon sind Parteibeziehungen.
 - 4.5. Die Sonderbeauftragten sind berechtigt, Informations- und andere Telegramme durch Inanspruchnahme des Funkverkehrs der Botschaft direkt an den Vorsitzenden der Kommission des Politbüros sowie den jeweils übergeordneten Leiter zu senden.

In den Verteiler sind die zuständigen Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und für Auswärtige Angelegenheiten sowie der Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission aufzunehmen.
Alle Chiffretelegramme sind vom Botschafter gegenzuzeichnen.
5. Die Verantwortung für die Erfüllung der Beschlüsse von Partei und Regierung durch die zuständigen Staatsorgane, VVB, Kombinate, Betriebe und ihrer Vertreter im Ausland, bleibt durch den Einsatz der Sonderbeauftragten unverändert.
6. Die Sonderbeauftragten haben mit den Genossen, die für die Abwicklung nichtziviler Lieferungen der DDR zuständig sind, enge Arbeitsbeziehungen herzustellen. Sie haben diese Genossen bei ihrer Arbeit zu unterstützen und, soweit keine anderen Weisungen dem entgegenstehen, sich gegenwärtig zu informieren.

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der kommerziellen Abwicklung nichtziviler Lieferungen ist mit dem höchsten ökonomischen Nutzeffekt zu realisieren.

Erfausswertung:

z. B. Hinweis auf Inhalt der Berichterstattung, entspricht Auftrag der Einsatzrichtung, Verhalten des IM, Anzeichen von Unehrlichkeit/Unzuverlässigkeit / Detektion, op. Wert und Objektivität der Berichterstattung, Verwertung der erarbeiteten Informationen, ideologische Probleme, erzieherische Maßnah- men, Zuwendungen)

Zuma IM: ist bereit, mit unserer DE zusammen zugehen
Schwerpunkt: - personenbezogene Arbeit
Deckung des Informationsbedarfs wird von Fall zu Fall entschieden;

Mosambique: benötigt dringend Panzerabwehrmittel; in größeren Teilen Mosamb. Bandenaktionen; H. Schalk: "Grenzab. bekommt solche Waffen nur gegen UD. Es geht primär um die Existenz der DDR";

Waffenlieferungen: Klerwin: PLO; Nordgerman: Nijwa;
die in "AMES" wird jetzt auch in 'Trakt aktiv.
) IM wird Kontakt mit zentraler Waffenkammer in USW
zurückdrängen → zu risikoreich; Fünf: hat durch IM
Kaufpreis des "Damm-Lo-Benz-Kleber" über
1.000 Mpi's übergeben; (wie kommt Fünf zu der Kaufprez:
weder weiß Fünf das der IM verantwortlich ist?)

WPH Magato, Mosambique: Campen soll bis Ende 1985 seinen Auslandsvisa
beendet haben; Seifert soll Nachfolger werden;
Seifert hatte zu "FT 82" Kontakt. in dieses Verhältnis
Zug Koko - Sekretärin Kalam.

Mosca soll Kontaktgebiet von Tanderwitz übernehmen;
in der Käuferliste des IM gibt es einige Unklarheiten;

Neuer Auftrag und Verhaltenslinie (Familienverhältnisse: gebil. Arbeit; U. b. u. v.)
- da IM wird die Kaufprez von Fünf zu klären;

Bemerkungen des Dienstvorgesetzten

Hauptabteilung XVIII/7

Leipzig, 10. März 1979

Treff: 8. März 1979

IMS: »Henry«

IMK: »Berg«

Zeit: 15.00–18.00 Uhr

entgegenen.: Major Höfner

Bericht

Am 7. März 1979 fand bei Genossen Dr. Mittag eine Beratung statt zur Auswertung der Reise der Partei- und Staatsdelegation der DDR in die Länder

Libyen
Angola
Sambia und
Mocambique.

An der Beratung nahmen teil:

Gen. Rauchfuß
Gen. Schürer
Gen. Weiß
Gen. Steeger
Gen. Kurig
Gen. Siebold
Gen. Singhuber
Gen. Schalck
Gen. Beil
Gen. Sölle
Gen. Clausnitzer
Gen. Albrecht und
Gen. Uhlig.

Zur Beratung stand der Plan der ökonomischen Hauptmaßnahmen in Auswertung der Reise der Partei- und Staatsdelegation unter Leitung von Genossen Erich Honecker in die genannten Länder. Genosse Mittag erläuterte, daß es das Ziel der Beratung sei, die anwesenden Minister persönlich einzuweisen in die wesentlichen Ergebnisse auf ökonomischem Gebiet und die für die Zukunft zu lösenden Aufgaben. Er schilderte kurz gefaßt die wesentlichen Ergebnisse auf ökonomischem Gebiet und sprach zu einigen Schlußfolgerungen.

Für das Land Libyen besteht die kommende Aufgabe im wesentlichen darin, alle Möglichkeiten des Handels mit Libyen auszuschöpfen und die vereinbarten Dokumente mit Leben zu erfüllen. Nach seiner Auffassung muß man den Handel mit Libyen so betreiben, wie mit einem x-beliebigen kapitalistischen Land, da noch keine Voraussetzungen zu weitergehenden Vereinbarungen bestehen.

Was Angola betrifft, so stellt sich die Lage anders dar. Auf Grund der Gemeinsamkeiten in Politik, Ideologie und auch in der Ökonomie ist ein stärkeres Engagement der DDR erforderlich, vorrangig in Hinblick auf die Sicherung der Rohstoffversorgung der DDR.

Der zur Beratung anstehende Maßnahmeplan legt dazu eine Reihe von konkreten Schritten fest. Genossen Mittag ging es in seinen Ausführungen nochmals darum, das prinzipiell andere Herangehen gegenüber bisherigen Vorgehen darzulegen; nicht mehr schlechthin auf Export und Import zu orientieren, sondern auf eine direkte Beteiligung in angolanischen Betrieben, auf eine direkte Beteiligung von Kombinat und Außenhandelsbetrieben der DDR an der Rohstofferkundung/Rohstofferschließung in Angola.

Er sprach sich dafür aus, die Spezialisten nicht mehr, wie bisher über Limex in diese Länder zu entsenden und dafür ein monatliches Gehalt von 1 500,- oder 2 000,- Dollar zu kassieren, sondern die Spezialisten als Leitungskader direkt in der Produktion, in Betrieben, Bergbaueinrichtungen u.ä. für die DDR interessanten Objekten einzusetzen, so daß sie dort die Produktion organisieren und wir uns an dem Gewinn und an den Produkten beteiligen und dadurch die Rohstoffversorgung der DDR sichern und unsere Beziehungen bedeutend enger gestalten als bisher.

Dazu sind Einzelheiten und Maßnahmen auszuarbeiten auf der Grundlage des Beschlusses, der nach der Verabschiedung in dem genannten Kreis dem Sekretariat des ZK zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Was Sambia betrifft, so schätzte er ein, daß durch den Besuch neue Möglichkeiten eröffnet wurden. Bisher war der Handel mit Sambia gering, während des Besuches wurden eine Reihe prinzipieller Vereinbarungen unterzeichnet, damit besteht die Grundlage, auch hier über Berater und den direkten Einsatz von DDR-Kadern in sambischen Bergbau-Betrieben o.a. Industriebereichen einen stärkeren Einfluß zu gewinnen und diesen Einfluß für den Absatz unserer Erzeugnisse und falls Möglichkeiten dazu im einzelnen noch herausgearbeitet werden können, auch für die Rohstoffversorgung wirksam zu machen.

Längere Ausführungen machte er zu Mocambique. Er ging davon aus, daß die Genossen des Politbüros, die an der Reise beteiligt waren, in Mocambique den Eindruck gewonnen haben, daß hier die besten Voraussetzungen von allen besuchten Ländern vorhanden sind, um eine stabile Entwicklung in Richtung auf die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft zu gewährleisten. Die Genossen schätzen ein, daß die Führung der FRELIMO, die Führung der VR Mocambique die beste Gewähr dafür bietet, daß der begonnene Weg in Richtung auf die Schaffung sozialistischer Verhältnisse fortgeführt und bis zu Ende gegangen wird. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, daß man sich

über die bereits begonnenen Gebiete hinaus noch stärker in der Wirtschaft von Mocambique engagiert.

Das betrifft solche Gebiete, wie

Erdgas

Steinkohle

Kupfer

Dantalerz (ph.)

Halbedelsteine u. a.

Genosse Mittag sprach sich dafür aus, daß die DDR sich direkt an einer Paritätischen Leitung dieser Betriebe beteiligt und die Betriebe praktisch gemeinsam mit der VR Mocambique in Form von gemischten Produktionsgesellschaften oder anderen geeigneten Formen leitet, daß man sich an dem Gewinn der Betriebe beteiligt und daß die Hälfte der erzeugten Rohstoffe in die DDR exportiert wird. Auf diesem Weg wird es auch möglich sein, in einem längerfristigen Zeitraum die Zahlungsbilanzprobleme auszugleichen und vom jetzigen Aktiv-Saldo der DDR zu einer ausgeglicheneren Zahlungsbilanz zu kommen.

Gleiches gilt für das Gebiet des Fischfangs, sowohl für Angola als auch für Mocambique; der Genosse Udo Lange erhielt den Auftrag, ein Konzept auszuarbeiten, Delegationen unter Leitung von Stellv. Ministern in diese Länder zu entsenden mit dem Ziel, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fischfangs wesentlich auszubauen, mit unserer Flotte dort unten zu fischen, Fischmehl zu produzieren, u. a. für die DDR interessante Formen der Zusammenarbeit schnell und zügig zu entwickeln.

Für das Gebiet der Landwirtschaft legte er fest, daß Genosse Kurig eine Delegation nach Mocambique unter Leitung des Stellv. Ministers schickt, um auch auf diesem Gebiet die Zusammenarbeit zu intensivieren. Das Land ist groß, nur dünn besiedelt, die VR Mocambique ist bereit, für gemeinsame Landwirtschaftskomplexe der DDR große Flächen zur Verfügung zu stellen mit dem Ziel, gemeinsam landwirtschaftliche Rohstoffe zu produzieren und diese für Mocambique und für die DDR zu nutzen. Er betonte ausdrücklich, daß es dabei um Projekte in Größenordnungen gehen müsse, nicht um klein, klein.

In den Gesprächen zwischen Genossen Erich Honecker und Genossen Machel [Name ist handschriftlich ergänzt] habe dieser Teil der Zusammenarbeit eine wichtige Rolle gespielt. Es sei davon gesprochen worden, einen gemeinsamen Generalstab zu schaffen zur Ankurbelung der ökonomischen Entwicklung im beiderseitigen Interesse und zum beiderseitigen Vorteil.

Es wurde festgelegt, daß in der DDR und in der VR Mocambique ein besonderes Leitungssystem aufzubauen ist, das die gesamte Koordinierung und Steuerung des Entwicklungsprogramms Mocambique in die Hand nimmt und direkt und unmittelbar leitet. Die Verantwortlichkeit dafür liegt bei Genossen Alex Schalck.

gez.: »Henry«

Berlin, 16.5.1984

Arbeitsgruppe BKK

Treff: 15.05.1984

IMS: »Henry«

Ort: Wohnung des IM

Zeit: 19.30–23.30 Uhr

Kö.

Treffvermerk

Da die IMK »Tulpe«, die sonst für Treffs mit dem IM genutzt wird, z.Z. nicht nutzbar ist, wurde der IM gefragt, ob er eine andere Möglichkeit für einen Treff sieht. Der IM schlug daraufhin vor, sich in seiner neuen Wohnung zu sehen. Während des Treffs war die jüngste Tochter des IM und sein Sohn anwesend. Der Sohn schlief jedoch in seinem Zimmer. Die Tochter bereitete für alle 3 Anwesenden das Abendbrot und der op. Mitarbeiter stellte sich ihr gegenüber als Schröder vor.

Zeitlich lief der Treff wie folgt ab. Von 19.30–20.15 Uhr wurde Abendbrot gegessen und dabei im Fernsehen die Nachrichtensendung verfolgt. Der IM schaltete dabei um 20.00 Uhr auf die »Tagesschau« um, von 20.15 – ca. 21.30 Uhr wurde die Sauna im Keller benutzt und von 21.30–23.30 Uhr fand ein Vier-Augen-Gespräch im Wohnzimmer des IM statt.

Nach dem Abendbrot zeigte der IM dem op. Mitarbeiter alle Zimmer seines neuen Hauses und erläuterte ausführlich die Einrichtungsgegenstände und den Verwendungszweck der jeweiligen Zimmer. Im Keller befindet sich ein Hobbyraum, der z.Z. noch leer war und der IM äußerte, daß er angeblich nicht wüßte, was er mit diesem Hobbyraum anfangen soll bzw. was er hineinstellen soll. Der op. MA antwortete, daß der ehemalige DDR-Bürger Schuster ja ein ähnliches Haus gehabt hätte und daß in diesem Raum ein exqu. Home-trainer stand und eine Liege zum Ausruhen. Der IM ging auf diese Gesprächs-richtung nicht ein und zeigte anschließend weitere Räume des Kellerschosses, d. h. die Garage, den Heizungsraum, den Vorratsraum usw. In einem der Kellerzimmer machte der IM den op. MA darauf aufmerksam, daß sich an der Wand dort der Telefonanschluß befindet u. an der gegenüberliegenden Wand der elekt. Sicherungskasten hängt. Über diese Bemerkung des IM wurde durch den op. MA desinteressiert hinweggegangen.

Bei dem Rundgang durch das Haus war offensichtlich, daß für den IM zwar jetzt ausreichende Räumlichkeiten vorhanden sind, aber das Mobiliar fehlt. Der IM äußerte mehrfach, daß die Inneneinrichtung viel kostet und daß ihm dazu das notwendige Geld fehlen würde.

Anschließend zeigte der IM, wer in seiner unmittelbaren Nachbarschaft wohnt. Gegenüber vom Haus des IM war der 1. Sekr. der Kreisleitung des MfS anwesend.

Daneben wohnt ein weiterer Genosse des MfS. Der Kombinatdirektor des PCK Schwedt wird in Kürze unmittelbar neben dem IM bzw. in nicht weiter Entfernung einziehen. Das Grundstück an der Rückseite des Hauses vom IM wurde vor kurzem durch die Fa. gartentechnisch instandgesetzt, so lautete die Äußerung des IM. Daraufhin sagte der op. MA, daß ja dann dort auch ein Genosse des MfS einziehen wird. Der IM stutzte und sagte, daß er gelesen hat, daß Firma ein Begriff sei, den die CIA für sich selber verwenden würde, er hätte eigentlich die Gartenbaufirma mit seiner Äußerung gemeint. Als der op. MA daraufhin erwiderte, daß er den Begriff »Firma« schon lange kennen würde, sagte der IM, na dann wird das wohl Geheimdienstjargon sein. Von den Gesprächen während des Saunabesuches sind folgende Aussagen des IM von Interesse.

Das Schiff mit den speziellen Erzeugnissen für Nicola wurde umgeleitet und soll jetzt vor der jugoslawischen Küste die Ware an ein anderes DDR-Schiff übergeben. Der Staatssekretär Schalck hatte die Information (AG BKK) sofort an den IM mündlich weitergegeben. Der IM wollte als Rückendeckung eine Kopie dieser Information erhalten, dies wurde jedoch zunächst von der Genn. Brachhaus abgelehnt. Der IM besitzt jetzt jedoch das Original und keiner fragt mehr nach dem Verbleib dieser Information. Der IM hatte bei diesem Vorgang der Schiffsumdirigierung den Eindruck, daß der Staatssekretär Schalck irgendwie Hemmungen o.ä. hatte. Über die konkreten Ursachen dafür konnte der IM jedoch angeblich nichts berichten. Der IM vermutet, daß Nicola an dem geplatzten speziellen Geschäft, das durch die Westpresse ging, beteiligt ist. In der Zwischenzeit hat sich Nicola auch gemeldet und es werden in der Perspektive die zu klärenden kommerziellen Fragen geregelt.

Anschließend äußerte der IM, daß seine Spione ihm mitgeteilt hätten, daß Mocambique kurz vor dem Eintritt in den Internationalen Währungsfonds steht und der IM als Praktiker will sich nun bei Wissenschaftlern erkundigen, welche Konsequenzen damit verbunden sind. Er wandte sich an Gen. Stier von der HfÖ und dieser empfahl ihm einen Assistenten. Damit dieser Assistent auch die notwendigen Vorkenntnisse hat, die er für eine qualifizierte Aussage benötigt, will der IM ausgewählte VS-Materialien über Mocambique diesem Assistenten zu lesen geben. Da der Assistent z. Z. nur VD-verpflichtet ist an der HfÖ, wollte der IM im Bereich Koko eine zeitweilige VVS-Verpflichtung erreichen. Die Kaderleiterin, Genn. Schreier, lehnte das ab, da die Kaderakte über den Assistenten nicht vorhanden war. Der Sicherheitsbeauftragte, Gen. Meier, stimmte Genn. Schreier zu, half dem IM aber auch nicht, dieses Problem konstruktiv zu lösen. Ebenso destruktiv verhielt sich die VVS-Stelle des Bereiches Koko. Da dem IM aber an einer inhaltlichen Lösung des Problems gelegen ist, läßt er jetzt den Assistenten inoffiziell diese VVS-Materialien lesen und nimmt somit das Risiko auf seine eigene Kappe.

Anschließend brachte der op. Mitarbeiter das Gespräch auf die Parteiverammlung, die anlässlich der Disziplinverstöße durch Freitag und Kronenber-

ger durchgeführt wurden. Dem IM wurde mitgeteilt, daß der op. MA nur positive Meinungen zu dem Diskussionsbeitrag des IM gehört hätte und daß der Diskussionsbeitrag des IM als einziger erwähnenswerter Diskussionsbeitrag eingeschätzt wird. Der IM war davon sichtlich geschmeichelt und äußerte im Verlauf dieser Parteiveranstaltung folgendes:

Der Staatssekretär Schalck bat den IM vor der Versammlung, einen Diskussionsbeitrag zu halten und Gen. Schalck und Gen. Seidel in der Auseinandersetzung zu unterstützen. Gen. Schalck informierte in diesem Vorabgespräch den IM zu wesentlichen Momenten der Disziplinverstöße der Gen. Freitag und Kronenberger. In der PV wurde allerdings nicht offen gesagt, was die Genossen Freitag und Kronenberger falsch gemacht hatten. Die Diskussion blieb dadurch auch hinter den Erwartungen zurück, da ja die meisten Anwesenden Gen. nicht über genügend Hintergrundwissen verfügten. Der Mitarbeiter Kopmann, der laut IM sonst eigentlich immer weiß, wo er sich parteilich hinzustellen hat, sagte, daß er ohne Hintergrundwissen keine Diskussion durchführen kann. Der IM ging dann auf Kopmann etwas näher ein und sagte, Kopmann lebt bestimmt nicht schlecht, er ist ja jetzt an seiner Einrichtung der Datsche sehr stark interessiert und aktiv, aber er hat eben auch fachliche Verdienste, die diesen Lebensstandard rechtfertigen. Zurückkommend auf die o.a. PV sah sich Gen. Schalck genötigt, in die Diskussion einzugreifen und sie anzukurbeln. Der IM, der ebenfalls mit dem Verlauf der PV (Stellungnahme der Parteileitung, Stellungnahme der Gen. Freitag und Kronenberger) nicht einverstanden war, äußerte sich sehr impulsiv und gefühlsbetont. Im nachhinein konnte der IM feststellen, daß mehrere Genossen dem IM unter vier Augen versicherten, daß sein Diskussionsbeitrag parteilich und inhaltlich richtig war. Der IM ist der Auffassung, daß eigentlich die falsche Toleranz und die fehlende Konsequenz des Gen. Seidel zur Debatte stand, dies jedoch nicht angesprochen wurde. Der IM vertritt die Auffassung, daß Gen. Seidel heute noch auf den IM sauer ist, weil dieser einen derartigen Diskussionsbeitrag in dieser PV gehalten hat. Auch Gen. Schalck hat bis heute noch nicht wieder mit dem IM über dieses Problem gesprochen, obwohl er in der Vergangenheit ähnliche Sachverhalte mit ihm erörtert hatte.

Im Zusammenhang damit, daß im Bereich Koko materielle und finanzielle Anerkennungen nicht nach dem Leistungsprinzip, sondern nach der Stellung zur Leitung des Bereichs Koko verteilt werden, kam der IM auch auf den Mitarbeiter Petrick zu sprechen. Der IM äußerte sich empört über Verhaltensweisen von Petrick, der ja nichts weiter macht als Fernseher zu reparieren. So verwies der IM z. B. darauf, daß bei der Einstellung von Petrick im Bereich Koko ihm bekannt wurde, daß Petrick sich privat einen »Peugot« [!; im Typoskript steht: »Pigot«; handschr. ersetzt] gekauft hatte. Später hörte der IM von Petrick, daß sich dieser für 50 000,- M Einrichtungsgegenstände für die Wohnung beschafft hatte. Der IM empörte sich des weiteren darüber, daß Petrick großspurig seine Bungalowsauna zum Pilzetrocknen nutzt.

Der IM kam auch auf den neuen Kader für seine Abt. Handelspolitik zu sprechen, dieser Kader heißt Geist, Michael und hatte vor kurzem bei der Beredigung der Schwiegereltern Kontakt zu dem in der BRD lebenden Schwager

(RF vor mehreren Jahren). Geist meldete den Kontakt ordnungsgemäß im Betrieb, darüber war der IM erfreut. Angeblich soll der IM gegenüber Geist geäußert haben, daß eigentlich nicht dieser gemeldete Kontakt interessant ist, sondern wie sich die ganze Sache weiter entwickelt, dies sei von Interesse. Geist selbst wird von dem IM als zuverlässiger, offener und ehrlicher Genosse eingeschätzt.

Nach dem Saunabesuch wurde das Gespräch im Wohnzimmer des IM fortgesetzt. Dabei kam das Gespräch auch darauf, daß neuerdings die Geschäfte des IM mehrfach Gegenstand westlicher Veröffentlichungen waren, z. B. vor 2 Wochen dieser Artikel mit der Überschrift »Die Blutspur führt in die DDR«. Der IM mußte sofort prüfen, ob tatsächlich mit diesem Waffenhändler Geschäfte gemacht wurden. Dies war jedoch nicht der Fall, angeblich auch nicht bei der Fa. Forgber. Der IM ist der Auffassung, daß hier einer mit falschen Karten spielt und zinkt. Die Information, die der IM erarbeitet hatte, ging sofort über Gen. Schalck an Gen. Mielke und der IM bemerkte in dem Zusammenhang, daß es eine des öfteren gebrauchte Redewendung von Gen. Schalck ist, eine Kopie an Günter Mittag, eine Kopie an den Minister. Alle Anwesenden wissen dann, welcher Minister gemeint ist. Von dem op. MA wurde noch einmal auf den o.a. Artikel zurückgekommen und geäußert, daß die Sache ja dadurch brisant war, daß ein Zusammenhang zum Papstattentat hergestellt wurde. Der IM sagte dazu, daß er der Auffassung sei, daß der Papst inzwischen genug Schaden angerichtet hätte und man müßte ihn, ohne Spuren zu hinterlassen, verunglücken lassen.

Der IM sagte dann, daß die westlichen GD genügend Geld und Macht haben, um ihre Aktionen auch mit hoher Wirksamkeit durchzusetzen. Er beschäftigt sich schon seit vielen Jahren mit der dazu erscheinenden Literatur und durch seine eigenen Erfahrungen während seines Griechenlandsinsatzes hat er gemerkt, daß dies nicht nur Theorie ist, sondern Praxis, was dort über die Geheimdienste und ihre Arbeitsweise veröffentlicht wird. An dieser Stelle hakte der op. MA ein und sagte, daß die westlichen GD nicht nur Geld für solche Aktionen haben, sondern auch entsprechend rigoros und rabiat vorgehen, sie kennen eben keine moralischen Schranken. Auf diese Äußerung ging der IM nicht weiter ein, sondern kam wieder auf die Geldproblematik zu sprechen. Er sagte, daß die GD Geld haben, um eine gezielte Manipulation der Massen durchzuführen, dies sei ein wesentliches Gebiet für Geheimdienstaktivitäten, damit werden Geheimdienstoperationen ideologisch vorbereitet und anschließend auch entsprechend ausgeschlachtet. Dies können wir bei uns nicht. Er führte dann dazu Beispiele an, indem er mehrere renommierte westliche Zeitungen nannte und sagte, wer steht denn dahinter, das sind doch die GD. Im weiteren Verlauf des Gespräches ergänzte der IM, indem er Beispiele vom Rundfunk hinzufügte, er sagte, als ich anfangs nach der Iranischen Revolution in Teheran saß, mehrere Wochen und aufgrund der Gefährdung nicht auf die Straße gehen konnte, hatte ich genügend Zeit und dort bekommt man ja Radio Berlin nur bei schönem Wetter, aber alle großen westlichen Radio-Stationen wie Voice of America, BBC London und weitere *kann man*

[handschr. ergänzt] einwandfrei auf Kurzwelle zu empfangen. Uns fehlt einfach das Geld, um hier weltweit über Radio wirksam werden zu können.

Der IM brachte dann ein weiteres Beispiel, er sagte, wenn z. B. unsererseits das Interesse bestehen würde, den Staatsmann Nimeri zu stürzen, so könnte er durchaus Kontakte zu entsprechenden Leuten vermitteln, Waffen über seine Fa. beschaffen und dann hört es aber auch schon auf, weil bei uns das Geld einfach für solche Operationen nicht vorhanden ist.

Vom op. MA wurde daraufhin erwidert, daß wir eben insgesamt doch ein kleines Land sind und uns auch dementsprechend auf Maßnahmen beschränken, wo wir reale Möglichkeiten sehen und auch die notwendigen Potenzen besitzen.

Der IM war jedoch anderer Meinung und entgegnete, daß dies der op. MA bestimmt falsch sehen würde, obwohl letztendlich nur die Supermächte USA und die SU die entsprechenden materiellen und finanziellen Beziehungen für Großaktionen haben. Er nannte als weiteres Land China und zunehmend auch Japan. Der IM sagte, daß der legendäre Mischa von der HV A im Westen bestimmt deshalb berühmt ist, *nicht* weil er kleine Operationen macht, sondern weil er eben kräftig im Weltgeschehen mitmischt. 1979 soll Fidel Castro vorausgesagt haben, daß es in Kürze in Mittelamerika zu einem Knall kommt. Die Intrac baute kurz danach eine gemischte Gesellschaft in Panama auf. Als der op. MA daraufhin entgegnete, daß diese Fa. jedoch ohne Bedeutung sei, sagte der IM, daß darüber mehr gelaufen ist, als beide Anwesenden ahnen würden.

Ein weiteres Beispiel Nicaragua. Auch hier sei die DDR nicht ganz unwichtig als Juniorpartner der SU. Vor kurzem sollen die Freunde gefragt haben, ob und wie man Waffen, z. B. Panzer, illegal nach Nicaragua schaffen könnte. Der IM war der Auffassung, daß es bei der HV A recht gute Leute gibt, aber eben auch Leute, die von ihrem Fach nichts verstehen würden. Zu den letzteren zählte er Gen. Gaida und auch die Gen., die die Fa. Camet einschließlich Weber betreuen. Aber z. B. die SWT-Truppen, ein konkreter Name war dem IM angeblich entfallen, seien gut und mit ihnen zusammen hätte er schon erfolgreiche und gute Aktionen im Iran durchgeführt, um an ein Verfahren zur Pulverherstellung für Waffen heranzukommen. Ebenso gut schätzte er den Gen. Leuschner und seine MA ein, mit ihnen zusammen könnte er die Lage in den ihn interessierenden Ländern erörtern, die Kräftegruppierung usw., von ihnen würde er z. B. auch erfahren, wie die einzelnen Gruppen in der PLO einzuschätzen sind, und da er Außenhandelsaufgaben im großen Stil durchzuführen hat, ist dieser Kontakt und die damit vorhandenen Informationsmöglichkeiten sehr wichtig.

Durch Gen. Schalck wird der IM immer wieder gefragt, wie weit er mit seinen Erkundungen zu dem Panzer Leo 2 ist. Der IM äußerte in dem Gespräch, daß er jedoch z. Z. nur die Zeitschriften und die dazu vorhandenen Artikel abschreibt und daß dies natürlich von unseren Genossen gemerkt wird.

Ein weiteres brisantes Thema sei das Herankommen an eine spezielle NATO-Munition modernster Art. Der konkrete Name ist dem op. MA nicht mehr in Erinnerung.

Durch den op. MA wurde dann gefragt, ob A. Schalck noch einmal den Kontakt des IM zu den Abwehrorganen untersagt hätte, bzw. wie jetzt der aktuelle Stand ist. Der IM erwiderte, daß es nichts Neues geben würde. Ihm sei jedoch die Haltung des Gen. Schalck insofern verständlich, daß es keinen als Leiter freut, wenn Informationen abfließen und er dann auf vorgefertigte Meinungen trifft.

Im Verlaufe des Abends wurden durch den IM Aussagen zu seinen eigenen Kadern getroffen.

Kursawe, K. befindet sich z. Z. in Mocambique, der IM führte mit K. ein Kadergespräch durch, beide kamen überein, daß K. erst am 31.12.84 aus dem Bereich ausscheidet. K. will dann zum AHB Limex gehen. Dieser Arbeitsstellenwechsel von K. ist sicher.

Häntzschel. Der IM hat vor, H. als seinen Stellvertreter zu entwickeln und einzusetzen und H. die Betreuung der gesamten Probleme im Zusammenhang mit Afrika zu übertragen.

Gaida. Die Genn. G. soll wieder stärker auf die Afrikaproblematik konzentriert werden und der IM beabsichtigt, sie als RK einzureichen.

Seifert. Der IM kennt die Probleme mit dem Leiter der WPA Maputo, Gen. Seifert. Er schätzt ein, daß diese Probleme dadurch entstehen, daß S. noch keine Leiterpersönlichkeit ist und neuerdings auch egoistische Züge, Geltungsdrang u.ä. aufweist. Der IM betonte, daß er sich um S. und dessen Entwicklung intensiv kümmern wird und der IM hält evtl. Kurzschlußreaktionen von S. während seines Aufenthaltes in Mocambique für ausgeschlossen.

Lindow. L. arbeitete sich zunächst gut in den Bereich Koko ein, jetzt hat er jedoch einige Probleme und der IM ist froh, daß dies noch vor dem geplanten Einsatz von L. sichtbar wurde, da man jetzt noch erzieherisch auf Lindow einwirken kann.

Mundkowski, Außenstelle Ägypten. Von M. wird eine sehr gute kommerzielle Arbeit geleistet.

Creuzburg, Außenstelle Iran. Die kommerzielle Arbeit von C. ist mit Problemen behaftet und der IM äußerte, daß er nach der plamäßigen Rückkehr von C. aus dem Iran diesen nicht wieder im Bereich Koko, sondern in der Imes einsetzen wird.

Kadervorschlag Pasternack. Der IM ist der Auffassung, daß man diesen Vorschlag gründlich und schnell *abprüfen* [im Typoskript steht: abbuchen; handschr. ersetzt] soll, da P. evtl. ein Leiter für die WPA in Maputo sein könnte.

Geist, Michael. G. und der IM kennen sich schon viele Jahre. G. soll im Bereich Koko in der Abt. Handelspolitik eingesetzt werden und für die Anleitung der Fa. Imes verantwortlich gemacht werden. Er soll vor allen Dingen Koordinierungsgespräche mit beteiligten Ministerien und Institutionen durchführen.

Aufgrund der Erfahrung mit den bisherigen WPA-Leitern wurde mit dem IM darüber diskutiert, ob nicht zukünftig ein etwas älterer und bereits schon erfahrener Genosse eingesetzt werden sollte. Dies wurde vom IM bejaht, aber er hat z. Z. keinen entsprechenden Kader. Gen. Stöckert von der Abt. WTA

wäre nach Einschätzung des IM bestens geeignet. Der IM hat auch schon einmal inoffiziell mit Stöckert darüber gesprochen, dieser äußerte jedoch Bedenken aufgrund der gesundheitlichen Konstitution. Der IM ist der Auffassung, daß St. vielleicht auch etwas Angst vor den harten und nicht sicheren Verhältnissen in Maputo hat.

Der IM wurde dann hinsichtlich seines Grundstückes angesprochen und er antwortete zum op. MA, wie du weißt, führe ich eine *Vernunft Ehe* [im Typoskript steht: vernünftige Ehe; handschr. ersetzt] und meine Frau ist auch hier mit hergezogen, aber sie hat die Frage gestellt, wie lange wir in diesem Haus wohnen bleiben können. Letztendlich kann ich in Ungnade im Bereich Koko fallen, oder gesundheitliche Gründe können sich ergeben, und aufgrund dessen wäre es dann schade, wenn wir jetzt den Garten verkaufen würden und dann plötzlich nichts mehr hätten. Denn eigentlich gehöre ich gar nicht in die Kategorie, die hier in die Häuser einzieht. Ich habe eher den Eindruck, man will mich hier mehr mit einbinden. Dem IM wurde geraten, sich an Gen. Seidel zu wenden und mit ihm über eine zeitweise Verpachtung des Grundstückes an den Bereich Koko zu besprechen, das heißt, bis zu dem Zeitpunkt, falls der IM wieder aus dem Haus ausziehen muß.

Dabei erwähnte der IM, daß er Manfred Seidel recht dankbar ist für die schnelle Organisierung der Renovierung des Hauses durch die Regie-Brigade und er hat mit Gen. Seidel abgesprochen, daß dieser ihn zusammen mit der Ehefrau im Juni in dem Haus besucht.

Der IM äußerte, daß die Kaderleiterin Schreier ihm bereits im März unter der Hand mitgeteilt hätte, daß mit ihm ein Kadergespräch geführt werden soll und er wolle vom op. MA nun wissen, ob und wie er seine Geldnöte in diesem Kadergespräch anbringen kann. Der IM verwies dabei darauf, daß er schon seit vielen Jahren ein konstantes Gehalt bezieht, dieses Gehalt beträgt 1680,-M netto. Der IM weiß bloß nicht, wie er die Gehaltsdiskussion entsprechend in ein derartiges Kadergespräch einbauen kann.

Vom op. MA wurde erwidert, daß natürlich angesichts der hohen Anforderungen an die fachliche Arbeit des IM an die Gewinnerwirtschaftung und angesichts der zu tragenden Risiken dieses Gehalt tatsächlich nicht sonderlich hoch sei und da der IM sich sowieso damit beschäftigt, eine neue Struktur bzw. eine überarbeitete Struktur der Abt. Handelspolitik einzuführen, verwies der op. MA den IM darauf, daß er bei diesem Kadergespräch seine Abt. in den Rang einer HA erheben lassen soll. Dies scheint aufgrund der gewachsenen und kontinuierlichen fachlichen Aufgaben auch gerechtfertigt, auch hinsichtlich in der Abt. anzahlmäßig beschäftigten MA. Der IM wurde gefragt, was ihn jetzt eigentlich von den jetzigen HA-Leitern unterscheiden würde, und der IM antwortete sofort, daß er nicht so viel Gewinn bringt wie z. B. Dieter Paul in der HA WTA. Er hat u. a. auch z. Z. erhebliche geschäftliche Probleme, z. Z. sind nur 40 % Vertragsbindung vorhanden, und das im Jubiläumsjahr der DDR, aber insgesamt wird er sich den Vorschlag des op. MA noch einmal gründlich überlegen, zumal er dann auch Möglichkeiten hat, seinen Stellv. und die Waffenhändler entsprechend den von ihnen zu tragenden Risiken besser zu entlohnen.

Die op. Aufträge, Bericht über das Kadergespräch mit Kursawe und Information zu dem NSW-Kunden Virag, hatte der IM aus Zeitgründen noch nicht erfüllt, er wird diese Aufträge bis zum nächsten Treff erfüllen.

Ende Mai 1984 beabsichtigt der IM nach Peru zu fahren, um dort Waffengeschäfte anzukurbeln. Mit dem IM wurde vereinbart, je nach Bedarf telefonisch den nächsten Treff festzulegen.

Einschätzung:

Der Treff verlief insgesamt in einer guten und vertrauensvollen Atmosphäre und trug offensichtlich zur Festigung der Beziehung zum IM bei.

Der IM traf eine ähnliche Einschätzung, indem er sich bei der Verabschiedung noch einmal für den Besuch bedankte.

In Vorbereitung des Treffs war ein Kuvert mit belanglosem Inhalt durch die Abt. 26/4 operativ-technisch präpariert worden. Die Maßnahme wurde durchgeführt, um zu testen, ob der IM oder seine Kinder eine günstige Gelegenheit nutzen, um in der Aktentasche des op. MA Unterlagen u. ä. durchzusehen.

Im Verlaufe des Treffs hatte die Tochter 1 1/4 Stunde Zeit, um unkontrolliert an die Tasche des op. MA heranzukommen. Der IM selbst hatte ca. 5 Minuten Zeit, um ungestört die Aktentasche des op. MA in Augenschein zu nehmen.

Am 16.5.84 wurde durch die Abt. 26/4 die Maßnahme ausgewertet und dabei festgestellt, daß ein negatives Ergebnis vorliegt, d. h. keiner der im Haus anwesenden Personen hat das in der Aktentasche befindliche Kuvert geöffnet und sich für den Inhalt praktisch interessiert.

Maßn. – B – im Wohnhaus war zum Zeitpunkt des Treffs defekt, d. h. keine Auswertung möglich. [handschr. Anmerkung]

[gez.] Köhler
Hauptmann

Berlin, 11.07.1988

Bericht über die Verhandlung mit dem Finanzminister der Volksrepublik Mocambique, Genossen Abdul Magid Osman, zum Abbau des Guthabens der DDR

Die Verhandlung fand am 08.07.1988 in Berlin statt und wurde seitens der DDR von Genossen Dieter Uhlig, Stellvertretender Vorsitzender des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR/Volksrepublik Mocambique, geführt. Weitere Teilnehmer sind in der Anlage 1 aufgeführt.

Auf der Grundlage der am 28.06.1988 vom Politbüro des ZK der SED bestätigten

Maßnahmen zur Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik Mocambique bis 1995 im Sinne einer beiderseitig befriedigenden Lösung zum Abbau des Guthabens der DDR wurde der Vorschlag erläutert, das Guthaben über den erweiterten Einsatz von mocambiquischen Werktätigen in der DDR bis 1995 weitgehend abzubauen.

Genossen Magid wurde erklärt, daß die DDR auf Grund der Vielzahl der vorliegenden Anträge nicht in der Lage ist, weitere Stundungen zu vereinbaren.

Genosse Magid entgegnete, daß der Vorschlag der DDR für die Volksrepublik Mocambique aus finanziellen und moralischen Gründen unannehmbar sei. Mocambique habe alle Gläubigerländer gebeten, die fällig werdenden Forderungen bei niedrigsten Zinsen für mindestens 15 Jahre zu stunden. Die Mehrheit der Länder ist bereits darauf eingegangen. Im Rahmen des Pariser Clubs ist Übereinstimmung erzielt worden, Mocambique 10 Jahre rückzahlungsfreie Zeit und weitere 10 Jahre für die Rückzahlung der Forderungen zu gewähren.

Obwohl dies im Vergleich zum Vorschlag der DDR für die Volksrepublik Mocambique günstige Stundungsbedingungen seien, habe Mocambique noch nicht mit allen Ländern konkrete Verträge abgeschlossen, da die Vereinbarung der bilateral zu fixierenden Zinsen noch aussteht.

Genosse Magid nannte folgende Länder, mit denen zu Zinsen Übereinkunft besteht:

- Italien 1,5 % – Portugal 3 % – UdSSR ohne Zinsen
- Cuba 2 % – RSA ohne Zinsen – Schweden ohne Zinsen

Der Vorschlag der DDR bedeute in der Praxis, daß die DDR das einzige Land sei, was eine sofortige Rückzahlung der Schulden Mocambiques fordere (Kapital und Zinsen). Dies sei angesichts des menschlichen Elends und der Not in Mocambique nicht verständlich.

Auf den konkreten DDR-Vorschlag eingehend, stellte der VRM-Minister die Frage, weshalb die DDR das Recht für sich in Anspruch nehme, die For-

derungen gegenüber Mocambique aus dem Transfer seiner Arbeitskräfte zu tilgen. Er machte darauf aufmerksam, daß die Volksrepublik Mocambique auch das Recht habe, die Transferbeträge zur Lösung innerer Probleme zu verwenden. Wenn man das Problem zuspitzt, so Genosse Magid, könne Mocambique auch die Forderung erheben, einen Teil des Transfers der Arbeitskräfte in konvertierbaren Devisen zur Verfügung gestellt zu bekommen. Gerechtfertigt sei auf jeden Fall, erhöhte Exporte der DDR in die Volksrepublik Mocambique daraus zu bezahlen.

In seiner Erwiderung erläuterte Genosse Uhlig nochmals die großzügigen Bedingungen, die die DDR Mocambique jahrelang zur Rückzahlung der Schulden gewährt hat, und die Vorteile des Abbaus des Guthabens über den erweiterten Einsatz von Arbeitskräften. Es wurde darauf hingewiesen, daß die DDR-Seite dies als ein erneutes Entgegenkommen gegenüber Mocambique sieht, da der Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte in der DDR auch innere Probleme Mocambiques lösen hilft.

Genosse Magid wiederholte, daß der Vorschlag für sein Land unannehmbar sei.

Für die Regelung der Rückzahlungen an die DDR könne Mocambique nicht die angestrebten Stundungsvereinbarungen mit allen anderen Ländern gefährden. Dies wäre einem finanziellen Selbstmord gleichzusetzen.

Genosse Magid fordert, daß die DDR zur Lösung des Problems einer Stundung zu noch auszuhandelnden Bedingungen zustimmen müsse. Prinzipiell seien dabei niedrigere Zinsen als gefordert und weiterreichende Kapitalrückzahlungen zu vereinbaren.

Für das weitere Vorgehen schlug Genosse Magid vor, daß er nach seiner Rückkehr nach Maputo die Parteiführung und Regierung seines Landes über den DDR-Vorschlag informieren und dem Minister der Finanzen der DDR den offiziellen Standpunkt der VRM-Seite mitteilen wird. Im Hinblick auf eine Lösung des Problems bis zum Treffen der Vorsitzenden des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses DDR/Volksrepublik Mocambique (24.–30.10.1988 in Maputo) stellte er kurzfristige Verhandlungen in Aussicht.

Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Maßnahmen

1. Konsultation mit der UdSSR und Kuba zu den Vereinbarungen mit Mocambique, da die Aussagen des Genossen Magid im Widerspruch zu bisherigen Informationen, z. B. der UdSSR, stehen.

Termin: 30.07.1988

Verantwortlich: Bereich Kommerzielle Koordinierung

2. Nach Eingang des Gegenvorschlages Mocambiques Prüfung desselben und Festlegung weiterer Schritte.

Termin: 30.08.1988

Verantwortlich: Bereich Kommerzielle Koordinierung in Zusammenarbeit mit GWA-Vorsitzenden und Minister der Finanzen

[gez.] Uhlig

Angaben zum Autor

HANS-JOACHIM DÖRING

Jahrgang 1954, 1975–80 Studium zum Diplom-Religionspädagogen, 1980–86 Mitarbeiter an der Thomas-Kirche in Leipzig, Mitinitiator der Friedensgebete in der Nikolaikirche, 1987–94 Geschäftsführer des INKOTA-Netzwerkes in Berlin, gemeinsam mit Walter Bindemann 1989 Aufruf zum Entwicklungspolitischen Runden Tisch, Juni bis Oktober 1990 Berater für Entwicklungszusammenarbeit im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, 1994–97 Geschäftsführer der Stiftung Nord-Süd-Brücken in Berlin, seit 1997 Leiter der Fachstelle Umwelt und Entwicklung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes im Forschungsheim Lutherstadt Wittenberg, Studien- und Arbeitsaufenthalte in Kuba, Nicaragua, Brasilien, Indien und Tansania.

Verzeichnis der Abbildungen

Evangelisches Missionswerk Hamburg: S. 8, 142

Evangelisch-lutherisches Missionswerk Hermannsburg: S. 104

Bundesarchiv-Bildarchiv Koblenz: S. 34 (T 1123/37), 39 (N 0522/317), 45 (W 1127/36), 67 (S 1213/28), 86 (T 0307/36), 110 (S 0325/316), 126 (0418/13 N), 132 (U 1113/52), 135 (0725/4 N), 141 (0506/13 N), 151 (S 0725/17), 158 (W 0816/14), 160 (U 0222/30), 168 (0522/314 N), 172 (W 0919/110), 199 (0518/11 N)

Heide Künanz: S. 202

Gerhard Thomas: S. 138